

Gewaltsames Verschwindenlassen - Verbrechen mit System

Desaparición forzada - Delito con sistema



Die politische Krise in Mexiko

Internationale Tagung der
Deutschen
Menschenrechtskoordination
Mexiko

in Kooperation mit der
Evangelischen Akademie
Bad Boll

23. - 25.10.2015 / Bad Boll

La crisis política en México

Conferencia Internacional de la
Coordinación Alemana
por los Derechos Humanos
en México

con la cooperación de la
Academia Luterana
Bad Boll

23. - 25.10.2015 / Bad Boll

Diese Dokumentation gibt ausschließlich Ausführungen von Referent*innen sowie Tagungsteilnehmer*innen wieder.

Alle Rechte an den Beiträgen liegen bei den Autor*innen.

April 2016

© Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko /
Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México

Blumenstraße 19
70182 Stuttgart
Deutschland
fon (+49) 711-57 64 68 79
fax: (+49) 711 24 83 97 22

Email: mexmrkoordination@gmx.de

Web: www.mexiko-koordination.de

Blog der Tagung: <http://www.mexiko-verschwindenlassen.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/>

DeutscheNetzwerkMenschenrechtssituationMexiko

Inhalt

1. Einleitung.....	5
2. Verschwindenlassen - Ein weltweit begangenes Verbrechen.....	6
3. Verschwindenlassen in Mexiko - Symptomatische Fälle Ayotzinapa und kein Ende?.....	7
4. Deutsche Projekte zur Rechtsstaatlichkeit in Mexiko und Empfehlungen der Vereinten Nationen - Konkrete Schwerpunkte aus externer Perspektive.....	9
5. Forum I: Erfahrungen mit dem Verschwindenlassen. Möglichkeiten und Grenzen psychosozialer Unterstützung der Angehörigen.....	11
6. Forum II: Migrant*innen als Opfer des Gewaltsamen Verschwindenlassens. Ansätze der grenzüberschreiten den Zusammenarbeit.....	15
7. Forum III: Bekämpfung des Verbrechens Verschwindenlassen national & international - Ansätze von Menschenrechtszentren.....	18
8. Forum IV: Verantwortung deutscher Politik - positive oder negative Wirkungen für Mexiko?.....	21
9. Besuch von Dr. Frank Otfried July, Bischof der Baden-Württembergischen Landeskirche.....	25
10. Abschlussplenum.....	25
11. Erklärung zur Mexiko-Tagung.....	28
12. Programm der Tagung.....	29

Contenido

1. Introducción: Desaparición forzada - Delito con sistema.....	31
2. Desaparición forzada - Un crimen a escala mundial.....	32
3. Desapariciones en México - Casos característicos. Ayotzinapa ¿sin solución?.....	33
4. Proyectos alemanes sobre el Estado de Derecho en México y recomendaciones de las Naciones Unidas - Enfoques concretos desde una visión externa.....	35
5. Foro I: Experiencias con desapariciones. Oportunidades y limitaciones del apoyo psicosocial a los familiares.....	38
6. Foro II: Migrantes como víctimas de desaparición forzada. Enfoques para la cooperación transfronteriza.....	41
7. Foro III: La lucha contra el crimen de las desapariciones forzadas desde la perspectiva nacional e internacional. Enfoque desde las organizaciones y Centros de Derechos Humanos.....	44
8. Foro IV: La responsabilidad de la política alemana - Efectos positivos o negativos para México.....	47
9. Visita del Dr. Frank Otfried July, Obispo de la Iglesia Evangélica Luterana de Baden-Württemberg.....	51
10. Pleno final.....	52
11. Declaración final de la Conferencia.....	55
12. Programa de la Conferencia.....	56

1. Einleitung Tagungsdokumentation

Der Fall der 43 Studenten von Ayotzinapa, die am 26. September nach ihrer Festnahme durch die mexikanische Polizei verschwunden sind, hat weltweit Entsetzen und Protest ausgelöst. Aber auch ungläubiges Erstaunen in der breiten Öffentlichkeit: wie kann es sein, dass gewaltsames Verschwindenlassen möglich ist in diesem beliebten Urlaubsland, bei diesem wichtigen Bündnis- und Handelspartner Deutschlands, der EU, der USA und anderer großer Industriestaaten? Dabei ist es nur die Spitze des Eisberges: es wird geschätzt, dass in den Jahren von 2006 bis 2012 in Mexiko weit über 20.000 Menschen gewaltsam verschwunden sind; aus Massengräbern wurden allein ca. 16.000 Verschwundene exhumiert.

Mexikanische Menschenrechtsorganisationen, verteilt über das ganze Land, unterstützen seit Jahren die Familienangehörigen, arbeiten an der Aufklärung und fordern mit internationaler Unterstützung entschlossenes Handeln des Staates gegen diese Gewalt. Doch sie müssen erleben, dass in Mexiko nur 2% der Gewaltverbrechen zur Bestrafung der Täter führen.¹ Der mangelnde Wille staatlicher Institutionen zur Aufklärung dieser Verbrechen ermutigt potentielle Täter.

Die Menschen in Mexiko erleben täglich gravierende Verletzungen ihrer Menschen- und Bürgerrechte. Staatliche Institutionen haben dadurch in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger an Glaubwürdigkeit verloren. Es gibt weitreichende Verstrickungen aller institutionellen Ebenen des Staates mit der organisierten Kriminalität. Dies hat das Land seit vielen Jahren in eine zunehmend tiefe politische Krise geführt.

Bei dieser Tagung in der Evangelischen Akademie in Bad Boll, die gemeinsam mit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko veranstaltet wurde, hatten mehrere mexikanische Menschenrechtsorganisationen Gelegenheit, von Fällen des Gewaltsamen Verschwindenlassens und von ihrer Arbeit zu berichten. Sie konnten sich mit den Teilnehmenden, unter ihnen viele Vertreter*innen deutscher Menschenrechtsorganisationen, austauschen und beraten, wie gegen diese Verbrechen vorgegangen werden kann.

Im Anschluss an diese Tagung entstand eine Erklärung, die die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber Mexiko auffordert, denn die jetzige Politik trägt letztendlich nur zu einer Stabilisierung dieser bestehenden Verhältnisse bei. Angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen werden klare politische Zeichen seitens der Bundesregierung gegenüber der mexikanischen Regierung gefordert. Um grundlegende Veränderungen in Mexiko anzustoßen, müsse zudem die Zivilgesellschaft deutlich gestärkt werden.²



23.10.2015 Bad Boll. Rainer Huhle, UN-Ausschuss des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CED) / Nürnberger Menschenrechtszentrum, Moderation: Annette Fingscheidt, Peace Brigades International. Foto: Joachim E. Röttgers

2. Verschwindenlassen - Ein weltweit begangenes Verbrechen

Die UNO und das Verschwindenlassen

Bereits im Jahr 1980 wurde die „Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen“³ von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingerichtet. Sie hat fünf Mitglieder, die durch den Menschenrechtsrat in Genf gewählt werden. Die „Erklärung zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen“ wurde 1992 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet.⁴

Die Arbeitsgruppe trug maßgeblich zu den Inhalten des 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten „Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen“⁵ bei. Dieses ist seit 2010 in Kraft und für die Staaten, die es ratifiziert haben, rechtsverbindlich. Bisher haben 91 Staaten das Übereinkommen unterzeichnet; zu den erst 51 Staaten, die es ratifiziert haben, gehören auch Deutschland und fast alle Staaten Lateinamerikas.

Seit 2011 gibt es einen Ausschuss⁶ (Committee on Enforced Disappearances, CED), der die Einhaltung des Übereinkommens überwacht. Dieses Gremium besteht aus zehn durch die Vertragsstaaten gewählten unabhängigen Expert*innen. Anfänglich waren vor allem die Familienangehörigen von Verschwundenen die treibende Kraft für die Konvention, später haben sich einige Staaten dieses Übereinkommens angenommen und es auf den Weg durch die UN-Instanzen gebracht. Die Konvention ist zu einer der fortschrittlichsten Konventionen hinsichtlich der Opferrechte geworden.

Die Kompetenzen der Arbeitsgruppe und des Ausschusses überschneiden sich teilweise. Der Ausschusses ist allerdings nur für die 51 Staaten zuständig, die das Übereinkommen ratifiziert haben. Die Arbeitsgruppe dagegen ist weltweit tätig. Ein wichtiges Instrument des Ausschusses sind die sogenannten Eilanaktionen: im Fall eines Verschwindenlassens kann der Ausschuss angerufen werden, und dieser fragt bei der Regierung des betreffenden Landes sofort nach – eine Eilanaktion dauert zu Beginn meist nur ein bis zwei Tage. Die Aktion wird dann weitergeführt, bis die Person gefunden ist. Der Ausschuss hat bereits 250 Eilanträge bearbeitet, besonders viele aus Mexiko, dem Irak und Kolumbien. Aus anderen Ländern

wurden weit seltener Bitten um Eilanaktionen an den Ausschuss gestellt.

Die Konvention legt fest, dass jeder Staat dem Ausschuss innerhalb von zwei Jahren nach Ratifizierung der Konvention einen Staatenbericht vorlegt. Der Staat muss darin über alle Aspekte, die in der Konvention erwähnt sind, genau Auskunft geben. Der Ausschuss bewertet diesen Bericht und kann dann gegebenenfalls einzelne Themen aufgreifen.

Der Ausschuss hat für Mexiko einen Länderbesuch beantragt. Mexiko hat eine „Standing Invitation“ an alle Menschenrechtsorganisationen ausgesprochen. Im Jahr 2015 gab es in Mexiko mehrere solcher Besuche durch andere UN-Gremien.

Der Ausschuss ist verpflichtet, alle Informationsquellen zu nutzen. In der Praxis ist das ein sehr aufwändiger Prozess, ähnlich wie bei einem Gerichtsverfahren. Seine Empfehlungen sind „quasi-justiziel“. Wie andere Gremien hat er keine Durchsetzungsmacht, stattdessen wird der gute Wille der Staaten vorausgesetzt. Daher kommt der Öffentlichkeit eine wichtige Bedeutung zu, denn sie kann einen gewissen Druck ausüben.

Verschwindenlassen

Das gezielte Verschwindenlassen von Menschen ist schon länger eine grausame Vorgehensweise von Staaten und wurde bereits im Dritten Reich eingesetzt.⁷ Aber erst in den 1960er und 1970er Jahren wurde es zu einer immer häufiger auftretenden Praxis, insbesondere in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen in Argentinien, Brasilien, Chile, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Nicaragua, Peru, Paraguay, Panama, Uruguay, und auch in Mexiko. Der Begriff „Verschwindenlassen“ selbst ist relativ neu, zuvor waren diese Taten als „Entführung“ oder „Mord“ klassifiziert worden. Einen Menschen verschwinden zu lassen, ist besonders grausam, denn die psychischen Auswirkungen sind langfristig und sehr dramatisch für alle Angehörigen.

Das Verschwindenlassen von Personen bedeutet „die Festnahme, den Entzug der Freiheit, die Entführung oder jede andere Form der Freiheitsberaubung durch Bedienstete des Staates oder durch Personen oder Personengruppen, die mit Ermächtigung, Unterstützung oder Duldung des Staates handeln, gefolgt von der Weigerung, diese Freiheitsberaubung anzuerkennen oder der Verschleierung des Schicksals oder des Verbleibs der verschwundenen Person, wodurch sie dem Schutz des Gesetzes entzogen wird“.

Das heißt, dass das Verschwindenlassen im Auftrag, mit Billigung oder Duldung des Staates geschieht. Zunehmend kommt jedoch das Kidnapping durch Private und durch die Organisierte Kriminalität dazu, insofern wird es schwieriger, die Grenzen im Hinblick auf die staatliche Beteiligung klar zu ziehen.

Die Opferrechte in der Konvention sind recht weitgehend. Zunächst ist der Begriff des Opfers beachtlich weit gefasst, er bezieht alle ein, die durch das Verschwinden direkt geschädigt sind – nicht nur verwandte Angehörige, sondern auch Freund*innen, Geschäftspartner*innen und weitere Personen, die der oder dem Verschwundenen nahe stehen. Diese dürfen Auskunft fordern und haben darüber hinaus noch viele weitere Rechte, die in der Konvention genau aufgeführt sind.

3. Verschwindenlassen in Mexiko - Symptomatische Fälle Ayotzinapa und kein Ende?

Nachdem das vorangegangene Panel Gewaltsames Verschwindenlassen als globales Phänomen und die entsprechenden Instrumentarien und Mechanismen der Vereinten Nationen thematisierte, rückte die folgende Podiumsdiskussion den Umgang damit im täglichen Leben in den Fokus. In der Diskussion wurde den Fragen nachgegangen: Was bedeutet es für die Angehörigen einer gewaltsam verschwundenen Person? Welche Auswirkungen hat es auf das alltägliche Leben der Familien? Welche Auswirkungen hat dieses Verbrechen auf die Gesellschaft und welche zivilgesellschaftlichen Ansätze der Aufarbeitung gibt es?

Um die Situation der Angehörigen besser verstehen und nachempfinden zu können, berichtet Jorge Verástegui, dessen Bruder und Neffe im Januar 2009 gewaltsam verschwunden wurden.

Jorge Verástegui: Wie bereits angemerkt wurde, sind zwei enge Familienangehörige von mir im Jahr 2009 inmitten der Gewalt des sogenannten Drogenkriegs verschwunden worden. Es ist sehr kompliziert zu erklären, wie es sich anfühlt und wie man das erlebt. Denn es ist nicht nur die emotionale Betroffenheit, sondern auch die Ungewissheit. Man fragt sich, wo sie sind, was mit ihnen geschehen ist, wie sie sich fühlen. Für mich bedeutete das, dass mein bisheriges Leben zerstört wurde und die sozialen Regeln, in denen ich bisher lebte, aufgebrochen und durcheinander gebracht wurden. Ich war damals 18 Jahre alt, habe Krankenpflege studiert und wollte Arzt werden. Aber letztendlich bin ich Anwalt geworden. Man verwandelt sich langsam in eine andere Person. Alles, das Leben und das Denken, drehen sich um die Verschwundenen und die Suche nach ihnen. Es verschwindet also auch ein Teil unseres Lebens, unserer Vorstellungen und Ziele. Die Suche nach den Verschwundenen nimmt einen zentralen Stellenwert ein. Dadurch verändert sich auch das soziale Umfeld und die Familie bricht auseinander, denn Angst und Unsicherheit werden zu bestimmenden Kräften. Schließlich wird man zu einem Aktivisten, weil einem nichts anderes übrig bleibt. Denn mit der Zeit wird einem auch bewusst, dass das Verschwindenlassen kein Einzelfall ist, sondern auch anderen passiert. So habe ich mich immer weiter eingebrochen und festgestellt, dass die Suche auch Auswirkungen auf die physische Gesundheit hat. Die anderen Kinder und Angehörigen fühlen sich oft vernachlässigt. Hinzu kommen die Zweifel und Gerüchte über die Gründe des Verschwindens: Ist die Person mit einem/einer Freund*in durchgebrannt, oder in die USA migriert, oder aber war sie in kriminelle Handlungen involviert und ist womöglich selbst schuld an ihrem Schicksal? Die Gesellschaft ist nicht unbedingt gleichgültig, aber durch viele Probleme, wie die weitverbreitete Armut, geprägt. Es ist kompliziert, denn wer soll sich mit wem solidarisieren? Und auch der Staat gibt uns keine friedlichen und rechtlichen Instrumente an die Hand, denn auch wenn das Gewaltsame Verschwindenlassen ein furchtbare Verbrechen gegen das menschliche Leben ist, ist es schwierig zu beweisen. Auch wenn die Menschenrechte umfassend in der mexikanischen Verfassung verankert sind und der Staat glauben machen will, dass ihnen ein hoher Stellenwert zukommt, so ist es kaum möglich, sich gegen staatliche Aggressoren zu wehren. Denn es ist ja eben der Staat

selbst, der uns die Instrumente und Mechanismen bereitstellt, um unsere Rechte einzufordern. Mexiko hat einen excellenten diplomatischen Dienst, der der internationalen Gemeinschaft vermittelt, dass die Menschenrechte respektiert und gewahrt werden. In den letzten Jahren allerdings verändert sich die Situation, der mexikanische Staat agiert einerseits immer aggressiver, auch gegen Menschenrechtorganisationen, zeitgleich werden aber immer mehr und bessere internationale Instrumente und Institutionen zum Schutz der Menschenrechte geschaffen.

Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind zunehmend untereinander vernetzt und haben es geschafft, das Gewaltsame Verschwindenlassen als systematische und weiterverbreitete Praxis, die seit den 1960er Jahren angewandt wird, sichtbar zu machen. Im Jahr 2009 begannen wir, Fälle Gewaltsamen Verschwindenlassens zu dokumentieren. Dadurch konnten wir aufzeigen, dass insbesondere viele junge Männer mit ganz unterschiedlichen Berufen verschwunden wurden.

Wir haben auch herausgefunden, dass die Menschen durch zwei Gruppen verschwunden werden. Einerseits durch die Polizei selbst und andererseits durch bewaffnete Gruppen des Organisierten Verbrechens. Oder eben durch beide Gruppen gleichermaßen, die oft zusammenarbeiten. Dadurch wurde deutlich, dass diejenigen Institutionen, die diese Verbrechen eigentlich untersuchen sollten, dies in Wirklichkeit gar nicht taten und auch kein Interesse an der Aufklärung der Fälle haben. Stattdessen konzentrieren sich die Ermittlungen vielmehr auf das Leben der verschwundenen Person mit dem Ziel, sie zu diskreditieren. Es sind strukturelle Defizite und institutionelle Schwächen, denn einerseits wissen die Institutionen nicht, wie sie diese Verbrechen untersuchen sollen und diejenigen Institutionen die es könnten, wollen es andererseits nicht, weil Teile von ihnen involviert sind. Es ist kompliziert, denn wie soll man sich an die Polizei wenden, wenn diese beteiligt war? Es ist kompliziert, selbst zu suchen, denn damit riskieren wir auch unser Leben. Wenn wir auch noch verschwinden, wer bleibt noch, um zu suchen? Dann hätte der Staat sein Ziel, verschwinden zu lassen, erreicht. Deshalb zeigen wir immer wieder auf, dass der Staat verantwortlich ist, wir sorgen dafür, dass die Verschwundenen präsent bleiben und nicht aus der Öffentlichkeit verschwinden. Und wir haben die Hoffnung, sie zu finden. Es ist sehr schwierig, da sich diese Hoffnung aus dem Schmerz nährt und es manchmal sinnlos scheint, zu hoffen. Aber das dürfen wir uns nicht erlauben, wir müssen weitermachen, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten und nicht aufhören, die Verantwortlichkeit des mexikanischen Staates einzufordern. Dadurch entsteht auch ein Empowerment der Betroffenen, die sich Gehör verschaffen und ihre Rechte einfordern. Die Menschenrechtszentren professionalisieren und vernetzen sich, wodurch die Zivilgesellschaft immer stärker wird.

Nadine Jurrat: Alejandra, Jorge hat bereits erwähnt, dass ihr begonnen habt, die Fälle Gewaltsamen Verschwindenlassens zu dokumentieren. Gibt es denn einen typischen Ablauf dieser Fälle, und warum werden diese Menschen verschwunden? Sind es nur politische Gegner*innen, die aus dem Weg geräumt werden oder auch ganz normale Leute, die nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren?

Alejandra Nuño: Bevor ich auf die Frage antworte, möchte ich in Kürze meine Organisation, das CEDEHM, vorstellen. Denn was hat ein Frauenmenschenrechtszentrum mit Verschwundenen zu tun? Wie wir wissen, ist der Bundesstaat Chihuahua wegen der massiven geschlechtsbezogenen Gewalt, im Besonderen wegen der Feminizide und der verschwundenen Frauen, zu trauriger Bekanntheit gelangt. Doch mit der Zeit kamen auch bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen ins Zentrum. Allein in den letzten sechs Monaten wurden 19 Menschenrechtsverteidiger*innen in Chihuahua ermordet, von den massiv bedrohten Journalist*innen nicht zu sprechen. Ende 2009 wandten sich schließlich auch Angehörige von Gewaltsam Verschwundenen an das CEDEHM. Und mit der Zeit wurden immer mehr solcher Fälle an uns herangetragen, dabei hatten wir als Organisationen gar nicht damit gerechnet. Heute verfolgen wir 112 Fälle Gewaltsamen Verschwindenlassen und betreuen mehr als 320 Angehörige bei ihrer Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Das Problem des Gewaltsamen Verschwindenlassens liegt hauptsächlich in der vorherrschenden Straflosigkeit in Mexiko.

Wir wissen auch nicht, warum diese Personen verschwunden werden. Größtenteils werden junge Männer verschwunden, aber wir wissen nicht, warum. Was wir bislang mit den Angehörigen rekonstruierten konnten, ist, dass es entweder eine Verwechslung gab oder irgendeine bestimmte Absicht dahintersteckt oder eben einfach, weil es möglich ist, weil nichts passiert, wenn man ein Verbrechen begeht. Der Staat leitet keine Ermittlungsverfahren ein, es wird nicht einmal eine Anzeige aufgenommen und dadurch muss der Staat nicht tätig werden und die Verantwortlichen müssen nicht ermitteln. Wenn die Angehörigen das Verschwinden trotz aller Widrigkeiten und entgegen dem Unwillen der Polizei anzeigen, werden sie im Anschluss daran oft per Telefon bedroht und aufgefordert, die Anzeige zurückzuziehen. Im CEDEHM waren drei Mütter, die, weil sie ihre verschwundenen Kinder gesucht haben, ebenfalls verschwunden wurden. Hinzu kommen die Drohungen und Attentate, nicht nur auf Angehörigen, sondern vor allem auch auf Menschenrechtsverteidiger*innen und Anwält*innen.

Wenn wir von Transitional Justice sprechen, ist der wichtigste Pfeiler die Wahrheit. Zu wissen, was ist wirklich geschehen ist und warum. Eine den rechtsstaatlichen Prinzipien folgende Ermittlung durch die Staatsanwaltschaft wäre für die Familien nachvollziehbar - aber das Verschwindenlassen nicht. Es bleiben die Zweifel und die Ungewissheit. Es gibt keinen Ort, an dem der Verlust betrauert werden kann. So sind die emotionalen Folgen des Gewaltsamen Verschwindenlassens auch sehr vielschichtig. Ich möchte daher einige nochmals hervorheben. Der Prozess des Trauerns kann nicht abgeschlossen werden, da es keine Überreste, kein Grab gibt, an dem getrauert und Abschied genommen werden kann.

Vorherrschend sind aber auch Wut und Empörung. Und sehr viele Schuldgefühle, die steten Zweifel und Fragen, ob der Verschwundene nicht doch selbst dazu beigetragen hat. Diese Schuld dauert sehr lange an. Die emotionalen Folgen sind vielseitig. Wir begleiten beispielsweise viele Kinder, die genau wissen, was passiert ist, obwohl die Erwachsenen versuchen, die Realität zu verschleieren. Daher arbeiten wir nach dem Grundsatz, dass auch die Kinder ein Recht auf die

Wahrheit haben. Viele Kinder und Jugendliche hören auf zur Schule zu gehen oder brechen ihr Studium ab, um arbeiten zu gehen. In der Schule wiederum sind die Kinder oft Mobbing ausgesetzt, sie werden mit Vermutungen über das verschwundene Familienmitglied konfrontiert. So leiden gerade viele Mädchen unter Essstörungen, auch die Selbstmordrate bei den betroffenen Jugendlichen ist sehr hoch. Und nicht zu vergessen sind die wirtschaftlichen Folgen: das Einkommen fällt weg, die Miete, Schulden, die Lebenshaltungskosten usw. müssen weiterhin bezahlt werden.

Nadine Jurrat: Ein sehr erfahrener Journalist in Argentinien hat mir einmal gesagt, dass es die Frauen sind, die das Land nach vorne gebracht haben, weil sie unermüdlich nach den Verschwundenen gesucht haben.

Ihr habt die Straflosigkeit, den Staat als Mittäter und die Verwicklungen des organisierten Verbrechens angesprochen. Dies wird im Fall Ayotzinapa besonders deutlich. Interessant an diesem Fall ist die außerordentlich große und vor allem lange andauernde internationale Aufmerksamkeit. Auch in Deutschland haben die Medien vielfältig und lange darüber berichtet. Was war anders mit Ayotzinapa? Warum gab es in der mexikanischen Zivilgesellschaft auf einmal einen Aufschrei? Und hat sich seit diesem Aufschrei etwas verändert?

Vidulfo Rosales: Wir selbst können nicht nachvollziehen, weshalb gerade der Fall Ayotzinapa eine so große internationale Resonanz ausgelöst hat. Aber ich denke, sie ist vielversprechend. Dennoch versuche ich, einige Punkte nachzuzeichnen, weshalb sich dieser Fall von den vielen anderen unterscheidet und sichtbarer ist. Die Escuelas Normales Rurales haben einen besonderen geschichtlichen Hintergrund. Sie wurden nach der mexikanischen Revolution gegründet, um der Landbevölkerung einen Zugang zur öffentlichen Bildung zu gewährleisten. Die Hochschulen für Lehramtsstudierende zielen darauf ab, den Blick für soziale Ungleichheiten zu schärfen und das eigenständige, kritische Denken zu fördern. Die Studierenden werden dazu angehalten, die sozialen Gegebenheiten zu hinterfragen und sich kritisch damit auseinanderzusetzen. Und damit sind die Studierenden auch die Hoffnung des Landes, der Indigenen und der Landbevölkerung. Andererseits steht Ayotzinapa für all die Probleme und Ungleichheiten der mexikanischen Gesellschaft. Ayotzinapa macht die Vernachlässigung der öffentlichen Bildung und der ländlichen Gebiete sichtbar. Ebenso auch die Korruption und die engen Verflechtungen der organisierten Kriminalität mit der politischen Elite und den staatlichen Institutionen. Dies geht gar soweit, dass Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft aus Angst ablehnen, Ermittlungen aufzunehmen. Und genau diese Ungeheuerlichkeiten wurden durch den Fall Ayotzinapa deutlich sichtbar. Die 43 verschwundenen Studenten wurden am 26. September von dem Moment an, als sie die Hochschule verließen, von sämtlichen staatlichen Sicherheitsbehörden überwacht. Und auch wenn das Militär heute leugnet, Kenntnis davon gehabt zu haben, so ist das ein ganz deutlicher Widerspruch und ein Angriff auf den Geheimdienst.

Ein weiterer Punkt, warum dieser Fall soviel nationale wie internationale Empörung erregt hat, ist, dass es sich um ein so massives, abscheuliches Ereignis handelt: In nur einer Nacht wurde eine so große Anzahl unterschiedlicher Menschenrechtsverletzungen begangen, es gab außergerichtliche Hin-

richtungen, Angriffe auf die Meinungsfreiheit, gewaltsames Verschwindenlassen. Diese Bedrohung ist für viele Mexikaner nicht abstrakt und bald solidarisierten sich Studierende der UNAM, des Politécnico und anderer Universitäten im ganzen Land und weltweit.

Schließlich sorgen wir uns überall um die verschwundenen Personen in Mexiko. Die Menschheit ist besorgt und auf der ganzen Welt wird darüber nachgedacht. Denn wir haben bereits offene Wunden aus der Vergangenheit und müssten Transitional Justice aus einer anderen Perspektive heraus denken und bearbeiten. Es gibt all diese Überlegungen, denn die dunklen Etappen aus der Vergangenheit sollten sich nicht wiederholen. Und deshalb müssen wir unsere Stimmen erheben, damit wir Wahrheit und Gerechtigkeit erreichen können.

Als **Schlussfolgerungen** hat das Podium die folgenden Forderungen formuliert:

1. Mexiko sollte die unterschriebenen Menschenrechtskonventionen umsetzen, bzw. es sollte genau beobachtet werden, dass sie auch umgesetzt werden.
2. Lokale NGOs und Vertreter*innen von Opferfamilien sollten den nötigen Schutz bekommen, ihrer Arbeit nachgehen zu können.

4. Deutsche Projekte zur Rechtsstaatlichkeit in Mexiko und Empfehlungen der Vereinten Nationen – Konkrete Schwerpunkte aus externer Perspektive

Christiane Schulz: Als Journalistin begleitet Marcela Turati die Problematik des Verschwindenlassens seit Jahren, dem Fall Ayotzinapa widmet sie sich besonders. Für sie war es überraschend, dass die Öffentlichkeit erst auf den Fall der 43 reagierte, obwohl die Problematik schon vorher weit verbreitet war, und es auch vorher bereits Fälle von massivem Verschwindenlassen gegeben hatte.

Marcela, was empfehlst du als Journalistin dem mexikanischen Staat hinsichtlich des gewaltsamen Verschwindenlassens? Bestätigst Du die Empfehlungen der GIEI im Falle von Ayotzinapa?

Marcela Turati: Dass erst jetzt reagiert wurde, geschah aus mehreren Gründen: Es handelt sich um 43 Personen, es sind Studenten eines Landlehrerseminars, sie stammen aus armen und marginalisierten Landesteilen, und es ist ein Fall, in dem die Polizei und das organisierte Verbrechen gemeinsam und ohne jegliche Rücksicht gegenüber der Bevölkerung und später gegenüber den Medien agierten. Also eine Mischung unterschiedlicher Faktoren, die ein nationales und internationales Erwachen verursachten.

Im Blick auf das Gewaltsame Verschwindenlassen erwähnte eine Beamtin der Generalstaatsanwaltschaft (PGR) – absichtlich oder nicht – dass zu Beginn der Amtszeit von Präsident Enrique Peña Nieto eine Liste mit den Namen 26.000 Verschwundenener vorlag. Diese Information gelangte an die Medien und gab Anlass für große Entrüstung.

Aber erst der Fall der 43 Studenten brachte die Menschen massenhaft auf die Straße. Der nationale und internationale Druck bewirkte die Beteiligung des argentinischen Forensikteams EAAF (Equipo Argentino de Antropología Forense), was die Regierung zuvor über Jahre abgelehnt hatte. Es er-

folgte die Gründung des Interdisziplinären Teams unabhängiger Expert*innen (GIEI), das die Untersuchungen des Falles Ayotzinapa mit dem Ziel durchführte, die Wahrheit im Hinblick auf das Verschwindenlassen der Studenten herauszufinden. Die GIEI kam in ihrem Zwischenbericht im September 2015 zu anderen Ergebnissen und widerlegte die sogenannte "historische Wahrheit", die die Regierung zuvor präsentierte hatte.

Weder die Spezialeinheit zur Suche nach Verschwundenen noch das Opfergesetz funktionieren trotz aller Beteuerungen der mexikanischen Diplomatie nicht. Im Gegensatz dazu gelingt es der mexikanischen Regierung ein anderes Bild der Realität zu zeichnen und das Image des Staates und seine Rolle im Hinblick auf die Menschenrechte positiv gegenüber ausländischen Regierungen und Instanzen darzustellen.

Die Arbeit der gutachterlichen und forensischen Dienste, die von der Generalstaatsanwaltschaft (PGR) abhängen, dient allein dazu, die Hypothesen der Regierung zu bestätigen. Der Fall von Ayotzinapa zeigt den schwachen Willen der Regierung zur juristischen Aufarbeitung im Fall der Verschwundenen und die strukturellen Fehler bei ihrer Suche auf. In Mexiko herrscht Straflosigkeit, die die Regierung nicht bekämpft, und die bestehenden Mechanismen verfestigen sich. So kommt es, dass die Wahrheit nicht ans Licht kommt und es keine Gerechtigkeit geben wird.

Christiane Schulz: Alejandra, was sind deine Erfahrungen mit den nationalen Institutionen? Wie schätzt du die Empfehlungen der internationalen Organisationen und Gruppen wie der GIEI ein?

Alejandra Nuño: Fünf der sieben Mitglieder der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) waren dieses Jahr zum ersten Mal seit 1996 im Land. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Straflosigkeit in Mexiko ein nach wie vor anhaltendes Problem ist, das sich seit Jahrzehnten wiederholt. Die Bekämpfung der Straflosigkeit ist fundamental, um in Bezug auf die Menschenrechtslage Verbesserungen zu erreichen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte kritisierte das hohe Level der Straflosigkeit, 98 % der angezeigten Fälle bleiben nach offiziellen Angaben straffrei. Die Straffreiheit garantiert die Wiederholung der Verbrechen und der Menschenrechtsverletzungen. Wegen der im Land herrschenden Straflosigkeit und wegen des fehlenden Vertrauens in die juristischen Instanzen wenden sich die Zivilgesellschaft und die Nichtregierungsorganisationen an internationale Institutionen.

Seit 2002 ist Mexiko das Land mit den meisten Petitionen vor der CIDH. Nicht nur der Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, sondern auch die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer*innen und ihrer Familienangehörigen identifizieren die Straflosigkeit als eine der größten Hürden für die Existenz eines Rechtsstaates, der die Menschenrechte achtet. Fälle wie die 72 verschwundenen Migrant*innen von San Fernando oder die 40 Verschwundenen von Oaxaca sind weitere Beispiele für die Straflosigkeit im Land.

Der Fall "Campo algodonero", bei dem die CIDH intervenierte und eine Verurteilung des mexikanischen Staates durch den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof bewirkte, führte zu einer Bestrafung der Täter und sie bewirkte Ver-

besserungen von Untersuchungsprotokollen, bei der Ausbildung von öffentlichen Mandatsträger*innen und im Umgang mit Datenmaterial.

Sowohl der Ausschuss gegen das Verschwindenlassen als auch der Ausschuss für Kinderrechte empfehlen eine entsprechende Gesetzgebung, um diese Problematik und die Straflosigkeit zu bekämpfen. Der Ausschuss gegen das Verschwindenlassen identifiziert zudem wichtige strukturelle Hindernisse: Es fehlt an der Koordination zwischen den verschiedenen Regierungseinheiten, die mit den Mechanismen zur Suche und Strafverfolgung befasst sind. Weiterhin stellt das Militärgesetz nach wie vor ein schweres Problem angesichts der Militarisierung des Landes dar, da Soldaten, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, vorrangig durch Militärgerichte verurteilt werden.

Nach offiziellen Zahlen werden nur 3% der Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen verfolgt. Es ist jedoch ein größerer Schutz der Prozessbeteiligten notwendig, da sie oft bedroht oder sogar umgebracht werden. Eine wichtige Empfehlung, die aus dem Fall „Campo algodonero“ herröhrt, ist, dass Funktionsträger*innen, die die Untersuchung eines Falles behindern, von diesem entbunden werden müssen. Allerdings wird auch diese Empfehlung nicht umgesetzt. Eine der Funktionsträger*innen, die von verschiedenen Expertengruppen als eine solche behindernde Instanz identifiziert wurde, bearbeitet den Fall „Campo algodonero“ weiterhin.

CIDH und die UNO bestanden auf der Beteiligung der Familien an der Suche und der Untersuchung der Fälle von Verschwundenen. Hier gibt es jedoch viele Hindernisse, die ihrer Beteiligung im Wege stehen. Beispielsweise haben die Familien keinen Zugang zu den Fallakten. Daher nehmen die Familien die Suche selbst in die Hand. Sie machen sich auf in die Wüste, beschaffen sich sogar Drohnen oder nehmen Hunde zur Unterstützung bei ihrer Suche mit.

Das Thema der Straflosigkeit haben die internationalen Instanzen als das Dringenste identifiziert und empfehlen dessen sofortige Bekämpfung.

Christiane Schulz: Warum bearbeitet Deutschland das Thema der Rechtsstaatlichkeit in Mexiko? Was kann die GIZ diesbezüglich tun?

Wolfgang Sauren: Die deutsche und die mexikanische Regierung haben ein Projekt zur Unterstützung von Untersuchungssystemen vereinbart. Die Wichtigkeit dieser Vereinbarung wurde unterstrichen, als der Außenminister Frank-Walter Steinmeier es im Juni 2015 ankündigte. Der Projektpartner ist die Generalstaatsanwaltschaft (PGR), die für drei Aktionslinien Unterstützung erbat: bei der Strafverfolgung/Verbrechensuntersuchung, der technischen Unterstützung im Bereich der Forensik, sowie Hilfe für die Opfer und ihre Familien bei der weiteren Suche. Die GIZ wurde mit der Durchführung des Projektes beauftragt. Diese Themen liegen eher außerhalb des typischen GIZ-Spektrums, das in Mexiko bisher Projekte im Bereich der Biodiversität, des Klimas oder der Energie beinhaltete. Angesichts der Situation in Mexiko fördert die GIZ jetzt auch Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Die Ziele des Projektes liegen (i) in der Identifikation von Verbesserungsmöglichkeiten innerhalb der Generalstaatsanwaltschaft (PGR), (ii) Änderung des Verfahrens einer Wartezeit von 72 Stunden, bevor mit der Suche nach

dem/der Verschwundenen begonnen werden kann, um so zur Beschleunigung der Suche nach verschwundenen Personen beizutragen, (iii) Unterstützung und Schulung in Vernehmungsmethoden von Beschuldigten, (iv) Schulung zur Sicherung des Tatortes, (v) Umsetzung des nationalen Plans zur Suche verschwundener Personen, (vi) Verbesserung der Techniken zur Identifikation, (vii) Beratung bei der Koordination der verschiedenen Laboratorien, wie auch der Datenbanken und dem Umgang damit, (viii) Entwicklung einer rechtlich abgesicherten Beteiligung der Angehörigen bei der Suche, (ix) Schulung der Staatsanwaltschaften zur Arbeit mit Familien, (x) Stärkung des Dialogs zwischen der Generalstaatsanwaltschaft und der Zivilgesellschaft, (xi) besondere Berücksichtigung der weiblichen Opfer, (xii) Unterstützung für die Menschen, die die Opfer verteidigen.

Des Weiteren führt die GIZ ein Projekt zur Stärkung der Organisationen der Zivilgesellschaft durch und es gibt einen gemeinsamen Fonds der deutschen und mexikanischen Regierung - Deutschland mit 2 Mio. Euro und Mexiko 1 Mio. USD - zur Durchführung gemeinschaftlicher Projekte. Die genauen Inhalte werden in Absprachen mit allen Beteiligten noch genauer definiert.

Christiane Schulz: Wie kann sich der Rechtsstaat weiterentwickeln?

Marcela Turati: Die Veröffentlichung des Berichts der GIEI, die zeitlich mit der Ermordung der Journalisten Rubén Espinosa und Nadia Vera zusammenfiel, führte zu einer öffentlichen Debatte über die katastrophale Lage im Land. Die Beseitigung und Bekämpfung der Straflosigkeit ist grundlegend dafür, einen positiven gesellschaftlichen Wandel einzuleiten. Verschiedene soziale Organisationen prüfen, ob sie sich - ähnlich wie in Guatemala - zusammenschließen könnten, um eine Kommission gegen die Straflosigkeit zu bilden. Unabhängige Expert*innen könnten wie im Fall von Ayotzinapa oder ähnlich wie die Gruppe der Migrant*innen, die ein Expertenteam mitbrachte, bei der Überprüfung der aktuellen Fälle helfen. Meine Aufgabe ist es, darüber zu berichten.

Die Empfehlungen, wie Schulungen, neue Gesetze, neue Einheiten zur Suche sind wichtig, aber sie haben die Straffreiheit nicht verringert. Ein anderes Problem im Land ist die Korruption, insbesondere weil das organisierte Verbrechen in viele Regierungsinstitutionen eingedrungen ist. Funktionär*innen und Politiker*innen stehen auf der Gehaltsliste der Drogenkartelle. Dessen ungeachtet nutzt die mexikanische Regierung die Diplomatie, um international mit Gesetzesinitiativen zu glänzen. Dass sie dafür deutlich mehr Geld ausgibt, als für die Verteidigung der Menschenrechte, zeigt, dass es keinen wirklichen politischen Willen gibt.

In der anschließenden Debatte wurden Fragen aufgeworfen, wie die nach der Priorität der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Mexiko. Deutschland investiert rund 25 Mrd. Euro in Mexiko. Gefragt wurde daher, inwieweit das deutsche Projekt zur Stärkung des Rechtsstaates in Mexiko beitragen kann, ohne die Handelsbeziehungen zu berühren? Und wie ist es möglich, ehrliche Funktionsträger*innen in den Systemen zu identifizieren?

Wolfgang Sauren: Ayotzinapa hat sicherlich dazu beigetragen, dass die deutsche und die mexikanische Regierung im

Hinblick auf die Situation des Verschwindenlassens in Mexiko beschlossen haben, gemeinsam etwas zu unternehmen. Die Schulung in Forensik und die Hilfe für die Opfer ist keine Vortäuschung, sondern der Beginn möglicher Änderungsprozesse. Sie ist Beweis dafür, dass die Handelnden etwas tun müssen. Das deutsche Projekt bildet möglicherweise gute und schlechte Funktionär*innen aus; hier zu unterscheiden ist schwierig, aber es geht darum, eine Tür zu öffnen. Die Idee ist, kompetenten Funktionär*innen Werkzeuge an die Hand zu geben, damit sie ihre Arbeit verbessern und bessere Ergebnisse erzielen können.

Alejandra Nuño: Vor acht Jahren wäre es unmöglich gewesen, ein Verfahren gegen die Verantwortlichen des Völkermordes in die Wege zu leiten. Damit so etwas geschieht, braucht es den Willen auf höchster politischer Ebene. Enrique Peña Nieto hinterfragt die internationalen Organisationen und ihre Empfehlungen in Bezug auf Mexiko und bringt damit sein geringes Interesse hinsichtlich der Krise im Land zum Ausdruck. Wenn es aber auf höchster Ebene kein Interesse gibt, kann sich nichts ändern, selbst wenn Funktionsträger*innen guten Willens sind.

Zur Verbesserung der Situation braucht es: die Einführung von Rechenschaftspflichten und eine Situationsanalyse. Derzeit genießen die internationalen Instanzen eine höhere Glaubwürdigkeit als die nationalen. Die Schulungsprojekte müssen die Ebene der Bundesstaaten erreichen. Die deutsche Gesellschaft müsste Rechenschaft über die Ausgaben ihrer Regierung in Mexiko einfordern. Zum Beispiel hat eine deutsche Kugel die Aktivistin Marisela Escobedo getötet. Wie viele öffentliche Institutionen in Deutschland finanzieren mexikanische Organisationen? Es muss eine größere Transparenz eingefordert werden. Aber andere Fälle in Lateinamerika, wie Fujimori und Pérez Molina, nähren die Hoffnung, dass das Handeln und Engagement der Zivilgesellschaft Wirkung erzielen kann.

Marcela Turati: Zum Beispiel wurden die Mittel für den Plan Mérida, mit dem die Vereinigten Staaten Mexiko finanzieren, auch dazu benutzt, um drei Jahre lang Politiker*innen mit eindeutigen Verbindungen zum Drogenhandel zu schulen. Das wurde durch ein entschlüsseltes Telegramm der Vereinigten Staaten bekannt, das eine sehr zynische Haltung der Autoritäten in diesem Fall zeigt. Meine Aufgabe war es, diese Nachricht redaktionell zu bearbeiten. Die hier anwesenden Organisationen sind der Auffassung, dass es Mechanismen zur Eindämmung und zur Konditionierung von Mitteln, die nach Mexiko bräuchte, wenn, wie im Fall von Tlataya, Menschenrechtsverletzungen verübt werden. Die internationale Finanzierung müsste transparent werden. Auch sind die Organisationen der Aufassung, dass die Finanzmittel direkt in die Bundesstaaten fließen sollten, um deren Möglichkeiten zu stärken, denn dort konzentrieren sich die Probleme. Und man müsste sorgfältig auf die Korruption achten. Die internationale Solidarität ist wichtig. Und es ist notwendig, dass die Medien im Ausland über die Situation in Mexiko berichten.



23.10.2015 Bad Boll. Patricia Galarza, Centro Derechos Humanos Paso del Norte, Ciudad Juárez; Alejandra Nuño, CEDEHM, Chihuahua; Marcela Turati, Periodista; Vidulfo Rosales, Centro de Derechos Humanos Tlachinollan, Guerrero; Janahuy Paredes, COFFADEM, Michoacán; Jorge Verástegui, Centro Fray Juan de Larios, Coahuila; Juan José Villagómez Hernández, Casa de Migrantes Saltillo; Alberto Solís Castro, Serapaz, Ciudad de México. Foto: Joachim E. Röttgers

5. Forum I: Erfahrungen mit dem Verschwindenlassen. Möglichkeiten und Grenzen psychosozialer Unterstützung der Angehörigen

Indem zu Beginn des Forums alle ihre Erwartungen formulierte, kristallisierten sich zwei zentrale Fragen heraus: Was ist unter psychosozialer Begleitung zu verstehen? Und wie sieht die Arbeit mit den Angehörigen aus? Zudem erhofften sich die Teilnehmenden einen Austausch zu den unterschiedlichen Erfahrungen mit dem Thema, eine Netzwerkbildung mit deutschen Organisationen, Überlegungen zu Unterstützungs möglichkeiten und die mexikanische Perspektive auf das Thema kennenzulernen.

Alberto Solís Castro, Servicios y Asesoría para la Paz, A.C., SERAPAZ

Zu Beginn leitete Alberto Solís Castro von Serapaz mit seinen Ausführungen über die Erfahrungen mit psychosozialer Begleitung und deren Herausforderungen in das Thema ein. Er erläuterte, dass Mexiko nicht darauf vorbereitet war, sich dieser massiven Gewalt zu stellen, die es aktuell erlebt. Zuvor richtete sich staatliche Gewalt gegen soziale Bewegungen oder auf das Umfeld der von ökonomischen Interessen getriebenen Megaprojekte. Es waren bestimmte Regionen des Landes mit spezifischen, einfacher nachvollziehbaren Kontexten von den staatlichen Übergriffen betroffen.

Er machte deutlich, dass Gewaltsames Verschwindenlassen in Mexiko kein neues Phänomen ist, sondern bereits seit den 1960er Jahren, insbesondere während des Schmutzigen Krieges, praktiziert wird. In den 1990er Jahren richtete sich diese Praxis zunehmend gegen politische Gruppen (PRD) und fand im Rahmen des gewalt sam Konflikts in Chiapas statt. Er führte aus, dass die Gewalt in den 1970er Jahren bereits massiv war, heutzutage aber völlig außer Kontrolle geraten ist, denn verschwunden zu werden kann jedem und jeder zu jeder Zeit in jedem Teil des Landes ohne ersichtlichen Grund zustoßen.

Solís kommentierte, dass das Thema psychosoziale Arbeit mit Gewaltopfern sehr kompliziert war, denn es existierten weder Strukturen psychosozialer Begleitung, noch hatte man

zu Beginn Methoden. Ausgebildetes Personal war nicht vorhanden und im ganzen Land arbeiteten nur zwei oder drei Personen zu diesem Thema – kurz: es gab keine psychosoziale Begleitung. Allerdings führten Peace Brigades International und das Comité Cerezo Schutzbegleitung durch.

Das Jahr 2011 markiert einen Wendepunkt mit dem *Movimiento por la paz con justicia y dignidad* (Bewegung für den Frieden mit Gerechtigkeit und Würde), mit dem Dichter Javier Sicilia an der Spitze, gegründet nach der Ermordung seines Sohnes. Mit den Karawanen, die die Bewegung im ganzen Land durchführte, trug Sicilia maßgeblich dazu bei, das Problem des Verschwindenlassens in ganz Mexiko sichtbar zu machen. Denn das Verschwindenlassen war zwar in den betroffenen Gegenden auf lokaler Ebene bekannt, aber eben nicht auf nationaler Ebene. Diese Bewegung zeigte auch auf, dass im Drogenkrieg nicht nur die Mitglieder der Drogenkartelle sterben, sondern man sprach nun von tausenden unsichtbaren Opfern mit einer tragischen Geschichte; von der damaligen Regierung unter Felipe Calderón als Kollateralschäden bezeichnet.

Ein weiterer Beitrag der Bewegung war ein Dialog mit dem Präsidenten, der sich Zeugenaussagen anhörte. Nachdem dem *Movimiento por la paz con justicia y dignidad* eine breite Sensibilisierung gelungen war, entstand bei den Angehörigen die Notwendigkeit, nicht nur Zeugnis abzulegen, sondern zu einem sozialen Subjekt zu werden. Das heißt, sich zu organisieren, Entscheidungen zu treffen und Strategien zu entwickeln, um mit dem, was ihnen geschehen ist, umzugehen. Da innerhalb der Bewegung um Sicilia nur einige Wenige die Richtung vorgaben, wurde es versäumt, diesen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Stattdessen entstanden andere Räume, die den Opfern Möglichkeit gaben, sich gemäß ihrer eigenen Dynamik zu organisieren. Organisationen wie FUNDEC und FUNDEM, das Menschenrechtszentrum Paso del Norte oder CEDEHM, widmeten sich diesen Anliegen. Zu diesem Zeitpunkt begann auch Serapaz mit der Struktur eines anderen Akteurs zu arbeiten, als man es gewohnt war. Denn soziale Bewegungen, Gewerkschaften oder Bauernbewegungen verfügten bereits über eine ideologische Linie und waren geschult, was sie stärkte.

Es ist sehr komplex mit einem Akteur zu arbeiten, innerhalb dessen das einzige verbindende Element die erlebte Tragödie ist. Auf der psychosozialen Ebene war man darauf nicht vorbereitet. Zudem traten interne Konflikte auf, die Opfer und Angehörigen selbst sahen sich nicht als Ombudspersonen oder Menschenrechtsverteidiger*innen an, denn ihr einziges Anliegen war es, ihre Angehörigen zu finden. Nach einem langen und schwierigen Prozess begann sich eine kleine Gruppe innerhalb von Serapaz in diesem Bereich zu spezialisieren und auf nationaler Ebene Treffen der Angehörigenverbände zu organisieren. Diese Vernetzung war eine komplizierte Aufgabe, denn es gab zahlreiche Organisationen und es war schwierig zu entscheiden, wer eine führende Rolle einnehmen und wie die Entscheidungsfindung gestaltet werden sollte.

Der Schlüssel hierzu war es, Raum zu schaffen, um Informationen auszutauschen und Fähigkeiten zu stärken. In diesem Stadium integrierten sich Fachleute auf dem Gebiet der psychosozialen Begleitung wie Clemencia Correa, Carlos Martín Beristain und Roberto Garretón. Das war sehr wichtig, denn

es kam zu Synergieeffekten zwischen den Organisationen. Für Alberto Solís bedeutet der Umgang mit den Betroffenen selbst eine große Herausforderung und eine komplexe Aufgabe, denn es herrscht eine enorme Anspannung und emotionale Last. Alle versuchen, ihr eigenes Anliegen voranzubringen. Wenn sie Gelegenheit hatten, mit staatlichen Institutionen in Dialog zu treten, taten sie es auf ihre Weise und vertraten mehr ihre individuellen Interessen als die der Gruppe. Die Herausforderung war, einen Prozess der Vereinigung zu erreichen, so dass es keine internen Konflikte zwischen den Akteur*innen gab, die dabei waren, sich zu organisieren – und dadurch die gemeinschaftlichen Bemühungen für ein gemeinsames Ziel zu stärken. Inzwischen haben die Betroffenen eine Stimme, ein anderes Verhältnis gegenüber dem Staat, aber das ist nicht genug, denn sie suchen ihre Angehörigen und in dieser Hinsicht wurden noch keine Ergebnisse erzielt.

Eine andere Lehre, die Alberto Solís aus seinen Erfahrungen zieht, ist, dass die psychosoziale Begleitung nicht nur durch eine Person erfolgen darf, da dies sehr zermürbend ist und lange, enge Beziehungen auf Dauer zu internen Konflikten führen können.

Herausforderungen

Weiterbildung von Organisationen. Psychosoziale Begleitung ist noch immer ein Tabuthema in Mexiko. Die verbreitete Auffassung ist eine sehr individuelle, wo jedes Opfer einzeln beruhigt werden muss, statt Gruppenprozesse anzuregen. Es gibt noch kein Verständnis für die psychosoziale Begleitung als transversale Kategorie. Zudem ist es für manche eine komplexe Aufgabe, zu definieren, bis zu welchem Punkt man die Betroffenen begleitet.

Der Umgang mit der Wahrheit gegenüber den Betroffenen. Die Informationen der Untersuchungen erreichen zunächst die Organisationen, die die Betroffenen begleiten und diese geben die Informationen erst an die Opfer weiter. So müssen die Organisationen die Art und Weise herausfinden, den Betroffenen die Wahrheit zu sagen, und ihnen helfen, die Informationen auch zu verstehen und nicht in einer Haltung des Leugnens zu verharren.

Horizontaler Umgang auf Augenhöhe, Behandlung der Betroffenen als Gleiche. Ein zentraler Punkt ist, dass die Überlegungen der Betroffenen nicht in eine Richtung gelenkt werden und eine gleichberechtigte Beziehung aufgebaut wird.

Empowerment kollektiver Subjekte und nicht einzelner Führungspersönlichkeiten.

Von Deutschland aus, so meint Alberto Solís, könnte man Räume der Reflexion zur psychosozialen Dimension anregen, um das Thema besser zu legitimieren. Zudem sollte man das Thema in den internationalen Organisationen verankern.

Diskussion

Im Nachgang des ersten Beitrags des Forums von Alberto Solís ergaben sich zwei Fragen: Wann erkennt sich der/die Betroffene als Menschenrechtsverteidiger (MRV)? Wie ist psychosoziale Begleitung zu definieren?

Janahuy Paredes Lachino: Angehörige erkennen sich als Menschenrechtsverteidiger*innen (MRV), wenn sie ein wahres Bewusstsein und Klarheit über das Geschehen haben.

Psychosoziale Auswirkungen finden nicht nur im Individuum oder nur auf familiärer Ebene statt, sondern betreffen die Gesellschaft als Ganzes. In dem Moment, in dem die Angehörige begreifen, dass der Staat die Bedingungen der Straflosigkeit generiert, damit die Menschenrechtsverletzungen überhaupt stattfinden können und wenn sie begreifen, dass sie etwas tun, das eigentlich die Aufgabe des Staates ist, erkennen sich die Angehörigen als MRV. Man muss dazu beitragen, dass die Opfer sich politisieren, damit die Angehörigen sich bewusst werden, dass sie die Realität verändern können.

Die Definition von psychosozialer Begleitung hat damit zu tun, eine allgemeine Perspektive in Relation zum politischen Kontext der Region zu setzen. Die Begleitung trägt die notwendigen Instrumente an die Betroffenen heran, damit sie sich dem Verschwinden ihres Angehörigen stellen können. Es bedeutet auch, die Person zu begleiten, so dass sie selbst beginnen kann, Verteidigungsmechanismen zu entwickeln. Und es geht darum, die Sperre der Angst zu durchbrechen, sie zu juristischen Instanzen zu begleiten, damit sie individuell vorbereitet ist, aber kollektiv begleitet wird. Ihr Werkzeuge in die Hand zu geben, die für den Umgang mit den staatlichen Behörden notwendig sind, und sie während des gesamten Prozesses der Suche zu begleiten, ohne ihr zu sagen, was sie tun soll, sondern sie zu befähigen, für sich zu sprechen.

Patricia Galarza: Eine Person zu begleiten, die einen dauerhaften Schmerz durchlebt, der nicht nur psychische sondern auch physische Symptomatik erzeugt, bedeutet, mit ihr zu gehen und nicht vor ihr. Es bedeutet, ihr zu helfen, indem man ihr Werkzeuge an die Hand gibt, damit sie sich selbst ermächtigen kann, die Stimme ihres eigenen Falles zu sein.

Patricia Galarza, Centro Derechos Humanos Paso del Norte, Ciudad Juárez

Das Menschenrechtszentrum Paso del Norte konzentriert sich in der psychosozialen Begleitung Angehöriger verschwunden gelassener Personen auf die gesellschaftliche Reintegration und Inklusion der Angehörigen in die Gesellschaft. Eines der vorangestellten Ziele ihrer Arbeit besteht in der Vernetzung der betroffenen Familien auf nationaler Ebene, um kollektiv Einfluss im soziopolitischen Kontext nehmen zu können.

„Si quieres llegar rápido, camina solo, si quieres llegar lejos, camina en grupo“ (Wenn du schnell ans Ziel kommen willst, geh allein, wenn du weit kommen willst, geh in der Gruppe) – Dieses Sprichwort führt Patricia in ihrem Vortrag an und setzt es in Bezug zur psychosozialen Begleitung.

Integration der Familienangehörigen

Die Integration der Familienangehörigen beginnt bei der Bewusstseinsbildung über die Bedeutung des Verschwindens der eigenen Kinder als öffentliches Ereignis im soziopolitischen Kontext des mexikanischen Staates, der von Korruption und Menschenrechtsverletzungen geprägt ist. Im Norden Mexikos betreut die Organisation 250 Familien und somit insgesamt 300 Angehörige von Verschwundenen. Patricia wiederholt mit Nachdruck, dass das gewaltsame Verschwindenlassen nicht nur eine Person verletzt, sondern ganze Familien schädigt, isoliert und traumatisiert. Die psychosoziale Begleitung hilft den Familien, ein Bewusstsein über ihre Si-

tuation und ihre Möglichkeiten zu entwickeln.

In den Treffen der psychosozialen Unterstützung bestimmen grundsätzlich die Angehörigen das Tempo und den Verlauf der Arbeit. Eine linear verlaufende vorhersehbare Arbeit ist nicht möglich, denn sie ist an den Gemütszustand der Angehörigen und unvorhergesehene Ereignisse gebunden. Die Kurve verläuft in Höhen und Tiefen. Mögliche Konzentrationspunkte bilden beispielsweise Geburts- und Feiertage, der Tag des Verschwindens, weitere Jahrestage. Der Schmerz der Angehörigen ist kontinuierlich, da ewige Ungewissheit herrscht und kann daher nicht die üblichen Phasen des Trauers durchlaufen. Durch die konstante Abwesenheit der Person ist sie umso präsenter in den oben genannten Momenten.

Es wird besprochen, wer im öffentlichen Kontext mit welchen Organismen in Kontakt tritt. Ermächtigung (Empowerment) kann in diesem Zusammenhang bedeuten, dass die Mitarbeitenden der Organisationen den Familienangehörigen dazu verhelfen, ihre eigene Stimme zu erkennen, falls sie es vorher nicht gewohnt waren, mit Autoritäten zu sprechen. Die psychosoziale Begleitung ermächtigt besonders die Mütter von verschwunden gelassenen Personen, ihre Stimme zu erheben. Sie selbst sind es, die sich artikulieren. Die Organisationen stehen nur begleitend an ihrer Seite und helfen den Frauen, wenn es nötig ist.

Im Kontext der psychosozialen Begleitung stehen Hoffnung, Solidarität und Einheit immer direkt in Verbindung mit Schmerz, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Wut. Immer wieder werden Werkzeuge entwickelt, die die Angehörigen von ihrem Stigma befreien und sie dazu befähigen sollen, sich öffentlich zu äußern und den Autoritäten entgegenzutreten.

Persönliche und gesellschaftliche Folgen

Das Menschenrechtszentrum Paso del Norte arbeitet insbesondere mit den Müttern von verschwunden gelassenen Personen. Viele der älteren Mütter haben mit körperlichen Beschwerden zu kämpfen, die durch den anhaltenden psychischen Schmerz und die anhaltende Suche und Ungewissheit verursacht werden.

Die Sozialarbeiter*innen richten sich stets nach den Bedürfnissen der Menschen, da diese sehr unterschiedlich sind und aus ganz unterschiedlichen sozialen Kontexten stammen. Es gibt Beispiele von Angehörigen der Bundespolizei – sie kamen direkt in Kontakt mit der Korruption der Behörden.

Die Mütter tun sich zusammen in der Hoffnung, in Zukunft weiteres Verschwindenlassen verhindern zu können. Obwohl sie ihre eigenen Kinder vielleicht nie wieder sehen werden, finden sie hier Motivation für den Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit für ihre Kinder. In der Zusammenarbeit mit anderen Müttern können sich die Betroffenen gegenseitig stützen.

Eine wichtige Frage für die Arbeit mit den Familienangehörigen ist es, klarzustellen, bis zu welchem Punkt die Frauen gehen wollen. Die Begleitung geht immer respektvoll mit dem individuellen Anspruch der Personen um.

Psychosoziale Folgen für die ganze Familie

Unter den Familien von Verschwundenen existieren unterschiedliche Strategien zum Schutz beispielsweise der Kinder. Sie enthalten ihnen Informationen über das Geschehene

oftmals vor. Einige Kinder berichten später, dass sie sich nicht getraut haben zu fragen, was mit dem oder der Angehörigen geschehen ist, obwohl sie gespürt haben, dass etwas Furchtbares vorgefallen sein muss.

Galarza berichtet von Fällen, in denen die psychosoziale Begleitung den Müttern helfen konnte, den Kindern die Wahrheit zu sagen. Auch ein Verständnis für die Wichtigkeit dieser Wahrheit muss bei einigen Müttern erst erarbeitet werden. Die Kinder sind oft die ersten, die tatsächlich in der Lage sind, die Wahrheit zu realisieren. Es kommt durchaus vor, dass den Kleinen vorgespielt wird, die Eltern seien in den USA, um den Kindern den Schmerz des Verlustes zu ersparen. In der psychosozialen Arbeit mit Kindern werden verschiedene Spiele genutzt. In den meisten Fällen entwickeln die Kinder ein sehr erwachsenes Bewusstsein und eine sehr erwachsene Wahrnehmung über den Bruch in der Familie. Die größte Hilfe für die Familien liegt darin, den Glauben zurückzugewinnen. Diesen brauchen sie, um weitermachen zu können. So bildet jede Angehörige ein eigenes Symbol des Glaubens und der Hoffnung. In vielen Fällen handelt es sich um ein christliches Kreuz. Die Angehörigen hoffen und kämpfen weiterhin auf einen Wandel in der mexikanischen Gesellschaft.

Sich zu vereinigen stärkt jede einzelne Person. In den Beispielen wird deutlich, dass der geteilte Schmerz sich in eine Kraft verwandeln kann. Eine Mutter berichtet, dass sie immer die Hoffnung hatte, zumindest den leblosen Körper ihres Sohnes zu finden, um die Suche endlich abschließen zu können. Doch als ihr die Ergebnisse eines entdeckten Massengrabs zugetragen wurden, und ihr Sohn nicht unter den Toten identifiziert wurde, dachte sie: „Sí quería que lo fuera, pero qué bueno que no lo fue!“ (Ja, ich wünschte er wäre dabei gewesen, aber zum Glück ist er es nicht). Dieses Beispiel spiegelt den Halt und die Hoffnung wider, die die gemeinsame Arbeit den Frauen untereinander gibt.

Janahuy Paredes Lachino, Angehörige, COFFADEM Familienkomitee (Comité de Familiares de Personas Detenidas Desaparecidas en México, "Alzando Voces"), Michoacán

Janahuy Paredes Lachino beginnt ihren Vortrag mit einer Beschreibung des Kontextes des letzten Jahrzehnts in Mexiko. Beginnend bei dem Kampf gegen den Drogenhandel, den Präsident Felipe Calderón 2006 ausgerufen hat, beschreibt sie, wie dieser die Sicherheit im Bundesstaat Michoacán verändert hat.

In Michoacán wurde im Dezember 2006 die Stadt Morelia militarisiert. Militärangehörige haben immer wieder Jugendliche auf öffentlicher Straße durchsucht. Als Antwort auf die Militarisierung des gesamten Landes gründeten sich in verschiedenen Bundesstaaten, beispielsweise auch in Oaxaca, bewaffnete, nicht staatliche Bewegungen.

Gewaltsames Verschwindenlassen

Die erste Person, die in Michoacán verschwunden gelassen wurde, war ein Journalist. Ein Jahr später, im Dezember 2007 verschwand der Vater von Janahui Paredes, Francisco Paredes, der sich engagiert im Kampf gegen die Regierung eingesetzt hatte. Francisco Paredes hatte sich bereits in den 1970er Jahren der Guerillabewegung angeschlossen, wo er Zeuge von Gewaltsamem Verschwindenlassen wurde und

als politischer Häftling Folter erleiden musste. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, führte er seine Arbeit fort und setzte sich für die Bauern Michoacáns und vor allem die Lehrerseminare (sog. Escuelas Normales) ein, wo die Kinder der Landbevölkerung zu Lehrern ausgebildet werden und ihnen politische Bildung vermittelt wird.

Gründung einer Menschenrechtsorganisation

Ende der 1990er Jahre sollte eine Menschenrechtsorganisation für die Opfer von Verschwindenlassen gegründet werden, aber als Konsequenz daraus verschwanden nur noch mehr Mitglieder der Bewegung.

Francisco Paredes nahm seine beiden Töchter oft mit zu den Versammlungen und so wuchsen sie in einem aufgeklärten Umfeld auf und waren mit den Themen der Bewegung schon früh vertraut. Sie entwickelten ein politisches Bewusstsein und fragten ihren Vater nach den Geschehnissen im Land. Der Vater machte ihnen klar, dass er nicht wollte, dass ihnen die gleichen Dinge geschehen würden, wie ihm selbst.

Am Tag, an dem Francisco Paredes verschwand, kam er von einer öffentlichen Veranstaltung zurück. Schon länger war er sich seiner Verfolger gewiss und bemerkte, dass die Polizei ihn beobachtete. Über das Telefon beschrieb er einem Verwandten die Situation und warnte ihn, dass seine Töchter bald ohne Vater sein würden. Zwei Tage nach seinem Verschwinden wurde sein Wagen gefunden und die Anwohner der Gegend bestätigten, dass Bundespolizisten in der Gegend gesehen wurden.

Paredes erklärt, dass laut mexikanischem Gesetz erst 72 Stunden nachdem das Verschwinden einer Person angezeigt wurde, nach dieser gesucht wird. Im Fall ihres eigenen Vaters verdeutlichten die Behörden schnell, dass keine Kapazitäten für die Suche bereitgestellt werden könnten. Es sei nicht genügend befähigtes Personal verfügbar. Mit Hilfe der Bewegung in Michoacán suchte die Familie den Kontakt zu den Verantwortlichen in Michoacán, Mexiko-Stadt und der Generalstaatsanwaltschaft.

Es gab eine Pressekonferenz zu dem Fall, aber Janahuy Paredes hatte eher das Gefühl, dass die anwesenden Journalist*innen sich über sie und ihre Familie lustig machten. Sie sagten, dass doch hier in der Gegend kein Mensch einfach verschwände. Ein halbes Jahr nach dem gewaltsamen Verschwinden des Vaters organisierten die Familie und ihre Unterstützer*innen einen Protestmarsch und verteilten Flyer. Ungefähr 50 Personen berichteten ihr infolgedessen, dass sie selbst Personen auf die gleiche Weise verloren hatten. Sie entschieden, sich zu vereinigen und so entstand eine neue Bewegung für die Unterstützung und Begleitung von Familienangehörigen von Personen, die dem gewaltsamen Verschwindenlassen zum Opfer gefallen sind. Die Bewegung hilft den Angehörigen ihre Ängste und die Unfähigkeit gegenüber den Lügen und Manipulationsversuchen der offiziellen Autoritäten zu überwinden.

Psychosoziale Begleitung der Familien

Betroffene Familien von gewaltsam Verschwundenen haben sich zusammengeschlossen, um nicht allein und voller Angst kämpfen zu müssen. Auf diese Weise entstand eine überzeugende Kraft, die sich gegen die Autoritäten zur Wehr setzen kann.

Dabei geht es auch darum, Forderungen auf bestimmte

Rechte aufzustellen:

- Die Familienangehörigen sollten fortan nicht mehr allein bei den Behörden, vor Gericht oder mit der Polizei sprechen müssen.
- Den Angehörigen sollte ihre Würde zurückgegeben werden und eine Revictimisierung und Kriminalisierung verhindert werden.
- Die Vernetzung der Familien sollte auf die nationale Ebene erweitert werden.

Alle drei Vortragenden betonten, dass die psychosoziale Arbeit im Fall der gewaltsam verschwundenen Personen des Landes auf den Schultern kleiner Organisationen liegt, die nicht auf die Härte und Vielzahl der Fälle vorbereitet waren. Doch sie sind voller Hoffnung, dass ihre Arbeit nun, da das Gewaltsame Verschwindenlassen durch die verschwundenen Studenten von Ayotzinapa die Aufmerksamkeit und Empörung der Weltöffentlichkeit erlangt hat, weitere Unterstützung erfährt. So könnte sich ein Wandel in der Arbeit der kleinen Organisationen, aber auch in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung des Landes, vollziehen.

Janahuy Paredes erklärte, wie wichtig die internationale Solidarität für die Familien sei, denn sie beweise ihnen und ihren Mitstreiter*innen, dass sie nicht verrückt sind und ihr Kampf Sinn ergibt und sich in Mexiko durch internationalen Druck tatsächlich etwas ändern kann. Diese kleinen Organisationen sehen sich einem kriminellen Staat ausgesetzt, in dem sich die Menschen immer mehr an die Straflosigkeit und persönliche Machtlosigkeit gegenüber dieser Ungerechtigkeit gewöhnt haben.⁸

Forderungen des Forums I:

1. Unterstützung bei der Sichtbarmachung der Komplexität des Verbrechens „Verschwindenlassen“ und Unterstützung bei der Begleitung von Familienangehörigen und Organisationen.
2. Schaffung sicherer Orte des Austausches, wo internationale Erfahrungen mit Kolleg*innen aus anderen Ländern diskutiert werden können.
3. Transparenz und Kontrolle der Kooperationsprojekte. Evaluation der Auswirkungen.
4. Rechenschaftsberichte.
5. Projekte der Kooperation sollen gemeinsam mit den Organisationen der Familienangehörigen und den sie begleitenden Organisation konzipiert werden.
6. Die psychosoziale Begleitung soll als Querschnittsaufgabe der Menschenrechtsorganisationen aufgrund der extremen und strukturellen Gewalt aufgebaut werden.
7. Schulungen und Trainings der Akteur*innen.
8. Aufbau von internationalen Netzwerken mit Auswirkungskohärenz in komplexen Strukturen, wie z.B. bei Megaprojekten, Investitionen, Beteiligung von transnationalen Wirtschaftsunternehmen, bei Waffenexporten, extraktive und Auto-Industrie.
9. Innereuropäische Kooperation der Zivilgesellschaft.
10. Aufbau von investigativen, zivilgesellschaftlichen Instanzen mit ethischem und moralischem Gewicht, insbesondere zur Wiederherstellung des Vertrauens in der Gesellschaft. Dies ist aufgrund des komplexen Kontexts und des völligen Vertrauensverlusts in die staatlichen Institutionen wichtig. Hier können auch Hochschulen über die DAAD-Förderung

eingebunden werden.

11. Aufbau von Zuflucht-Strukturen für bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen, wie z.B. Shelter Cities von Justice and Peace in den Niederlanden.

6. Forum II: Migrant*innen als Opfer des gewaltsamen Verschwindenlassens. Ansätze der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Dieses Forum thematisierte die aktuelle Situation der Migrant*innen, die durch Mexiko reisen. Die Gefahrensituationen, denen die Menschen ausgesetzt sind und in denen sie verschwunden werden, wurde ebenso angesprochen wie der fehlende politische Wille und die nicht ausreichenden forensischen Möglichkeiten, um die Fälle aufzuklären. Außerdem wurden die Unwägbarkeiten diskutiert, mit denen die zentralamerikanischen Familien in Mexiko rechnen müssen, um Recht zu erlangen.

Juan José Villagómez Hernández, Frontera con Justicia A.C., Casa del Migrante Saltillo

Juan José Villagómez verdeutlichte, wie komplex die Problematik der verschwundenen Migrant*innen ist. Mexiko steht repräsentativ für ein Migrationsland. In den USA leben zwischen 11 und 12 Millionen Migrant*innen aus Mexiko – das entspricht 4% der mexikanischen Gesamtbevölkerung. Seit Beginn des Programms Bracero gibt es in Mexiko vermehrt interne Migration. Menschen aus dem Süden, die im Norden arbeiten, viele von ihnen als Erntehelfer, die nach der Erntesaison wieder in ihre Heimatorte zurückkehren. Während ihrer Reise leiden viele Mexikaner*innen und Zentralamerikaner*innen unter Diskriminierungen durch die mexikanischen Behörden.

Äußerlich ähneln die Migrant*innen oftmals den Mexikaner*innen. Sowohl im Süden Mexikos als auch in Zentralamerika leben Mayas. Während das Klima in Südmexiko weitestgehend ähnlich ist, unterscheidet sich der Norden durch unterschiedliche andere Klimazonen. Auf ihrer Reise durchqueren die Migranten unterschiedlichste Regionen und kalte Klimazonen. Manchmal warten die Migrant*innen tagelang auf die Weiterfahrt des Zuges, da die Züge nur dann fahren, wenn sie von Unternehmen angefordert werden. In Mexiko-Stadt teilen sich die Wege in unterschiedliche Strecken: Richtung Grenze nach Tijuana oder über Monterrey. Auf der kürzeren Strecke entlang des Golfes, können die Migrant*innen zwischen drei Routen mit unterschiedlichen Grenzübergängen wählen. Viele reisen mit dem Zug, der "Die Bestie" genannt wird und durchqueren einige mexikanische Bundesstaaten.

Casa de Migrante Saltillo

Die Migrant*innenherberge in Saltillo kümmert sich um die zentralamerikanischen Migrant*innen. Diese verlassen ihre Länder, um ihr Leben zu verbessern und zu retten. Mexiko wird somit auch zum Zielland und ist nicht nur Transitland. Die Migrant*innenherberge bietet hauptsächlich jungen Männern aus Honduras Schutz. Doch in den letzten Jahren helfen die Mitarbeitenden auch zunehmend Familien. Wenn Migrant*innen deportiert werden, müssen sie das gesamte Land erneut durchqueren.

Die Herberge wurde vor 12 Jahren gegründet, als die

Problematik der Migrant*innen in Saltillo noch kaum bekannt war. Als zwei Migranten ermordet wurden, wurde die Problematik sichtbar und die Notwendigkeit zu handeln deutlich. Die Mitarbeitenden der Herberge setzen sich für den Schutz der Menschenrechte der Migrant*innen ein, leisten humanitäre Arbeit und betreuen täglich bis zu 400 Personen.

Seit vier Jahren professionalisiert sich die Arbeit der Herberge stetig, denn es wird zunehmend juristischer Beistand benötigt, da es vermehrt zu Raubüberfällen und Erpressung durch Polizisten gekommen ist. Heute arbeitet in der Herberge ein Team von Psycholog*innen zusammen mit Gemeindemitgliedern aus Saltillo – eine gesellschaftliche Veränderung ist deutlich spürbar. Fast jeden Tag kommen z.B. Freiwillige, die Essen zubereiten und gemeinsam mit den Migrant*innen essen. Juan José empfindet dies als schönstes Erfahrung zwischen den Migrant*innen und den Gemeinden vor Ort, da der mexikanische Staat und auch die mexikanische Bevölkerung die Migrant*innen häufig nicht angemessen behandeln.

Risiko für die Migrant*innen auf ihrer Reise durch Mexiko

In einigen Gegenden Mexikos existierte immer schon Drogenhandel, nun haben sich die damit einhergehenden gewaltsamen Verhältnisse auf andere Teile des Landes ausgeweitet. Die Migrant*innen sind gezwungen, gefährliche Gegenden zu durchqueren, die auch vom Drogenhandel gekennzeichnet sind. Auf ihrer Reise werden viele entführt und erpresst. Ein Trick der Organisierten Kriminalität ist es, Entführte zu zwingen, bei ihren Familien anzurufen, und um Geld für ihre vermeintliche Freigabe zu bitten.

In die USA kann man mit und ohne einen Schlepper, einen sogenannten Coyote, gelangen. Die Preise dafür sind in den letzten Jahren gestiegen. Laut der Migrant*innen werden zwischen 7.500 und 8.000 US-Dollar dafür verlangt. Die Arbeit der Schlepper ist eine Straftat, gleichzeitig ist es auch ein lukratives Geschäft. Manche Schlepper kassieren das Geld, setzen die Migrant*innen dann aber in abgelegenen Orten ab, ohne sie ans versprochene Ziel zu bringen. Andere übergeben die Migrant*innen der Organisierten Kriminalität. Es ist schwierig herauszufinden, wer lediglich ein Schlepper ist und wer der Organisierten Kriminalität angehört. Auch das Team der Herberge hat keine Anhaltspunkte dafür. Aus Sicherheitsgründen wird die Herberge deshalb permanent überwacht.

Die Regierung unter Felipe Calderón behauptete, die Zahl der verschwundenen Migrant*innen sei sehr gering, weshalb von Regierungsseite nichts unternommen wurde. Im Jahr 2010 wurde durch das Massaker an 72 Migrant*innen in San Fernando Tamaulipas im Norden Mexikos deutlich, welchen Einfluss die Organisierte Kriminalität hatte. Damals entstand erstmals öffentliches Bewusstsein für die Situation der Migrant*innen. Nach dem Massaker fand man viele weitere geheime Massengräber. Zahlen sind unklar. Niemand weiß, wie viele Migrant*innen Mexiko durchqueren oder wie viele verschwunden werden, geschweige denn wie viele Massengräber es gibt. Seit Jahren fahren Mütter in Bussen durch das Land, um ihre verschwundenen Söhne und Töchter zu suchen. Sie fragen die Leute und die Behörden nach Informationen und Anhaltspunkten und tragen ein über großes Foto ihrer verschwundenen Familienangehörigen auf der Brust. Ein Fall ist bekannt, in dem ein Angestellter der Procuraduría

[Justizbehörde ähnlich der deutschen Staatsanwaltschaft, Anmerkung der Redaktion] begann, den Müttern ohne Vorbereitung oder psychologische Begleitung Fotos von unbekannten Toten zu zeigen. Der Angestellte war ungeschult und konnte mit den ihm zur Verfügung stehenden Informationen nicht angemessen umgehen.

Die mexikanische Politik angesichts der Problematik

Die erhobenen Daten basieren lediglich auf den registrierten Festnahmen. Vor einigen Jahren kamen in Saltillo ca. 600 Personen pro Monat an. Seit Inkrafttreten des Plans Südgrenze (PFS),⁹ der am 7. Juli 2014 vorgestellt wurde, verringerte sich die Anzahl, da viele „illegal“ Migrant*innen zurück geschickt wurden. Der Plan Südgrenze wurde ins Leben gerufen, um die Grenze in Südmexiko zu verstärken und zu sichern. Gleichzeitig diente er auch als Vorwand, um die Region weiter zu militarisieren und zu kontrollieren. Im Süden des Landes gibt es viel Bergbau und Minen und es kommt immer wieder zu Spannungen zwischen der Bevölkerung und dem Staat. Der Plan Südgrenze dient somit auch dazu, mögliche soziale Konflikte schnell eindämmen zu können. Die Finanzierung des PFS entspringt dem Merida-Plan, der von der US-amerikanischen Regierung finanziert wurde, was der mexikanische Staat jedoch abstreitet.

Die Ökonomien Guatemalas und Mexikos sind eng miteinander verknüpft. In Südmexiko ist die Grenze durchlässig. Die Migrant*innen können die Grenzposten umgehen oder den Fluss Succhiate mit dem Floß überqueren. Man weiß, dass zwischen 7.000 und 8.000 Personen pro Jahr diese Grenze überqueren; hierbei sind nur diejenigen Migrant*innen berücksichtigt, die auch in der Casa del Migrante Saltillo übernachtet haben.

Villagómez erzählt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Zentralamerika zerfällt. Die Asylpolitik in Mexiko zeugt von Insensibilität gegenüber der Problematik von Migrant*innen, die eigentlich Schutzsuchende sind. Es ist möglich, dass ein Kind den Tod erwartet, wenn es in sein Herkunftsland deportiert wird. Dennoch werden in der Praxis Asylanträge in Mexiko telefonisch bearbeitet, d.h. während eines Telefonats werden 10 bis 15 Fragen gestellt, die die Grundlage für eine Entscheidung bilden. Ein Funktionär am anderen Ende der Leitung entscheidet, ob jemandem Asyl gewährt wird oder nicht.

Nach wie vor herrschen im Instituto Nacional de Migración (INM) Praktiken, die Familien teilen, statt ihnen gemeinsam Schutz zu geben und die Möglichkeit Asyl zu beantragen. Villagómez ist der Meinung, dass die Kinder immer mit jemandem reisen. Manchmal werden sie an der Grenze getrennt. Wenn sie von staatlichen Kräften aufgegriffen werden, ist die Gesetzgebung für Kinder in den USA eine andere. Sie werden registriert und an bestimmte Orte gebracht.

Vertreter*innen der mexikanischen Regierung argumentieren unlogisch, wie etwa: "Wegen der Sicherheit der Migrant*innen werden wir den Zug schneller fahren lassen, damit sie nicht mehr aufspringen können." Jetzt wandern die Migrant*innen durch Wälder oder fahren in Booten über den Pazifik, um so in die USA zu gelangen. Ihre Situation bleibt unbeachtet, denn sie müssen immer gefährlichere Routen nutzen, und man zwingt sie an die Orte, die die Organisierte Kriminalität für sich beansprucht, wodurch die Migrant*innen noch schutzloser werden. Gleichzeitig sind sie so zuneh-

mend unsichtbar im öffentlichen Leben.

Der Regierungsdiskurs beschönigt die Situation, es wird z.B. von „Auffangen“ und „Retten“ gesprochen, anstatt von „ins Gefängnis stecken“. Sie sprechen von Auffangstationen für Migrant*innen. Diese werden so dargestellt, als wären es luxuriöse Hotels. Dabei haben die Auffangstationen in Saltillo nicht genügend Fenster. Im Inneren gibt es keine Möglichkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Auffanglager für Migrant*innen sind faktisch Gefängnisse. Das Gefängnis in Saltillo ist voll und hat eine Wanzenplage, es gibt Konflikte, ohne dass jemand von offizieller Seite eingreift. Jedes Gefängnis hat einen Beauftragten, aber diese agieren unkoordiniert und ohne Grundlage von nachvollziehbaren, allgemeingültigen Regeln.

Gesetzlich vorgeschrieben ist, dass die Migrant*innen dort nicht mehr als 15 Werkstage verbringen sollen. Das Herbergspersonal besucht die Auffangstation jede Woche. Manchmal wird ihnen der Eintritt verwehrt und manchmal erhält auch das Personal der Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH) keinen Zugang.

Marcela Turati, Journalistin

Marcela Turati beginnt ihren Beitrag mit der Vorstellung einer von ProDH herausgegebenen Broschüre in der Art eines Comic-Ratgebers für die Reise der Migrant*innen.¹⁰ Die Broschüre zeigt die Maschen der Entführer auf, wo Vergewaltiger lauern können, dass an manchen Stellen der Zugführer die Geschwindigkeit des Zuges drosselt, damit diejenigen aufspringen können, die Überfälle begehen und weitere Dinge, die Migrant*innen auf ihrer gefährlichen Reise passieren können. Die Broschüre informiert darüber, dass Migrant*innen in der Wüste leicht verdursten können, welche Praktiken die Grenzpolizei in den USA hat, welche Route der Zug nimmt und dass es Polizisten gibt, die mit Kriminellen zusammenarbeiten, etc. Es ist ein beeindruckender Reiseführer mit Fokus auf die Menschenrechte.

Anlässlich des Massakers an 72 Migrant*innen in San Fernando, Tamaulipas im Jahr 2010 berichtete sie zum ersten Mal über die Verschwundenen.¹¹ Dabei wurde ihr klar, dass es unzählige Fälle verschwundener Migrant*innen gab, von denen keiner sprach. Nachdem damals zum ersten Mal ein Fall öffentlich geworden war, meldeten sich tausende Familien wegen ihrer verschwundenen Angehörigen. An dem Tag, an dem sie eines der drei genannten Massengräber öffneten, kamen hunderte Familien um zu sehen, ob sie vielleicht ihre Angehörigen finden würden – ein eindrückliches Bild für die Ausmaße des Problems der verschwundenen Migrant*innen. Laut CNDH und auf Basis der registrierten Fälle verschwanden während eines halben Jahres ca. 9.000 Personen; also ca. 20.000 pro Jahr. Bis zum Massaker von San Fernando in Tamaulipas schenkte niemand diese Zahlen Beachtung. Doch dann begannen die Journalisten mehrere Suchaktionen zu starten und 2011 fanden sie mehrere Massengräber mit 200 Toten in San Fernando. Unter ihnen waren mexikanische Verschwundene, die nie in den USA angekommen waren. Gesucht haben sie mit einem Team argentinischer Forensiker, die sich wiederum mit Forensikern aus Zentralamerika zusammenschlossen, um das Thema gemeinsam zu bearbeiten. Sie besuchten in verschiedenen Regionen Angehörige und deren Organisationen. Sie nahmen DNA-Proben von 200 Angehörigen und verglichen sie mit der DNA

der Toten. Sechs Monate später wurden die Leichen nach Mexiko-Stadt gebracht und in einem weiteren Gemeinschaftsgrab bestattet. Dies geschah gegen den Willen der Familien aus Zentralamerika. Die ersten sechs wurden bestattet, ohne dass man davon wusste. Die Möglichkeiten für Angehörigen, zu ermitteln, sind sehr schwierig, weil keine Gendatenbank von Angehörigen und Opfern oder Leichen existiert. Zudem existieren unterschiedliche Dokumentationen der Ermordeten.

Marcela Turati führt aus, dass die Regierung die Kleidung der Leichen aufbewahrt, da es keine Datenbank gibt, wo diese Beweismittel registriert werden können. Die Leichen werden häufig anders registriert. Tattoos werden beispielsweise häufig nicht präzise genug beschrieben und dokumentiert. Außerdem werden die Leichen oftmals an einen anderen Ort gebracht, sodass ihre Familien sie nicht einfach wiederfinden können. Es gibt Fälle, in denen Journalisten gesucht und Fälle und Leichen von Verschwundenen gefunden haben, bei denen nachgewiesen werden konnte, dass die Politiker nicht daran arbeiten, die Fälle aufzudecken. Oftmals waren Zahlen und Beschreibungen ungenau und stimmten nicht mit den Vorfällen überein – abhängig davon, über welche Medienkanäle sie gestreut wurden. Manchmal wurden Leichen identifizierter Personen von der PGR in Massengräbern begraben.

Viele Menschen überleben Entführungen. Viele Zeugen müssen vernommen werden, um weiter zu ermitteln. Zum Beispiel in dem Fall, als Menschen, die in Reisebussen unterwegs nach Texas waren, von Mitgliedern des Kartells Zeta angehalten wurden. Die Kartellmitglieder holten alle Männer aus dem Bus während die Frauen weiter in die USA reisen konnten. Diese Frauen sind wichtige Zeuginnen und müssen gesucht werden. Im Grenzgebiet im Norden gab es auch Camps, in denen Leute festgehalten wurden. Es passierten merkwürdige Dinge, die man sich nicht erklären kann und die zu untersuchen gefährlich werden kann. Es ist unverständlich, wie die Politiker ihre Augen vor solchen Problemen verschließen können.

Turati erzählt von einer Reise nach Honduras, als der PFS aufgelegt wurde. Täglich fuhren Busse in Mexiko los um Migrant*innen nach Honduras - die manchmal krank waren, weil sie in den Auffangstationen verdorbenes Essen bekamen - zu deportieren. Sie hat einen Jungen gesehen, den sie nach Hause brachte und seine Mutter sagte, die Maras hätten gedroht, ihn zu töten. Die Familie fürchtete den Tag seiner Rückkehr.

Die nationale Menschenrechtskommission in Mexiko (CNDH) konzentriert sich auf ganz spezielle Fälle und gibt keine allgemeinen Empfehlungen über dieses Phänomen, sie aktualisiert auch nicht die von ihr herausgegebenen Berichte oder Empfehlungen mit neuen Daten. Das hat Turati als Journalistin getan.

Weder Marcela Turati noch Juan José Villagómez sehen die CNDH als Organisation, die die Menschenrechte schützt. Die Handlungsfähigkeit der CNDH hängt oftmals stark vom jeweiligen Präsidenten ab. Eigentlich sollte es eine unabhängige Kommission sein, allerdings sind die Direktoren Politiker, die ihre Karriere voranbringen möchten und deshalb nur Empfehlungen aussprechen, die in die Agenda passen und genehm sind.

Ein weiteres Beispiel für die Untätigkeit der CNDH ist der Fall

der 72 ermordeten Migrant*innen. Laut CNDH gab es weder Fotografien noch Kleidungsstücke der Toten. Nie wurden die Marinesoldaten vernommen, die als erste die 72 Migranten fanden. Es gab 14 Frauen unter den Toten, von denen niemand etwas wusste. Nie wurden die Angehörigen informiert, wenn ein Toter identifiziert wurde. Daraufhin legten die Angehörigen Beschwerde gegen die CNDH ein. Diese wiederum schickte Angestellte in die Herkunftsänder, um die Angehörigen davon zu überzeugen, nicht weiterzusuchen. Es gab Fälle, in denen sogar Hühnerknochen statt den Überresten ihrer Angehörigen an die Familien geschickt wurden – die Unfähigkeit und der Zynismus des mexikanischen Staats wird hier überdeutlich.

Die Angehörigen der verschwundenen Migranten haben erschwert Zugang zur Justiz in Mexiko. Marcela Turati erläutert das Beispiel der Mutter eines Verschwundenen aus Honduras, die bei der mexikanischen Botschaft in Honduras das Verschwinden ihres Sohnes anzeigen, der Fall wurde danach aber nie zur zuständigen Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Dies zeigt die Begrenztheit der Möglichkeiten von Angehörigen. Es müssen daher Wege geschaffen werden, wirksam Anzeige erstatten zu können. Beispielsweise müssten bei den Botschaften entsprechende Stellen eingerichtet werden, wo die Familienangehörigen ihre Anzeigen erstatten können und diese an die Staatsanwaltschaft in Mexiko weitergeleitet werden.

Die mexikanische Regierung erschwert die Bemühungen der Familienangehörigen und Forensiker. Beispielsweise brauchten einmal Mütter zwei Jahre, um ihre toten Söhne mit in ihr Heimatland mitnehmen zu dürfen. Mexiko ließ die Angehörigen und forensischen Anthropologen einen Großteil der Friedhöfe und Massengräber nicht besuchen.

Zur Identifizierung der Leichen braucht man ein Expertenteam. Die Autopsien werden häufig schlecht durchgeführt. Niemand schreibt auf, wann sie gemacht wurden. Manchmal werden Papiere vertauscht, das Alter falsch geschätzt.

Die PGR berichtet von Familien mit verschwundenen Angehörigen, die in einigen Bundesstaaten mit Sicherheit niemals gefunden werden, weil die Leichname in Säure aufgelöst wurden. Das zu beweisen ist schwierig, aber es fällt auf, dass mit diesem Argument eine Suche verhindert wird und die Fälle straffrei bleiben. Auf jeden Fall ist deutlich, dass es einer Professionalisierung der Suche bedarf.

Zwar schreitet die Entwicklung der Fähigkeiten der Generalstaatsanwaltschaft voran, dennoch hängen die Unterschrift und Beschlussannahme jedes Bundesstaates vom entsprechenden Gouverneur ab. Das erschwert die abgestimmte Arbeit der jeweiligen Bundesstaaten.

Forderung des Forums II:

1. Dass die Regierung die Umsetzung des "Transnationalen Mechanismus für den Zugang zur Justiz"¹² ermöglicht, um den Zugang zum Justizsystem für Angehörige aus dem Ausland zu garantieren.
2. Aufbau einer Gendatenbank, damit die Möglichkeit verbessert wird, Leichen aus geheimen Massengräbern zu identifizieren.
3. Aufbau eines forensischen Teams mit unabhängigen forensischen Anthropolog*innen, um die Suchen nach verschwundenen Migrant*innen zu verbessern.

4. Aufbau von politischem Druck in Deutschland, damit die Empfehlungen konkretisiert werden.
5. Aufnahme von Menschenrechtsthemen in den Dialog mit der deutschen Regierung.

7. Forum III: Bekämpfung des Verbrechens Verschwindenlassen national & international - Ansätze von Menschenrechtszentren

In dem Forum wurde die Arbeit der Menschenrechtszentren zum Thema Verschwindenlassen und die Frage diskutiert, welche Impulse von internationalen Instanzen wie der UNO geleistet werden können.

Jorge Verástegui González, Centro Diocesano para los Derechos Humanos Fray Juan de Larios, Coahuila

Das Centro Diocesano para los Derechos Humanos Fray Juan de Larios,¹³ Coahuila, über das Jorge Verástegui berichtet, wurde mit Unterstützung von Bischof Raúl Vera López im Jahr 2001 gegründet. Anfangs stand der christliche Aspekt in der Arbeit mit Migrant*innen im Vordergrund, aber das Zentrum griff auch Themen wie Homosexualität und Prostitution auf - und wurde dafür vom Vatikan kritisiert. 2009 begann das Zentrum, Fälle Gewaltsamen Verschwindenlassens zu dokumentieren. Angehörige von Verschwundenen haben sich 2009 in der Organisation FUUNDEC (Fuerzas Unidas por Nuestros Desaparecidos en Coahuila) organisiert. Sie behandeln Fälle des Gewaltsamen Verschwindenlassens in diesem Bundesstaat. Anfangs organisierten sie kleine Demonstrationen mit etwa 20 Personen. Mit der steigenden Zahl von Verschwundenen stieg auch die Zahl der Aktiven. Gegenwärtig hat das Centro Fray de Juan de Larios 524 Verschwundene registriert, es vertritt 64 Fälle für 120 Verschwundene.

Das Zentrum ist mit 4 Angestellten relativ klein, Jorge ist als Rechtsanwalt nicht nur mit den juristischen Angelegenheiten betraut, sondern auch mit der Begleitung von Familien, Behördenkontakten, Öffentlichkeitsarbeit und Reisen zu Konferenzen. Die Arbeit mit der Staatsanwaltschaft (Ministerio Público = Fiscal = Procurador de Justicia) ist sehr schwierig; sie stellt, wie die Presse, die Fälle als Abrechnungen unter Kriminellen dar und – schlimmer noch – sie verdreht Aussagen von Zeug*innen und manipuliert Beweise.

Alejandra Nuño, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres CEDEHM, Chihuahua

Das CEDEHM, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, begann seine Arbeit 2006, insbesondere um Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt zu schützen. Es behandelt drei Themenbereiche:

1. Sexuelle Gewalt (oft auch familiäre Gewalt)
2. Gefährdung von Personen, die Menschenrechte verteidigen
3. Gewaltsames Verschwindenlassen

Dazu gehören fünf Arbeitsbereiche:

1. Juristische, humanitäre und soziale Begleitung
2. Örtliche und internationale Lobbyarbeit
3. Unterstützung der Organisation der Betroffenen
4. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

5. Psychosoziale Begleitung

Alejandra Nuño berichtet, dass derzeit 112 Fälle von Verschwundenen mit 320 Angehörigen begleitet werden. Es wird sogar eine Organisation von Mexikaner*innen in den USA unterstützt, die dort politisches Asyl beantragt haben. Es befinden sich verschiedene Zeugenaussagen im Internet.¹⁴ In der psychosozialen Begleitung malen die Familienangehörigen von Verschwundenen Bilder, die eindrücklich ihre Gefühlslage zeigen.¹⁵

Rainer Huhle, Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V. (NMRZ), Mitglied des UN-Ausschusses gegen das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen

Das Nürnberger Menschenrechtszentrum¹⁶ (NMRZ) wurde vor über 25 Jahren als Informationszentrum über Menschenrechte gegründet; heute ist der Schwerpunkt der Kampf gegen die Straflosigkeit, in der historischen Linie mit den Nürnberger Prozessen (1945-46) gegen die Kriegs- und Menschenrechtsverbrecher des Nationalsozialismus. Es engagiert sich für Menschenrechte weltweit, ist nicht auf Mexiko spezialisiert. Es vergibt einen internationalen Menschenrechtspreis, der 2. wurde seinerzeit Bischof Samuel Ruiz García verliehen. Zuletzt hat sich das NMRZ für einen Journalisten aus Bangladesch eingesetzt.

Nach diesen drei Präsentationen wurden Fragen der Teilnehmenden zur Arbeit dieser Menschenrechtsorganisationen gesammelt und fünf Überschriften zugeordnet:

1. Instrumente und Strategien

Die Menschenrechtsorganisationen sind oft kleine Organisationen. Jorge Verástegui gab das Beispiel der vier Kolleg*innen im Centro Fray de Juan de Larios, wo er als Rechtsanwalt vielfältige Rollen übernehmen muss. Somit bleibt wenig Zeit für die Öffentlichkeitsarbeit, die aber wichtig ist; so werden die Informationen in die Hauptstadt (z.B. Centro ProDH) geschickt und dort verbreitet; auch Aktionen. Neue Medien werden nicht genutzt, weil sie anscheinend wenige Personen erreichen. Aus dem Ausland kommende Nachrichten werden in der öffentlichen Meinung mehr Gewicht gegeben als inländischen, daher müssen manchen Nachrichten erst im Ausland verbreitet werden und dann wieder zurück nach Mexiko kommen, um Wirkung zu zeigen. Chihuahua ist medienmäßig „umzäunt“, es wird dort bewusst falsch informiert, es werden Websites gelöscht und dergleichen. Eine weitere Schwierigkeit ist, dass jede Organisation streng über ihre Informationsquelle wacht. Im öffentlichen Fernsehen gibt es wenige kritische Stimmen. „Die Vertreter der Organisierten Kriminalität beobachten genau, wo wir sind und was wir sagen – wir müssen daher sehr vorsichtig sein.“

2. Beurteilung der Erfolge

Verástegui gibt eine institutionelle und eine persönliche Einschätzung. Institutionell gibt es alle zwei Monate ein Treffen mit den Behörden des Bundesstaates Coahuila. Die Regierung erkennt an, dass es menschenrechtliche Probleme gibt, insbesondere auch das Verschwindenlassen. Sie beschuldigt die frühere Regierung – den Bruder des jetzigen Gouverneurs – mit dem Organisierten Verbrechen zusammengearbeitet zu haben. Aber obwohl die institutionelle Antwort und der Diskurs gut sind, macht die Regierung nicht, was sie

sagt: wenn sie beispielsweise eine Untersuchung in Aussicht stellt, so geschieht doch nichts.

Es sind zwei Extreme zu beobachten: in Coahuila ist die Regierung kooperativ, in Chihuahua zeigt sie sich ablehnend; aber in beiden Fällen wird dennoch wenig für die Menschenrechte erreicht.

3. Die Angehörigen

Es ist ein Recht der Angehörigen, an den Untersuchungen teilzunehmen, betont Alejandra Nuño. Aber hinter den Untersuchungen stehen mächtige Interessen, das Zusammenspiel von Staat und Kriminalität ist offensichtlich, dadurch wird enormer Druck aufgebaut. Typische Vorurteile begegnen den Angehörigen: „sie ist mit ihrem Verlobten durchgebrannt“.

Hinzu kommt, dass die Angehörigen oft sehr präzises Wissen über das Verschwinden haben, das aber systematisch überhört wird: sie können beispielsweise sehr genau die beteiligten Fahrzeuge beschreiben und sie im Hof der Polizei wiederfinden, ohne dass das Folgen hätte. Dadurch werden sie den gekauften Kriminalbeamten gefährlich – und das wiederum wird zur Gefahr für die Angehörigen.

Die Angehörigen fordern immer wieder, dass die Behörden ihre Arbeit ordentlich machen. In einem Fall aber brauchten die Behörden drei Jahre, eine Beschuldigung anzuerkennen, obwohl ihnen die DNA-Spur vorlag. Es gibt immer noch keine genetische Datenbank der Verschwundenen, und der Informationsfluss zwischen den Behörden funktioniert nicht. Schließlich werden falsche Erwartungen geweckt: eine NRO ermutigt zu unprofessionellen Exhumierungen durch Angehörige, bei denen Beweise zerstört werden.

4. Zivilgesellschaft

Nach Auffassung von Nuño müssen die Organisationen ihre Strategien und ihre Arbeitsweise in verschiedenen Aspekten ändern. Erstens, das Gewaltsame Verschwindenlassen war ein neues Thema, die Organisationen hatten es nicht auf ihrer Agenda. Sie haben angefangen, einige Arbeitsfelder zur Begleitung einzurichten. Ein wichtiges Thema ist die Sicherheit, denn es gibt ein hohes Risiko für die Organisationen und Personen, die zum Thema Gewaltsames Verschwindenlassen arbeiten. Früher erhielten die Organisationen Drohungen und wurden angegriffen. Alle Angriffe und Anfeindungen kamen von staatlichen Institutionen, Polizei, Marine, Militär. Doch heute sind die Organisationen weiteren Aggressoren ausgesetzt und die Übergriffe nehmen zu. Darum ist es notwendig das Risiko zu analysieren und zu handeln.

Es wurde von drei wichtigen Punkten gesprochen, um mit dieser Situation umzugehen:

1. Bewusstsein und Aufmerksamkeit zur Problematik erzeugen.
 2. Artikulation, d.h. es ist wichtig, Erfahrungen und Information auszutauschen und diese publik zu machen, sich mit anderen Organisationen zu treffen und zusammenzuarbeiten.
 3. Schutz und Gefährdung sowohl für die Familienangehörigen, wie auch für die Verteidiger*innen der Menschenrechte. Es ist wichtig, über den Schutz und Selbstschutz aller Personen zu sprechen, die mit diesem Thema konfrontiert sind.
- Laut Jorge Verástegui ist es von großer Bedeutung, die Komplexität der mexikanischen Gesellschaft zu berücksichtigen in einem Kontext vieler struktureller Probleme und einer Situation der generellen Verletzung und Missachtung der

Menschenrechte; zum Beispiel existieren enorme sozioökonomische Unterschiede. Diese Unterschiede führen dazu, dass sich arme Familien aus ökonomischen Gründen in einer besonders verletzbaren Situation befinden.

Aufgrund der sozioökonomischen Unterschiede gibt es natürlich auch ganz unterschiedliche Visionen über die Welt und die mexikanische Gesellschaft. Es gibt wohlhabende Leute, die glauben, dass das Gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen ein Problem von armen Familien und rebellischen Leuten (Systemkritiker*innen) ist. Andere ökonomisch schlecht gestellte Familien mischen sich nicht ein, nicht etwa weil es uninteressierte, „schlechte“ Personen sind, sondern einfach, weil die Menschen voll ausgelastet sind mit dem alltäglichen Überlebenskampf. Andere Menschen kommen mit dem Thema nicht klar, weil es sehr hart und schmerzvoll ist; eine menschliche Verhaltensweise und durchaus nachvollziehbar, denn jeder Mensch geht anders mit diesem Thema um.

Jeder Ausdruck von Solidarität ist für die Familienangehörigen von Verschwundenen sehr wichtig, man muss dazu kein*e große*r Revolutionär*in sein. Manchmal ist es einfach wichtig, auf die Angehörigen zuzugehen und zu sagen „ich bin bei Dir“, sie zu umarmen und menschliche Wärme zu zeigen, um ihnen damit Kraft zu geben, ihren Kampf fortzusetzen.

Wir haben eine kleine Veränderung bemerkt in der mexikanischen Gesellschaft. Früher, 2009 im Bundesstaat Coahuila, sprach man nicht vom Gewaltsamen Verschwindenlassen, sondern von „levantones“. Den Begriff „levantones“ benutzt man für „eine Rechnung begleichen“ unter schwer kriminellen Gruppen. Wir haben damit angefangen, vom Verschwindenlassen zu sprechen und nicht von „levantones“ (Rechnungen begleichen), die Leute begannen, das zu verstehen und damit veränderte sich auch der Diskurs in der Öffentlichkeit.

Es gibt Menschen, die bei den Kundgebungen und Demonstrationen gegen das Gewaltsame Verschwindenlassen mitmachen. Das ist eine kleine Veränderung, aber sie wird die Gesellschaft verändern. Das ist die Arbeit von vielen Familien und Organisationen, denen es gelungen ist, ein Bewusstsein in der Gesellschaft zu schaffen, aber es ist eben eine Veränderung in kleinen Schritten.

Verástegui fügte an, dass die mexikanische Gesellschaft eine Gesellschaft ist, die sehr gut weiß, wie man auf Naturkatastrophen reagiert, aber es noch nicht schafft, starke Solidarität in der Gesellschaft zu erzeugen.

Dem folgt die Frage, ob das Verbrechen von Ayotzinapa dazu führen könnte, dass sich verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenschließen.

Verástegui erklärte, dass dieses Verbrechen auch zu einer gesellschaftlichen Polarisierung führen könne. Der Fall der 43 verschwundenen Studenten war in allen Medien, es gab eine große Unterstützung der Medien und die Unterstützung der Gesellschaft reduzierte sich auf diesen einen Fall. Das führte auch zu Eifersucht, Neid und Ablehnung bei anderen Familienangehörigen, weil Ayotzinapa so viel Aufmerksamkeit in der Gesellschaft fand, obwohl es das erzwungene Verschwindenlassen schon seit vielen Jahren im Land gibt. Außerdem hört die Unterstützung der Medien auf, sie existiert für eine gewisse Zeit, dann verschwindet sie und die Familien bleiben alleine zurück. Nur die kollektive

Zusammenarbeit der Organisationen zeigt Wirkung.

Alejandra Nuño erläuterte, dass viele von dem Gewaltsamen Verschwindenlassen profitieren. Zum Beispiel große private oder (inter)nationale Firmen, um ihre Megaprojekte (z.B. im Bergbaubereich) durchzuführen. Aber unterm Strich bleibt der größte Nutznießer der Staat. Ein anderer wichtiger Akteur ist der Drogenhandel wegen seiner internationalen Strukturen und der Waffenhandel.

5. Internationale Ebene

In der Reflektion über Möglichkeiten der Zusammenarbeit kamen die anwesenden Organisationsvertreter*innen zu dem Schluss, dass es bislang noch an einer gemeinsamen Agenda der Organisationen der Zivilgesellschaft in Mexiko fehlt.

Forderungen des Forums III:

Die deutsche Regierung sollte...

1. nicht anerkennen, dass Mexiko ein Staat ist, der die Menschenrechte umsetzt oder einen demokratischen Präsidentenstaat darstellt.
2. die Respektierung der Menschenrechte zur Grundlage ihrer ökonomischen Beziehungen mit Mexiko machen.
3. die Einhaltung der Menschenrechte sollte für die deutschen und europäischen Firmen verbindlich für die gesamte Produktionskette sein (Nationaler Aktionsplan, NAP).
4. ein Exportverbot von deutschen Waffen nach Mexiko aussprechen.
5. in der Entwicklungszusammenarbeit den Fokus auf die Unterstützung der Zivilbevölkerung und den Aufbau eines besseren Bildungssystems legen.
6. das geplante Sicherheitsabkommen aussetzen.
7. die Finanzmittel für Mexiko stoppen, wenn dort die Menschenrechte nicht respektiert werden, so wie das vor einigen Jahren mit Uganda gemacht wurde.
8. deutschen Firmen, die in Mexiko Geschäfte tätigen, deutlich machen, dass sie dort auch Verantwortung tragen und die Menschenrechte respektieren müssen. Den Firmen muss klar sein, dass sie mittel- und langfristig verlieren mit einer Firmenpolitik, die die Menschenrechte nicht akzeptiert, denn das schafft ein schlechtes öffentliches Image.

Die deutsche Zivilgesellschaft sollte...

1. Unterstützung mithilfe „Amicus Curiae“ in juristischen Verfahren leisten.
2. Austauschmöglichkeiten über gemeinsame Strategien zwischen der deutschen Gesellschaft und der mexikanischen schaffen.
3. unterstützen, indem sie Informationen und Nachrichten aus Mexiko verbreitet, erläutert und Dokumente für die deutsche Öffentlichkeit übersetzt.

8. Forum IV: Verantwortung deutscher Politik – positive oder negative Wirkungen für Mexiko?

Wolfgang Sauren, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Wolfgang Sauren stellt sein Thema anhand von drei Fragestellungen vor: 1. Wie funktioniert die deutsch-mexikanische Zusammenarbeit?, 2. Was ist die GIZ?, 3. Projekte zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit bzw. zur guten Regierungsführung.

Es handelt sich dabei um insgesamt drei Projekte: 1. Gemeinsamer Fonds des BMZ und der mexikanischen Durchführungsorganisation AMEXCID. Deutschland zahlt 2 Mio. € und Mexiko zahlt 1 Mio. USD in diesen Fonds. Das Projekt könnte der Förderung zivilgesellschaftlicher Beteiligung dienen. Ein zweites Projekt des BMZ mit 1 Mio. Euro, fördert speziell Organisationen der Zivilgesellschaft.

Das dritte Projekt „Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Mexiko“ ist ein Projekt des Auswärtigen Amtes (AA) und kam auf Grund von Gesprächen zwischen der deutschen Botschaft und der Generalstaatsanwaltschaft in Mexiko zustande. Im Jahr 2014 hatte die PGR die deutsche Seite um Unterstützung gebeten.

Das Projekt beinhaltet drei Bereiche:

1. Investigationsmethoden
2. Forensik
3. Zusammenarbeit mit Opfern und Angehörigen.

Es wird mit knapp einer Mio. Euro bei einer Laufzeit von ein bis zwei Jahren finanziert. In dem Projekt ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft vorgesehen. Ziel ist es, die Generalstaatsanwaltschaft und die verschiedenen staatlichen Institutionen zu befähigen, Investigationsmethoden anzuwenden, die internationalen Standards entsprechen. Auf der Grundlage einer Analyse der Defizite im Bereich der Kriminalität sollen die Staatsanwaltschaft und andere Institutionen in Workshops die notwendige Weiterbildung erhalten, z. B. bei Fragen des Verhaltens am Tatort und der Spurensicherung oder des Auffindens von Orten bzw. Gräbern von verschwundenen sowie der Durchführung von Ermittlungen und Vernehmungen.

Im Bereich der Forensik geht es um die Unterstützung bei der Umsetzung des nationalen Plans zur Suche nach verschwundenen Personen sowie um Methoden zur Identifikation von Personen (DNA-Methoden). Außerdem soll der Dialog zwischen der Staatsanwaltschaft und der Zivilgesellschaft sowie mit Betroffenenorganisationen, Opfern und betroffenen Familien verbessert werden. Die Polizei und Staatsanwaltschaft sollen in Fragen des Verhaltens gegenüber Opfern und Angehörigen weitergebildet werden. Ein besonderer Fokus liegt auf Frauen und Minderjährigen. Mit dem Rechtsstaatsprojekt soll ein Dialog mit der mexikanischen Seite begonnen und Türen geöffnet werden, um eine Sensibilisierung auf mexikanischer Seite herbeizuführen. Ob Folgeprojekte seitens des Auftraggebers angedacht sind, ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Die Kritik der Teilnehmer*innen an dem Projekt bezog sich hauptsächlich auf die Frage, warum die PGR als Partnerin gewählt wurde. Es wurden Zweifel geäußert, ob ein solches Projekt angesichts des Fehlens eines politischen Willens zur

Veränderung überhaupt zur Verbesserung der Menschenrechtslage beitragen kann.

Heike Hänsel, MdB

Zweite Referentin war die Bundestagsabgeordnete der Linken Heike Hänsel. Sie stellte zunächst Möglichkeiten dar, Themen wie Mexiko, die Menschenrechte, Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungsprojekte auf die Tagesordnung des Parlaments bringen zu können. Sie nannte die Arbeit des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Reisen, Fragestunden und kleine Anfragen.

Als wichtigste Informationsquellen nannte sie insbesondere die Menschenrechtsverteidiger*innen und -aktivist*innen in Mexiko sowie Gruppen, die dort zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang ging Heike Hänsel auf die verschiedenen staatlichen Einrichtungen wie die GIZ, die KfW und deren Tochter, die DEG ein, die Wirtschaftsförderung insbesondere in Form von Krediten (marktüblich oder auch günstige) betreiben. Die beteiligten deutschen Firmen würden häufig nicht oder nur sehr unspezifisch genannt. Einblicke in die Verträge zu bekommen, sei mit Hinweis auf das Geschäftsgeheimnis nicht möglich.

Hänsel erwähnte ein neu geschaffenes Instrument der Beschwerde für Menschenrechtsorganisationen. Die DEG gebe viel Geld für Windparks, die in einigen Fällen sehr zweifelhaft seien. Auch hier seien Informationen mit den Instrumentarien des Parlaments kaum erhältlich.

In Bezug auf das neue Rechtsstaatsprojekt stellte Hänsel die Frage, wie die Zivilgesellschaft einzbezogen werden könne, welches die zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort seien und wer diese aussuche. Darüber hinaus will sie wissen, ob das Vorhaben mit Projekten der Außenwirtschaftsförderung verknüpft werde z.B. der DEG. Ihrer Meinung nach macht das Projekt bei einer Verschränkung des Rechtsstaatsmechanismus mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit Sinn.

Hänsel ging dann auf Grundentscheidungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein. Das BMZ konzentriere sich bei Schwellenländern auf bestimmte Themenbereiche wie Klimawandel, Biodiversität, Umweltschutz. Sie berichtete über Projekte zur Energieeffizienz in Mexiko. Derartige Projekte seien sehr stark angelehnt an deutsche Wirtschaftsinteressen. Damit möchte das BMZ kleine und mittlere Unternehmen fördern, und vielleicht entstünden vor Ort dann auch Arbeitsplätze. Ein sehr großer Bereich sei auch die Sicherheitstechnologie. Mit Unterstützung der deutschen Botschaft habe es Messen gegeben, in denen sich diese Unternehmen vorstellten. Außerdem spielten andere große Akteur*innen wie die Luft- und Raumfahrtindustrie, die Automobilindustrie und deren Zuliefererbetriebe eine wichtige Rolle.

Im Zusammenhang mit dem Rechtsstaatsprojekt wies Hänsel noch einmal darauf hin, dass dieses z.B. in Bezug auf die vom BMZ geförderten Projekte entsprechend ausgeweitet werden könne. In vielen Gesprächen vor Ort sei sie mit der bestehenden Straflosigkeit und einer politischen Unfähigkeit oder Unwilligkeit konfrontiert worden.

Sie beschrieb Verschleppungs- und Verschleierungspraktiken der mexikanischen Behörden: Prozesse würden, wie in dem Fall Bety Cariño und Jyri Jaakkola, mehrfach von der Bundesstaatsebene auf die nationalstaatliche Ebene verlagert und wieder zurückgeführt und letztlich komme nichts da-

bei heraus. Hänsel sieht dies als eine Strategie und nicht nur als Konsequenz fehlender Ausbildung.

Es gäbe seit Jahren schon polizeiliche Ausstattungs- und Ausbildungshilfen für Mexiko. Die jetzige Aufbau- oder Ausbildungsarbeit umfasse multinationale Lehrgänge, Tatortarbeit und polizeiliche Ermittlungstaktiken und -methoden. Für verschiedene Module gebe es Stipendien. Sie sehe nicht, dass es auf Grund des deutschen Einflusses und der Ausbildung eine rechtsstaatliche Polizei in Mexiko gäbe. In verschiedenen Anfragen habe sie wissen wollen: „Hat die Bundesregierung nach dem mutmaßlichen Massaker an 43 Lehramtsstudenten in Guerrero, Veränderungen in der polizeilichen Zusammenarbeit des Bundeskriminalamtes mit mexikanischen Polizeibehörden vorgenommen?“ Die Antwort: „Die Bundesregierung hat in der Zusammenarbeit mit den mexikanischen Behörden keine Veränderungen vorgenommen. Die bilaterale polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe der Bundesregierung zielt auf eine Professionalisierung der Polizeiarbeit in Mexiko ab, die an Recht und Gesetz sowie an die Beachtung der Menschenrechte gebunden ist.“

Hänsel fragte sich, ob angesichts der jetzigen Situation, in der keine Konsequenzen gezogen würden und sich substantiell nichts ändere, dies die guten Voraussetzungen für ein neues Rechtsstaatsprojekt seien. Sie stellte die Frage: „Was ist das Ziel? Ist es das Ziel, dass man bei der zukünftigen öffentlichen Auseinandersetzung um Mexiko zeigen kann, wir machen da was? Wird es dann ein bisschen Feigenblattfunktion haben?“ Sie betonte, dies sei aber eine offene, nicht nur eine rhetorische Frage. Sie unterstützte absolut das Anliegen, viel stärker in den Kontakt und in eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsgruppierungen, -aktivist*innen, -verteidiger*innen in Mexiko selbst zu treten. Weil allein ein regulärer Kontakt und ein enges Monitoring im Rahmen eines solchen Projektes Schutz für die Menschen bedeute, die im ständigen Austausch mit der deutschen Botschaft seien.

Hänsel sieht in einer engen Anbindung an die deutsche Botschaft eine Möglichkeit, wie man mehr Schutz generieren könnte und berichtete von ihrem Besuch in Ayotzinapa. Zu dem Zeitpunkt durften die Botschaftsangehörigen wegen des Sicherheitsrisikos nicht nach Guerrero fahren. Gerade wenn es darauf ankäme, in den wichtigen Bundesstaaten Präsenz zu zeigen, gäbe es wegen der restriktiven Praxis des Auswärtigen Amtes keine Möglichkeit, vor Ort präsent zu sein.

Bei der geplanten Ausweitung von Naturschutzgebieten in Mexiko – Projekte, die bei der KfW angesiedelt sind – stellte Hänsel folgende Fragen: Welche Regionen sind das? Gibt es dort indigene Bevölkerung? Wie findet eine Planung von Ausweitung von Naturschutzgebieten statt? Und welche menschenrechtlichen Standards werden angelegt? Sie beschrieb Erfahrungen bei Anhörungen zu Windparkprojekten der DEG und einem Zementwerk in Guatemala. Im Falle des Zementwerks habe es bei den Runden Tischen keine ergebnisoffene Diskussion gegeben, ob dort ein Zementwerk gebaut wird oder nicht. Man habe eine Mediation versucht, damit die Gemeinden den Bau in irgendeiner Form akzeptieren. Hänsel fragte nach der Rolle der GIZ, ob sie eine ernsthafte Mittlerin sei oder ob sie bestimmte Interessen durchsetzen solle.

Zum Abschluss erwähnte sie noch die Exportinitiative „Si-

cherheitstechnologie“ und gab zu bedenken, dass man sich bei der Außenwirtschaftsförderung die bestehende Situation vor Ort zu Eigen mache. Sicherheitstechnologie lasse sich dann am besten verkaufen, wenn Sicherheit nicht automatisch gewährleistet ist.

Diskussion und Kommentare

Den ersten Teil des Forums IV beendeten eine Diskussion und abschließende Kommentare. Nachfragen und Kritik gab es insbesondere zum Rechtsstaatsprojekt:

Es wurde die Frage gestellt, ob es eine Situationsanalyse mit anschließender Ziel- und Aktivitäten-Definition gegeben habe. In dem Projekt spiegelte sich die Frage des politischen Willens und der in Mexiko verbreiteten Korruption nicht wieder. Das Projekt sei zu hinterfragen, wenn man das größte Problem nicht mit berücksichtige. Ferner wurde angesprochen, ob die privilegierte Partnerschaft der EU bzw. Deutschlands mit Mexiko an Erfolge des Rechtsstaatsprojekts geknüpft sei, und ob es menschenrechtliche Benchmarks im Hinblick auf die deutsch-mexikanischen Handelsbeziehungen gebe. Eine weitere, mehrfach genannte Frage war die Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Sauren bemerkte, dass ein ständiger politischer Dialog zwischen dem Auswärtigen Amt und Mexiko existiere. In diesem Rahmen sei das Projekt ein erster Schritt, der auf politischer Ebene einen Konsens gefunden habe. Dies sei bereits ein Fortschritt. Das Projekt sei zunächst nicht mit anderen Projekten verknüpft. Eine Ausweitung auf die normalen Handelsbeziehungen würde den Rahmen dieses kleinen Projektes überschreiten. Sauren sieht aber Potenzial, 2016 im deutsch-mexikanischen Jahr, diese Menschenrechtsthemen einzubringen. Da es sich hier um einen politischen Dialog handelt, obliegt dieser dem AA bzw. BMZ.

In das derzeitige Projekt soll die Zivilgesellschaft einbezogen werden. Sauren stellte klar, dass im Rahmen des Projekts Betroffene und Familienangehörige der Opfer nicht direkt unterstützt werden. Es gehe darum, den mexikanischen Staat im Umgang mit diesen Menschen zu beraten.

Sauren nahm dann Stellung zur Rolle der GIZ: Die GIZ sei bei den Partnerländern als Fairplayer anerkannt. Ein partizipatives Vorgehen, bei dem die Rechte indigener Völker, Gender-Aspekte sowie die Menschenrechte berücksichtigt werden, stehe immer auf der Agenda der GIZ. Hinsichtlich der Ausweitung der Naturschutzgebiete in Mexiko gehe er davon aus, dass diese in Konsultationsprozessen mit der Bevölkerung vor Ort umgesetzt werde.

Hänsel betonte, für sie sei es nicht akzeptabel, dass nach wie vor in der Beschreibung Mexikos - hier von der KfW - stehe: „Mexiko ist eine Demokratie mit einem Mehrparteiensystem. Die demokratischen Rechte, Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit sind garantiert. Die Justiz ist unabhängig.“

Formal sei dies richtig, und die Bundesregierung hebe immer wieder darauf ab. Presse- und Meinungsfreiheit seien aber angesichts der höchsten Rate an ermordeten Journalist*innen relativ. Es sei ein politischer Trick, um weiter machen zu können wie bisher, wenn von deutscher Seite behauptet werde, dass in einigen Bundesstaaten Mexikos lokale Behörden und die Polizei von der organisierten Kriminalität unter-

wandert seien, wie in Chihuahua, Guerrero usw. und dies nicht auf die Bundesebene zurückgeführt werde. Dies sei die Sicht der Bundesregierung und des BMZ und damit auch der politische Rahmen für das Rechtsstaatsprojekt, das ihrer Ansicht nach das Ergebnis politischen Drucks sei. Weiterer Druck sei nötig.

Vidulfo Rosales, Menschenrechtszentrum Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan, Guerrero

Vidulfo Rosales betonte als dritter Referent die Wichtigkeit einer politischen Reform in Mexiko. Denn seiner Meinung nach liege der ursprüngliche Grund für das Gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen nicht in den Verfehlungen der Polizei oder der Justiz, sondern im Scheitern der Politik. Sowohl die Polizeikräfte als auch das Justizsystem würden dazu genutzt, um oppositionelle zivilgesellschaftliche Bewegungen zu zerschlagen. So verfolge die Methode des Verschwindenlassens die Zerstörung des Widerstandes kritischer Stimmen. Die politische Instabilität müsse nun genutzt werden, um die Umsetzung ausstehender Reformen durchzusetzen. Es sei von grösster Bedeutung, dass oppositionelle Gruppen nicht durch repressive Gewalt zum Schweigen gebracht werden könnten. Prüfverfahren für Polizeikräfte, die die Beteiligung an organisierter Kriminalität und Korruption verhindern sollten, scheiterten. Es wurde nachgewiesen, dass sich auch die zertifizierten Polizist*innen an der Ausübung repressiver Gewalt beteiligen.

Rosales beschrieb die Verstrickung von Politik und organisierte Kriminalität. Sämtliche Machtstrukturen im Land seien von Korruption durchzogen. So konnte aufgedeckt werden, dass der Gouverneur von San Miguel Totolapan mit den Kartellen paktierte, um seine politische Position ausführen und halten zu können.

Auch in Bezug auf binationale Kooperationen äußerte Vidulfo Rosales Bedenken. Gelder für Hilfsprojekte würden zumeist von den mexikanischen Behörden veruntreut. Aus diesem Grund sei es besonders wichtig, dass sich die Kooperationsländer, insbesondere im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, über Hintergründe und Strukturen informieren. Zudem müsse der Begriff der Zivilgesellschaft als Adressatin der Projekte genau definiert und abgegrenzt werden. Vidulfo Rosales empfahl, die zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Planungsprozess internationaler Projekte einzubeziehen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Er forderte ein Mitspracherecht für die mexikanischen Menschenrechtsorganisationen und betonte die Wichtigkeit, im Voraus Bedingungen für eine Zusammenarbeit stellen zu dürfen.

Maja Liebing, Amnesty International

Als vierte Referentin sprach Maja Liebing von Amnesty International über die deutsche Menschenrechtspolitik. In ihren Augen habe sich diese seit dem Verschwinden der 43 Studenten von Ayotzinapa im September 2014 ein wenig verändert. Dieser Fall habe sowohl die mexikanische als auch die deutsche Regierung enorm unter Druck gesetzt, was dazu führte, dass die deutsche Regierung die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen anerkennen musste. Dennoch stelle sie auch weiterhin Verfehlungen der Politik fest. Das von Heike Hänsel vorgetragene Mexiko-Kapitel im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung beinhaltet beispiels-

weise nicht die weitverbreitete Anwendung von Folter durch die mexikanischen Sicherheitskräfte. Maja Liebing sieht die Gründe für die Inkonsistenz der deutschen Menschenrechtspolitik in politischen sowie wirtschaftlichen Interessen. Veränderungen seien allerdings auch von konkreten Personen, wie beispielsweise des deutschen Botschafters, und dessen Willen, etwas ändern zu wollen, abhängig.

Maja Liebing hält das deutsche Rechtsstaatsprojekt zumindest für einen ersten Ansatz zur Verbesserung der Situation. Sie betonte jedoch auch, dass diese Projekte in eine konsequente und glaubwürdige Menschenrechtspolitik der Bundesregierung eingebettet sein müssten. Derzeit sind Amnesty International und weitere Mitgliedsorganisationen der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko an der Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte beteiligt. Dies seien erste wichtige Entwicklungen. Damit in Deutschland das Thema Unternehmensverantwortung jedoch endlich ernster genommen werde, müsse sich dies auch in der politischen Zusammenarbeit mit Mexiko niederschlagen. Darüber hinaus kritisierte sie, dass sich Deutschland hinter anderen EU-Mitgliedsstaaten verstecke. Die Bundesregierung müsse sich innerhalb der EU stärker positionieren und für den Einbezug der Menschenrechte als zentralen Bestandteil aller bilateralen Beziehungen einsetzen.

Wolf-Dieter Vogel, Journalist

Wolf-Dieter Vogel sieht keinen Sinn in der Wahl der mexikanischen Generalstaatsanwaltschaft (PGR) als Kooperationspartnerin für das Rechtsstaatsprojekt der GIZ. Er hinterfragte äußerst kritisch, was aus diesem Projekt resultieren solle. Denn die PGR sei eine Institution, die mitverantwortlich für die hohe Straflosigkeit im Land sei. Wenn die Bundesregierung Rechtsstaatsprojekte durchführen möchte, müsse dies unbedingt unter Einbezug und dem Mitspracherecht mexikanischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen erfolgen. Zudem betonte er die Notwendigkeit, dass die Bundesregierung den mexikanischen Präsidenten Peña Nieto sowie seine Nachfolger stärker unter Druck setze. Mexiko die Unterstützung im Kampf gegen die organisierte Kriminalität zuzusichern, sei dabei der falsche Ansatz, solange nicht gewährleistet sei, dass die Unterstützung nicht letztlich den kriminellen Gruppen in die Hände spiele. Es müssen weitere kleine Schritte in die richtige Richtung gemacht werden, wie beispielsweise die bereits erfolgte Durchsetzung des Lieferverbots von Kleinwaffen nach Mexiko. Diese deutlichen Zeichen auf internationaler Ebene und auch die Aufklärung über die komplexen Strukturen in Mexiko seien unabdingbar für eine Verbesserung der Lage. Die strukturellen Probleme in Mexiko seien so enorm, dass man nicht auf Augenhöhe mit einem Präsidenten diskutieren könne, der selbst für die Straflosigkeit mitverantwortlich sei. Wolf-Dieter Vogels Ansicht nach könne eine Zusammenarbeit nicht darauf beruhen, dass Mexiko nur durch internationalen Druck auf Menschenrechtsverletzungen reagiere. Die Bundesregierung versuche ein Bild von Mexiko als vertrauensvollen Partner aufrecht zu halten, das durch Aufklärungsarbeit stetig demontiert werden müsse.

Publikumsdiskussion:

Im Anschluss an die Ausführungen wurden von den Teilnehmenden Fragen aufgeworfen, wie die des Vertrauens in die mexikanischen Institutionen und was dies für die Strategiefindung zivilgesellschaftlicher Organisationen bedeute und an welchen Schnittstellen auf politischer Ebene dies eine Rolle spiele. Zudem wollten sie wissen, was dies für die Arbeit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko und anderer Organisationen sowie für ihre Lobbyarbeit bedeute. Es sei zu fragen, wann der Zeitpunkt sei, um eher konfrontativ zu reagieren bzw. wann eine breite Öffentlichkeit zu schaffen? Welche Allianzen sind für eine erfolgreiche Zusammenarbeit denkbar?

Reaktionen im Forum:

Eine kontinuierliche Lobbyarbeit für das Thema Menschenrechte sei eine der Hauptaufgaben der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko. Insofern sei sie auch im Dialog zu den geplanten Projekten der Ministerien. Inwieweit dieser fortgesetzt würde, hänge auch davon ab, inwieweit die mexikanische Zivilgesellschaft in die Projektdurchführung einbezogen werde.

Vidulfo Rosales wird gefragt, ob aus seiner Sicht weiterhin kleine Schritte im Kontakt mit den mexikanischen Behörden erfolgen sollen oder ob jeglicher Kontakt zu ihnen unterlassen werden sollte. Welchen Weg sollten die deutsche Zivilgesellschaft und die internationalen Menschenrechtsorganisationen einschlagen?

Wolf-Dieter Vogel fordert den stärkeren Einbezug der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko und anderer Organisationen in die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Mexiko. Es müsse überlegt werden, wie die Problemfelder, die in Mexiko und Deutschland thematisiert werden, miteinander kombinierbar sind. So wurde beispielsweise der Rüstungsexport nach Mexiko in Deutschland stark kritisiert. Der Rüstungsexport-Skandal hatte, gerade weil der direkte Bezug zu Deutschland vorhanden war, öffentlich eine sehr große Wirkung. Zudem müsse das Bild, dass die deutsche Bundesregierung erfolgreich Menschenrechte ins Ausland exportiere, analysiert und infragegestellt werden.

Vidulfo Rosales erachtet die Arbeit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko als fundamental für den Austausch zwischen der Bundesregierung und der mexikanischen Zivilgesellschaft. Deutsche Politiker*innen müssten eine deutliche Positionierung einnehmen und öffentlich ihre Besorgnis über die Menschenrechtsverletzungen in Mexiko ausdrücken.

Die mexikanische Regierung sei nicht bereit, sich auf die Seite der Opfer und der Angehörigen der Verschwunden zu stellen. Sicherheitskräfte dienten nicht dem Schutz der Zivilgesellschaft sondern dem Schutz politischer Strukturen. Einen Wandel würde es nur geben, wenn ausländische Regierungen öffentlich ihre Besorgnis betonen. Nur dies könne das Handeln der mexikanischen Regierung beeinflussen. Die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen in Mexiko sowie ihre Unterstützer*innen weltweit müssten daran arbeiten, dass die notwendigen Schritte eingeleitet werden.

In Mexiko würden die Menschenrechte ihren Wert nicht verlieren. Wenn die mexikanische Regierung nicht auf die

schweren Menschenrechtsverletzungen reagiere, würde dadurch im Laufe der nächsten Jahre ein Aufbegehren der Zivilgesellschaft hervorgerufen.

Wolfgang Sauren weist noch einmal darauf hin, dass die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko und andere Organisationen eingeladen seien, Vorschläge abzugeben, welche mexikanischen Organisationen in den Prozess mit einbezogen werden sollten. Die Auswahl der am Projekt teilnehmenden Personen wird dann letztendlich vor Ort getroffen.

Maja Liebing führt aus, dass hinsichtlich der Umsetzung der Projekte seitens der Zivilgesellschaft kontrolliert werden müsse, was von den Versprechen umgesetzt werde, und welches die geeigneten Ansprechpartner*innen in Mexiko seien. Welche Räume brauche es, um den Monitoring-Prozess zu gestalten? Wenn ein ernsthaftes politisches Interesse seitens der deutschen Regierung darüber bestehe, wie solche Projekte in Mexiko umgesetzt werden sollten, dann komme man um die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsorganisationen nicht herum. Ansonsten sei das Projekt Zeit- und Geldverschwendungen. Außerdem müsse überlegt werden, wo Bruchlinien erreicht würden, an denen eine weitere Zusammenarbeit möglicherweise nicht weiter erfolgen könnte. Zudem sei der Präventionsgedanke bislang nicht diskutiert worden. Präventionsansätze müssten in Projekte bilateraler Zusammenarbeit miteinbezogen werden, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der starken Ungleichheit und Armut im Land.

Die Wahrnehmungen und Einschätzungen über das eigene Land seien innerhalb der mexikanischen Gesellschaft teilweise sehr unterschiedlich. Die Verleumdung der Realität dürfe weder in Mexiko noch in Deutschland erfolgen. Daher müsse eine einseitige Darstellung verhindert werden.

Forderungen des Forums IV:

1. Schaffung von Transparenz über das Rechtsstaatsprojekt der GIZ.
2. Starke Kritik an der Rolle der Generalstaatsanwaltschaft PGR in dem Projekt. Gefordert wird die zwingende Einbindung kritischer Zivilgesellschaft.
3. Verbot von Waffenhandel und kein Abschluss eines Sicherheitsabkommens.
4. Die deutsche Zivilgesellschaft sollte das starke Misstrauen in die Institutionen in Mexiko sichtbar machen und in Deutschland und Europa dazu beitragen, das nach außen getragene Image eines funktionierenden demokratischen Staates zu demontieren.



Solidaritätsadresse gerichtet an die Familienangehörigen von Ayotzinapa: Delegiertenkonferenz von Pax Christi Deutschland, im Bonifatiushaus Fulda. Präsidenten von Pax Christi Deutschland, der Bischof Algermissen von Fulda.

9. Besuch von Dr. Frank Otfried July, Bischof der Baden-Württembergischen Landeskirche

Bischof der Württembergischen Landeskirche und des Präsidiums des Lutherischen Weltbundes in Genf drückt seine Solidarität mit den Opfern aus

Der zweite Tag der Konferenz widmete sich der Situation der Opfer des gewaltsgemäßen Verschwindenlassens. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern mexikanischer Menschenrechts- und Angehörigenorganisationen und deutscher Hilfswerke überlegten die Teilnehmenden Strategien zur Unterstützung der Opfer. Durch die Diskussionen im Plenum und Arbeitsgruppen zog sich die Frage, ob in Mexiko überhaupt noch in dem Maß rechtsstaatliche Strukturen bestehen, dass eine konstruktive Zusammenarbeit mittels Projekten möglich ist. Der mexikanische Staat ist nachweislich auf vielen Ebenen mit der organisierten Kriminalität eng verbunden. Zudem stellen Korruption und mangelnder politischer Wille zur Vorbeugung und Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen eine Kooperation im Bereich von Rechtsstaatsprojekten grundsätzlich in Frage.

Die Tagungsteilnehmenden vermissten eine klare Positionierung der deutschen Regierung zur Umsetzung der Menschenrechte in Mexiko und fragten immer wieder, ob auch die deutsche Regierung die wirtschaftliche Zusammenarbeit über die der Menschenrechte stellt und ihr Menschenrechtsdiskurs letztlich nicht mehr als ein Feigenblatt ist.

Solidarität mit den Opfern brachte der Bischof der Württembergischen Landeskirche, Dr. Frank Otfried July, der auch Mitglied des Rates des Lutherischen Weltbundes ist, in einem Grußwort zum Ausdruck. Mit großer Empathie ging er auf die Situation der Flüchtlinge in Europa und die Situation der Angehörigen von Verschwundenen ein. Jede und jeder Vermisste in Lateinamerika und jeder Flüchtling in Europa habe einen Namen und ein Gesicht. Ihre Würde zu wahren sei unsere Aufgabe.

Die Tagung nutzte die neuen Medien und schaltete in der Nachmittagssession aus Mexiko per Skype Prof. Carlos Martin Beristain zu, Mitglied der „Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Fachleute“. Diese stellte am 6. September 2015 der mexikanische Öffentlichkeit ihren Untersuchungsbericht zum gewaltsgemäßen Verschwindenlassen der 43 Lehramtsstudien-

ten von Ayotzinapa vor. Die unabhängigen Fachleute kamen zu dem Schluss, dass die Ermittlungen der mexikanischen Behörden hinsichtlich des Verschwindenlassens der 43 jungen Männer in keinem Punkt ihrer wissenschaftlichen und unabhängigen Überprüfung standhielt und legten eigene Ergebnisse über die Hintergründe des Verbrechens vor. Der Bericht ist auf der Webseite der DMRK in deutsch, englisch und spanisch herunterzuladen.

Offen blieb die Frage, welche konkreten Forderungen aus der Tagung an die deutsche und mexikanische Regierung und welche an die Zivilgesellschaft hervorgehen.

Der Abend des zweiten Tag begann mit einer Lesung aus dem Buch „Terrorzones“ von dem Journalisten Wolf-Dieter Vogel, der seit vielen Jahren über die Menschenrechtssituation in Mexiko berichtet. Seit vielen Jahren recherchiert er zu illegalen Waffenlieferungen von Deutschland nach Mexiko, die vor Ort zu Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Der Tag klang mit beeindruckenden Musikbeiträgen von Jugendlichen aus Chiapas, wieder per Skype zugeschaltet, und mit Liedern aus Mexiko aus, die von Margarita Barajas und Rodrigo Vidal vorgetragen wurden.

10. Abschlussplenum

In diesem Plenum wurde über das Thema Verschwindenlassen als ein internationales Problem und dessen Bedeutung für die Familien und Opfer diskutiert.

Rainer Huhle erklärte hinsichtlich der Aufgabe des UN-Ausschusses, dass dieser eine beobachtende Rolle habe und Defizite und Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte beurteile. Huhle fordert in seinen Ausführungen einen konstruktiven Dialog mit der mexikanischen Regierung, um auf diese Weise zu Änderungen in Mexiko beizutragen.

Wolfgang Seiss, Brot für die Welt

Für Wolfgang Seiss ist die Dimension der Krise in Mexiko größer, als noch vor Jahren vermutet; die Vertrauenskrise in staatliche Akteure sei groß. Vertrauen könne aber nur durch konkrete Taten und Fakten wieder aufgebaut werden. Die Arbeit der GIEI liefere hierzu eine Blaupause.

Der Diskurs, die Realität als Einzelfälle abzutun, sei am Bröckeln. Besuchsreisen der Delegationen, Parlamentarier*innen gut vor- und nachbereiten und mit mexikanischen Organisationen abstimmen, sei zentrale Aufgabe der Nichtregierungsorganisationen. Die Darstellung der Komplexität der Krise in Mexiko, die Einzelfälle illustrieren, ist und bleibe eine Herausforderung. Gerade angesichts der Dimension und der Komplexität seien viele und auch neue Akteur*innen wichtig, die arbeitsteilig arbeiten. Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko bräuchte weitere Akteur*innen (z. B. aus Kirchen, Kultur, Kunst) auch wenn nicht alle dieselbe Meinung vertreten würden.

Die Bezüge zu Deutschland seien dabei nicht immer so gut darzustellen wie bei dem Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko und der Lieferung von deutschen Waffen nach Mexiko. Diese Fälle lieferten aber eine Blaupause für die Nutzung unterschiedlicher Foren und Dialogformen, Öffentlichkeitsarbeit, Protest und Presse und ein „Dranbleiben“.

Die Zusammenarbeit, Gemeinsames in den Vordergrund stellen, tue Not, eine Zusammenarbeit in Vielfalt müsse aus-

gebaut werden. Ein Traum wäre ein Netzwerk als ein Gegenüber in Mexiko für ein vergleichbares Büro in Brüssel wie OIDHACO zu Kolumbien und/oder der Menschenrechtskoordination.¹⁷ Abschließend wies er darauf hin, dass eine Änderung in der deutschen Politik einen langen Horizont brauche: Im Vergleich zu vor 30 Jahren und den Verschwundenen der Militärdiktatur in Argentinien habe sich die Wahrnehmung und der Dialog darüber mit staatlichen Stellen geändert. Der Weg zur Veränderung sei langsam und mühsam.

Alejandra Nuño betonte, dass die Problematik der Menschenrechtsverletzungen in der Region Mittelamerika ähnlich schwierig sei. Als Beispiel nannte sie das Problem der Migration in El Salvador und Guatemala. Zugleich ähnelten sich auch die Antworten der Staaten auf diese schwierige Lage. Die organisierte Kriminalität sei in ganz Zentralamerika präsent. Es gebe Orte in Zentralamerika mit sehr hohen Gewaltindizes, wie etwa San Pedro Sula und Tegucigalpa in Honduras. Die Jugendlichen in Zentralamerika identifizierten sich zunehmend mit den „Narcos“. Die Militarisierung des Landes sei in ganz Zentralamerika zu beobachten und für Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen werde es zunehmend schwieriger, ihre Arbeit zu realisieren. Die Antwort der honduranischen Regierung auf die Probleme ähnele der Antwort der mexikanischen Regierung. In beiden Ländern existiere zudem das große Problem der Gewalt gegen Frauen mit hohen Feminizidraten. Insbesondere der Bergbau und die extractiven Industrien tragen zur Vertreibung indigener Gemeinden bei.

Es sei von der „Kolumbianisierung“ Mexikos die Rede, aber der Blick müsse sich auch auf die zentralamerikanischen Länder richten. Es scheint so, dass die Regierungen aufgrund ähnlicher Schwierigkeiten im Hinblick auf die Sicherheitslage kommunizieren: Honduras habe zumindest ähnliche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen wie Mexiko oder El Salvador.

In den zentralamerikanischen Ländern sind internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen stark präsent. Sie unterhalten Büros in Mexiko und Guatemala und für Honduras wurde die Eröffnung eines weiteren Büros in Aussicht gestellt. Deshalb sollten die Tagungsteilnehmenden überlegen, wie sie diese internationale Unterstützung nutzen können, um die internationalen Abkommen, die Mexiko unterschrieben hat, umzusetzen.

Es sei zu beobachten, dass die zentralamerikanischen Regierungen jede Kritik zurückweisen. Sie diskreditieren die internationalen Organisationen und kürzen ihren eigenen Etat für die internationalen Organisationen um bis zu 50%.

Nuño ist der Auffassung, dass es notwendig sei, die „Memoria“ (Erinnerung) an die zahlreichen Verschwundenen wachzuhalten. In El Salvador wurde ein Denkmal zum Gedenken an die Verschwundenen mit mehr als 33.000 Namen errichtet. In Mexiko sollten Aktionen in ähnlicher Art und Weise erfolgen, damit die Namen der Opfer präsent seien und nicht in Vergessenheit geraten.

Marcela Turati informierte in ihren Ausführungen über die Rolle der Medien bei Reportagen über das Verschwindenlassen und über die Arbeitsbedingungen von Journalist*innen in Mexiko.

Sie erzählt über die ersten Berichten über das Verschwin-

denlassen in Mexiko. Viele der Angehörigen wendeten sich zuerst an Zeitungsredaktionen, bevor sie sich an NGO's richteten. Als die Gewalt im Land anstieg, gab es bis zu 40 Familienangehörige, die ihr über ihren Fall erzählen wollten. Da stellte sie sich die Frage, wie sich darüber überhaupt berichten, und wie sich diese Informationen systematisieren ließen.

Als die Fälle von Verschwindenlassen zunahmen, beauftragten einige Chefredakteur*innen ihre Journalist*innen mit der Berichterstattung. Dabei reagierten viele der Chefredakteur*innen so, als ob dies ganz neue Ereignisse wären. Marcela Turati und ihre Kolleg*innen wunderten sich, dass die eigenen Vorgesetzten und Herausgeber sich nicht klar darüber waren, dass bereits seit mehr als drei Jahren über das Verschwindenlassen berichtet wurde. Im Fall der 43 Studenten geschah dasselbe. Für die Presse lag die Herausforderung nun darin, diesen Fall des Gewaltsamen Verschwindenlassens so darzustellen, dass die Menschen verstanden, dass es bereits vorher eine Vielzahl von Verschwundenen gab.

Wie konnte sie weiter berichten, vor allem, wenn diese Geschichten so traurig und schrecklich sind? Wie konnte sie darüber berichten, dass der Vater einer verschwundenen jungen Frau sie in Bordellen, in Lagern der Narcos, in illegalen Massengräbern suchte? Wie konnte sie diese Landkarte des Horrors beschreiben?

Die Gewalt und die Zahl der Verschwundenen sind seit der Machtübernahme durch die PRI weiter gestiegen. Mexiko ist zur Zeit eines der gefährlichsten Länder für Journalist*innen. Viele kritische Medien werden geschlossen. Beispielsweise, als eine Journalistin die Reportage über „das weiße Haus“ in Mexiko veröffentlichte, wurde sie entlassen. Das ist die Antwort der Regierung auf kritische Berichterstattung.

Ein weiteres Beispiel sind die starke Kritik und die Diffamierungen, die die privaten Medien gegenüber der internationalen Expertengruppe GIEI formulierten, die den Fall „Ayotzinapa“ im Auftrag der Interamerikanischen Menschenrechtskommission untersucht. Damals hatte die GIEI festgestellt, dass es unmöglich sein kann, dass die 43 Studenten in der Müllkippe von Cocula verbrannt wurden. Anstatt die Autoritäten und die Mechanismen der Straffreiheit zu hinterfragen, konzentrierten sich die Medien auf die Kritik an den Expert*innen.

In der aktuellen Berichterstattung ist eine Polarisierung zu beobachten. Angriffe auf unabhängige Journalist*innen mehren sich, obwohl es ein Gesetz zum Schutz von Journalist*innen gibt und ein Schutzmechanismus installiert wurde. Viele bedrohte Journalist*innen suchen im Ausland oder in anderen Städten Zuflucht. Das Problem dabei ist, dass Untersuchungen nicht abgeschlossen werden, wenn sich bedrohte Journalist*innen in Sicherheit bringen und jene gewinnen, die sie zum Schweigen bringen wollen. Man bräuchte Geld, damit Journalist*innen ihre Untersuchungen ohne Gefahr abschließen können.

Im Fall der 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa ist die Arbeit der unabhängigen Journalisten*innen sehr wichtig gewesen. Sie haben immer wieder über die Unstimmigkeiten der offiziellen Ermittlungen berichtet. Das hat dazu beigetragen, dass der Fall nicht abgeschlossen wurde. Das gleiche war bei den Reportagen über das Massaker in Apatzingán und Tlataya oder bei der Lieferung von deutschen Waffen

nach Mexiko der Fall.

Für Turati ist mehr Unterstützung nötig, um die journalistische Arbeit fortsetzen zu können. Z.B. braucht es Zufluchtsorte für die Journalisten*innen, in denen sie sich erholen oder verstecken können. Auch eine psychologische Beratung ist erforderlich, sowie Beratung für bessere und sicherere Berichterstattung. Die Kommunikation mit nationalen und internationalen Journalisten*innen sollte verbessert und die große nationale und internationale Solidarität und Unterstützung der Journalist*innen in Mexiko sollte gestärkt und gefördert werden.

Alberto Solís Castro bezog sich in seinen Ausführungen auf die tiefe Krise der Institutionen in Mexiko. Aus seiner Sicht sollte eine umfassende Analyse der soziopolitischen Lage erstellt werden, um Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Transformation erarbeiten zu können.

Die Krise der Institutionen in Mexiko begann mit dem sogenannten Krieg gegen die organisierte Kriminalität, der letztendlich zu der Krise der Menschenrechte im Land führte und damit auch zu einer Zunahme der Fälle von Verschwindenlassen. Diese Krise hat mit der ungerechten Landverteilung, beziehungsweise der Kontrolle über das Land in Mexiko sowie den Routen für die Lieferung der Schmuggelware zu tun, bedingt durch die geografische Lage Mexikos und seine Nähe zu den USA. Es handelt sich um Auseinandersetzungen innerhalb der formellen und der illegalen Sektoren der Wirtschaft.

Hinzu kommen die besonderen Umstände in Mexiko mit einer Bevölkerung, die unter erheblicher Ungleichheit leidet, der wachsenden Armut und einem jungen Bevölkerungsanteil, der ausgeschlossen ist von der formalen Ökonomie und sich deshalb der illegalen Ökonomie zuwendet und zugleich billige Arbeitskräfte darstellt.

Der mexikanische Staat besteht aus einer seit über 85 Jahren etablierten politischen und ökonomischen Klasse, was ihn von anderen lateinamerikanischen Staaten unterscheidet, die von Militärdiktaturen regiert wurden. Zugleich hat Mexiko ein offenes Wirtschaftssystem und ist eines der Länder mit den meisten Freihandelsverträgen. Es handelt sich somit um eine Mischung aus offenen Märkten einerseits und einem schwachen Justizsystem sowie der Fähigkeit zu repressivem Handeln, sei es für legale oder illegale Interessen, andererseits.

Alberto Solís fasste zusammen, dass Mexiko eine „offene“ Wirtschaft vertritt und fragile Institutionen, ein nicht funktionierendes Justizsystem sowie eine hohe Ungleichheit in der Gesellschaft aufweist.

Die zahlreichen Gruppen, die die Kontrolle übernehmen wollen, kämpfen um die Macht im mexikanischen Staat. Dabei entsteht Raum für Willkür, zum Vorteil für illegale und bestimmte politische Gruppen. Das politische System in Mexiko ist korrupt und im Verfall begriffen. Es ist von einer starken Vernetzung der Organisierten Kriminalität mit bestimmten politischen Gruppen geprägt. Deswegen ist es ein Fehler zu denken, dass die Organisierte Kriminalität die mexikanische Regierung infiltriert hat, es ist vielmehr von einem einvernehmlichen Handeln auszugehen.

Mexiko hat ein Sicherheitsproblem, das nicht mit Militarisierung gelöst werden kann. Das Sicherheitsproblem liegt in dem zunehmenden Zerfall des Staates, mit 98% Straflosig-

keit und einem sehr hohen Vertrauensverlust in die Institutionen.

Für Solís müssen nachhaltige und längerfristige Lösungsansätze gesucht werden. Die Bürger- und Zivilbeteiligung müsse gestärkt werden. Als Beispiel nannte Solís das „Gesetz über gewaltsames Verschwindenlassen und Verschwinden von Privatpersonen“ („Ley General de desaparición forzada y desaparición de particulares“), das von der Zivilgesellschaft und der UN-Arbeitsgruppe gegen das Verschwindenlassen gefordert worden war. Das Gesetz gegen das Verschwindenlassen wird ein sehr wichtiger normativer Fortschritt sein. Und obwohl in Mexiko die Gesetze oft missachtet werden, gibt es diesmal Hoffnung.

Fußnoten:

¹ Siehe: „Statement of the UN High Commissioner for Human Rights, Zeid Ra'ad Al Hussein, on his visit to Mexico, October 7th, 2015“

² Siehe: „Erklärung zur Mexiko-Tagung in Bad Boll vom 23. bis 25. Oktober 2015“. Abrufbar unter: <http://www.mexiko-koordination.de/downloadarchiv/dokumente-der-koordination/186-deklaration-bad-boll-1-dezember-2015/file.html>

³ Siehe: „Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances“. Abrufbar unter: <http://www.ohchr.org/EN/Issues/Disappearances/Pages/DisappearancesIndex.aspx>

⁴ Siehe: „Erklärung über den Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen“. Abrufbar unter: <http://gewaltsames-verschwindenlassen.de/wp-content/uploads/2015/10/Erkl%C3%A4rung-Verschwindenlassen-deutsch.pdf>

⁵ Siehe: „Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen“. Abrufbar unter: <http://www.un.org/depts/german/uebereinkommen/ar61177-oebgl.pdf>

⁶ Siehe: „Committee on Enforced Disappearances (CED)“. Abrufbar unter: <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CED/Pages/CEDIndex.aspx>

⁷ Siehe: Rainer Huhle. Nacht und Nebel – Mythos und Bedeutung. Abrufbar unter: http://gewaltsames-verschwindenlassen.de/wp-content/uploads/2015/10/Nacht-und-Nebel-Aufsatz_end.pdf

⁸ Abrufbar unter: <http://michoacantrespuntocero.com>.

⁹ Siehe Deutsche Welle, 13. Oktober 2015: El Plan Frontera Sur dispersa la migración sin detenerla. Verfügbar unter: <http://www.dw.com/es/el-plan-frontera-sur-dispersa-la-migraci%C3%B3n-sin-detenerla/a-18779878>; Und WOLA, 19. März 2015, Actualización sobre el Programa Frontera Sur de México, abrufbar unter:

http://www.wola.org/commentary/update_on_mexico_s_southern_border_plan_new_routes_more_deportations_and_widespread_human

¹⁰ Siehe: "Cartilla para Migrantes". Abrufbar unter: http://centroprodh.org.mx/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=224&Itemid=187&lang=es

¹¹ Abrufbar unter: <http://www.masde72.periodistasdeapie.org.mx/>

¹² Abrufbar unter: www.fundacionparalajusticia.org

¹³ Abrufbar unter: <http://fuundec.org/tag/fray-juan-de-larios/>

¹⁴ Siehe: "Las voces de los y las desaparecidos en México", abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=I0TJhdDiZVI>; "Propuestas de ley de desaparecidos en México", abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=EIGNqRrocl>; y "la CIDH y las personas defensoras de derechos humanos", abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=kzAnNmo4-CE>

¹⁵ Man kann die Bilder in Facebook von CEDEHM sehen. Abrufbar unter: <https://www.facebook.com/Centro-de-Derechos-Humanos-de-las-Mujeres-1511190289099488/?fref=ts>

¹⁶ Abrufbar unter: <http://www.menschenrechte.org/>

¹⁷ Oficina Internacional de los Derechos Humanos Acción Colombia (OIDHACO), <http://www.oidhaco.org>.

Stuttgart/Mexiko, 1. Dezember 2015

Erklärung zur Mexiko-Tagung in Bad Boll vom 23. bis 25. Oktober 2015

Mexiko befindet sich gegenwärtig in einer tiefen politischen und juristischen Krise. Alle institutionellen Ebenen sind mit der Organisierten Kriminalität verstrickt. Mindestens 26.000 Menschen sind in den letzten Jahren spurlos verschwunden. Die Straflosigkeit liegt bei 98,3%. Angesichts dieser Fakten ist die offizielle Einschätzung deutscher Vertreter*innen von Politik und Wirtschaft, dass Mexiko ein Rechtsstaat sei, über eine funktionierende präsidentielle Demokratie verfüge und die Menschenrechte achte, nicht aufrecht zu erhalten.

Zu diesem Ergebnis kommen die Mitglieder der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko auf der Tagung mit dem Titel: „Gewaltsames Verschwindenlassen – Verbrechen mit System. Die politische Krise in Mexiko“, die vom 23. bis 25. Oktober 2015 in der Evangelischen Akademie Bad Boll stattfand.

Experten*innen aus Deutschland und Mexiko gaben ein vielschichtiges Stimmungsbild zur derzeitigen Lage des Landes, das seit Jahrzehnten ein wichtiger Bündnis- und Handelspartner der internationalen Gemeinschaft ist.

Ausgelöst durch das Verschwindenlassen von 43 indigenen Studenten des Landlehrerseminars Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero am 26. September 2014 wurde offenbar, was sich zuvor nur angedeutet hatte: Die tiefe Verstrickung des politischen Lebens auf allen Ebenen mit dem organisierten Verbrechen. Grundlegende strukturelle Probleme wie Armut und soziale Polarisierung, Landkonflikte und Notlagen der ländlichen Bevölkerung, mangelnde Beschäftigungs- und Ausbildungschancen sind ungelöst geblieben. Die Kriminalisierung sozialer Bewegungen schreitet fort; ihre Anführer werden ohne gesicherte Erkenntnisse schwerer krimineller Verfehlungen beschuldigt, verhaftet und in Hochsicherheitsgefängnisse verschleppt; Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen werden bedroht, verfolgt, entführt und getötet. Das Verschwindenlassen von Menschen grassiert in einem unvorstellbaren Maße.

Diese Missstände sind kritischen Beobachter*innen seit langem bekannt. Der Fall Ayotzinapa hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Die von der Regierung gepflegte Fassade eines demokratischen Rechtsstaates bröckelt.

Angesichts dieser Gegebenheiten brachten die Mitgliedsorganisationen der Deutschen Menschenrechtskoordination ihre Bedenken gegen die Kooperation im Rechtsstaatsbereich, auf die sich Deutschland Mitte 2015 mit Mexiko geeinigt hat, zum Ausdruck. Insbesondere die Wahl des Partners – die Generalstaatsanwaltschaft (Procuraduría General de la República / PGR) – wurde in Zweifel gezogen. Aus dem Bericht der Interdisziplinären Expertenkommission GIEI („Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes“) zum Fall Ayotzinapa ergibt sich, dass diese zentrale Ermittlungsinstanz mehr zur Verschleppung und Verschleierung als zur Aufklärung des Falles vom Verschwindenlassen der Studenten beigetragen hat.

Nach Meinung der Koordination und der mexikanischen teilnehmenden Organisationen wählt die deutsche Bundesregierung mit einer Politik des „Weiter so“, die letztendlich nur zu einer Stabilisierung bestehender Verhältnisse beiträgt, den falschen Weg. Um grundlegende Veränderungen in Mexiko anzustoßen, muss vielmehr die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen sind klare politische Zeichen seitens der Bundesregierung gegenüber der mexikanischen Regierung notwendig. Diese sollten im Menschenrechtsbereich im Setzen von Benchmarks bestehen. In Bezug auf rechtsstaatliche Zusammenarbeit sollte eine vorherige intensive Prüfung des mexikanischen Projektpartners unter Einbeziehung der mexikanischen Zivilgesellschaft stattfinden und Evaluationsmechanismen vorgesehen sein.

Für die deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko:

Amnesty International (Deutsche Sektion), Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, CAREA e.V., Initiative Mexiko, Mexiko-Initiative Köln/Bonn, México vía Berlin, Bischofliches Hilfswerk MISEREOR, Missionsprokur der deutschen Jesuiten, Missionszentrale der Franziskaner, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pacta Servanda e.V., Partner SüdMexikos, e.V., pax christi Solidarität Eine Welt, und Promovio e.V.

Teilnehmende und unterzeichnende Organisationen aus Mexiko:

Frontera con Justicia A.C. (Casa del Migrante Saltillo)
Centro de Derechos Humanos Paso del Norte A. C.
Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan
Centro de Derechos Humanos de las Mujeres
Centro “Fray Juan de Larios”, Coahuila A. C.
Comité de Familiares de Personas Detenidas Desaparecidas en Mexico "Alzando Voces"
SERAPAZ, Servicios y Asesoría para la Paz, A. C.

Programm der Tagung

Freitag, 23. Oktober 2015

- 16:00 Begrüßung und Einführung
Mauricio Salazar, Evangelische Akademie Bad Boll
Carola Hausotter, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM)
- 16:15 Verschwindenlassen - ein weltweit begangenes Verbrechen
Rainer Huhle, UN-Ausschuss des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CED) / Nürnberger Menschenrechtzzentrum
Moderation: Annette Fingscheidt, Peace Brigades International
- 17:15 Verschwindenlassen in Mexiko - symptomatische Fälle Ayotzinapa und kein Ende?
Podiumsdiskussion mit Vidulfo Rosales, Menschenrechtzzentrum Tlachinollan, Guerrero
Alejandra Nuño, CEDEHM, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, Chihuahua
Jorge Verástegui, Centro Diocesano para Derechos Humanos Fray Juan de Larios, Coahuila
Moderation: Nadine Jurrat, Pacta Servanda
- 19:00 Abendessen
- 20:30 Film „Desaparecidos“
Raum und Zeit für Kurzerzählungen über Fälle von Verschwundenen
Ausklang im Café Heus
Vorstellung Internetplattform www.Gewaltsames-Verschwindenlassen.de
- Samstag, 24. Oktober 2015**
- 9:00 Deutsche Rechtsstaatprojekte und die Empfehlungen der UN - Konkrete Handlungsansätze von außen
Wolfgang Sauren, GIZ
Alejandra Nuño, CEDHEM, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, Chihuahua
Rainer Huhle UN-Ausschuss des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CED) / Nürnberger Menschenrechtzzentrum
Marcela Turati, Journalistin
Moderation: Christiane Schulz, Partner Südmexikos
- 10:30 Pause

11:00 Foren

Forum I: Erfahrungen mit Verschwindenlassen - Chancen und Grenzen der psychosozialen Begleitung von Angehörigen

Janahuy Paredes Lachino, Angehörige, COFFADEM Familienkomitee, Michoacán
Patricia Galarza, Centro Derechos Humanos Paso del Norte, Ciudad Juárez
Alberto Solís Castro, Serapaz, Servicios y Asesoría para la paz, Mexiko-Stadt
Moderation: Mauricio Salazar, Evangelische Akademie Bad Boll und Catharina Köhler, Misereor

Forum II: Migrant*innen als Opfer von Verschwindenlassen - Ansätze der grenzeüberschreitenden Zusammenarbeit

Juan José Villagómez Hernández, Casa de Migrantes de Saltillo
Marcela Turati, Journalistin
Moderation: Ana Lämmle, Brot für die Welt, und Gabriele Winkler, Engagement Global

Forum III: Bekämpfung des Verbrechens Verschwindenlassen national & international - Ansätze von Menschenrechtzzentren

Jorge Verástegui, Centro Diocesano para Derechos Humanos Fray Juan de Larios, Coahuila
Alejandra Nuño, CEDEHM, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, Chihuahua
Rainer Huhle, UN-Ausschuss des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CED)
Moderation: Susanne Breuer, Misereor

Forum IV: Verantwortung deutscher Politik - positive oder negative Wirkungen in Mexiko?

Wolfgang Sauren, GIZ
Heike Hänsel, MdB Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Wolf-Dieter Vogel, Journalist
Maja Liebing, Amnesty International, Berlin
Vidulfo Rosales, Menschenrechtzzentrum Tlachinollan, Guerrero
Moderation: Rosa Lehmann, Carea und Carola Hausotter, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

13:00 Mittagessen

14:00 Fortsetzung Foren

16:30 Kaffeepause

17:00 Fish-Bowl - Ideen und Eindrücke zu den vier Foren

18:30 Abendessen

20:00 Noche Cultural

Lesung, Gesang & Musik

Lesung Buch „Terrorzones“ mit Wolf-Dieter Vogel

Fotoausstellung „Nos faltan 43 y miles más“. Fotos:

Laura Tüngler, künstlerische Bearbeitung: Jaime

Rodriguez.

Margarita Barajas, Gesang und Marco Cruz, Klavier

21:30 Musik zum Tanzen

Sonntag, 25. Oktober 2015

9:30 **Abschlussplenum: Mexiko und das**

**Verschwindenlassen: Die Bekämpfung des
Verbrechens Verschwindenlassen angesichts
der Vertrauenskrise der Institutionen**

Rainer Huhle, UN-Ausschuss des Internationalen
Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor
dem Verschwindenlassen (CED)

Alberto Solís Castro, Serapaz, Servicios y Asesoría
para la paz, Mexiko-Stadt

Marcela Turati, Journalistin

Wolfgang Seiss, Brot für die Welt

Alejandra Nuño, CEDEHM

Moderation: Ingrid Spiller, Heinrich-Böll-Stiftung

11:00 Verabschiedung

Mauricio Salazar, Evangelische Akademie Bad Boll

Carola Hausotter, Deutsche

Menschenrechtskoordination Mexiko

1. Introducción: Desaparición forzada – Delito con sistema. La crisis política en México

La desaparición forzada de los 43 estudiantes de Ayotzinapa, ocurrida el 26 de septiembre de 2014 por parte de agentes estatales que operaron con el crimen organizado, desataron una serie de protestas y escándalos a nivel internacional. Y no menos fue el increíble asombro de la opinión pública que cuestionó: ¿cómo es posible que la desaparición forzada exista en este país tan popular para vacacionar y que representa un importante socio y aliado comercial para Alemania, la Unión Europea, Estados Unidos de América y otros países industrializados? Además, el caso de Ayotzinapa sólo representa la punta del iceberg: se estima que entre 2006 y 2012 haya más de 20 mil casos de desaparición forzada en México. Aproximadamente 16 mil cuerpos de desaparecidos han sido exhumados después de ser encontrados en fosas comunes clandestinas en todo el territorio mexicano.

Desde hace varios años y en diferentes partes de la República, organizaciones de derechos humanos en México respaldan con su trabajo a familiares de desaparecidos; se esfuerzan por el esclarecimiento de los casos y, ante la falta de respuesta adecuada y oportuna de las instancias correspondientes, exigen acciones determinadas por parte del Estado mexicano en contra de la violencia existente. Sin embargo, las organizaciones son conscientes de que en México sólo el 2% de los responsables de delitos son sancionados.¹ La incapacidad y/o falta de voluntad de las instituciones estatales para el esclarecimiento de estos crímenes, alienta a los criminales a seguir delinquiendo, pues las personas que los cometen saben que saldrán impunes.

Las personas en México experimentan diariamente y de forma grave la violación de sus derechos humanos civiles. Por esta razón, las instituciones mexicanas han perdido su credibilidad frente a sus ciudadanos y ciudadanas. Además existe una profunda vinculación o tolerancia de las instituciones del Estado en todos sus niveles con el crimen organizado. Esto, entre otros factores que muestran la falta de gobernabilidad para los mexicanos, ha llevado desde hace varios años a una profunda y creciente crisis política en México.

En la conferencia organizada por la Academia Luterana en Bad Boll junto con la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México, se le dio oportunidad a diferentes organizaciones de derechos humanos mexicanas de informar sobre su trabajo y compartir sus experiencias sobre casos de desaparición forzada y desaparición por particulares. Esta ocasión permitió también el intercambio y consulta de las organizaciones mexicanas con los asistentes, siendo muchos de ellos representantes de organizaciones alemanas que trabajan en derechos humanos. Además se habló de cómo se puede actuar frente a estos delitos.

En relación a la conferencia se redactó una declaración final, que exhorta al gobierno alemán a cambiar su postura frente a México, pues la política alemana prioriza la relación comercial y no pone condicionantes en términos de justicia y derechos humanos. Teniendo en cuenta las graves violaciones de derechos humanos, se requieren señales políticas claras por parte del gobierno alemán hacia el gobierno mexicano. Además, para promover cambios fundamentales en México es necesario el fortalecimiento de la sociedad civil.²



23.10.2015 Bad Boll. Rainer Huhle, Centro de Derechos Humanos de Núremberg (NMRZ) y miembro del Comité de la Convención contra la Desaparición Forzada de Naciones Unidas, Moderación: Annette Fingscheidt, Peace Brigades International. Foto: Joachim E. Röttgers

2. Desaparición forzada - Un crimen a escala mundial

El Congreso comenzó con la intervención de Rainer Huhle, del Centro de Derechos Humanos de Nuremberg (NMRZ) y miembro del Comité de la Convención contra la Desaparición Forzada de Naciones Unidas. Huhle explicó el tema de desaparición forzada desde una perspectiva internacional, así como las acciones concretas que los organismos internacionales toman frente a esta situación.

La ONU y el tema de desaparición de personas

En 1980 fue creado el Grupo de Trabajo sobre Desapariciones Forzadas o Involuntarias por la entonces Comisión de Derechos Humanos de las Naciones Unidas.³ El grupo de trabajo cuenta con cinco miembros, los cuales son elegidos por votación a través del Consejo de Derechos Humanos (sucesor de la extinta Comisión de Derechos Humanos) con sede en Ginebra. En 1992 fue aprobada la Declaración para la protección de todas las personas contra las desapariciones forzadas⁴ por la Asamblea General de las Naciones Unidas.

Los informes de asesoría del grupo de trabajo sirvieron para la preparación de la Convención Internacional para la protección de todas las personas contra las desapariciones forzadas⁵, aprobada en 2006 por la Asamblea General de las Naciones Unidas. La Convención entró en vigor en 2010, conteniendo obligaciones jurídicas sólo y exclusivamente para aquellos países que la ratificaron. Hasta el momento 91 naciones la han firmado, de las cuales apenas 51 la han ratificado, entre ellas Alemania y casi todos los países latinoamericanos.

El Comité contra la Desaparición Forzada⁶ (Committee on Enforced Disappearances, CED) fue creado para vigilar el cumplimiento de la Convención y está integrado por 10 expertos independientes en materia de derechos humanos, quienes han sido elegidos por los Estados Partes. El Comité inició sus funciones en 2011.

Al principio fueron ante todo los familiares de las víctimas los que impulsaron la Convención, pero posteriormente algunos países también propusieron la puesta en marcha del tratado y de su mecanismo de observación. De esta manera, la Convención se ha convertido en una de las más progresistas

con respecto al reconocimiento de los derechos de las víctimas de desapariciones forzadas.

Si bien tienen tareas parcialmente entrecruzadas, el Comité tiene competencia para las 51 naciones que lo han ratificado, mientras que el Grupo de Trabajo tiene una cobertura mundial.

Un instrumento importante en la interacción con el Comité son las llamadas acciones urgentes en casos de desaparición forzada, pues las víctimas pueden contactar al Comité y éste a su vez inquirirá al gobierno en cuestión. La acción urgente se inicia normalmente en sólo uno o dos días. El Comité da seguimiento hasta que se encuentre a la persona. Hasta el momento, el Comité ha revisado unas 250 acciones urgentes, de las cuales los países que encabezan dichas demandas son, en primer lugar México, en segundo lugar Iraq y en tercer lugar Colombia. Del resto de los países se han hecho pocas solicitudes para acciones urgentes.

Por otra parte, la Convención prevé que cada Estado presente al Comité, en un plazo de hasta dos años después de la ratificación, un informe de Estado. Dicho informe deberá presentar información sobre todos los puntos que en la Convención se mencionan. El Comité evalúa dicho informe y puede retomar otros temas que considere pertinentes.

El CED ha solicitado ya efectuar una visita a México. Sin embargo, considerando que el país ha hecho una invitación abierta ("Standing invitation") a todos los organismos internacionales de derechos humanos y en lo que va del año 2015 ya se realizaron algunas, el Comité prefiere llevar a cabo la suya cuando no se efectúen otras simultáneamente.

El Comité está obligado a utilizar todas las fuentes de información para realizar sus investigaciones, lo que en la práctica significa un proceso muy laborioso y meticuloso, parecido a un procedimiento judicial. De hecho sus recomendaciones son, en cierto sentido, "cuasi-judiciales", es decir, tienen carácter obligatorio. Sin embargo, el Comité carece de autoridad para obligar el cumplimiento de las recomendaciones, y depende más bien de la "buena voluntad" del Estado que éstas sean acatadas. Sin embargo, la opinión pública es la que puede ejercer presión sobre el Estado para que éste las acepte.

Desapariciones forzadas

La práctica de desapariciones forzadas ha sido un procedimiento realizado por los Estados que se empleó por ejemplo en el Tercer Reich durante el tiempo del nacionalsocialismo.⁷ Sin embargo, no es hasta los años sesenta y setenta que se comenzó a cometer de manera más frecuente, especialmente en las dictaduras latinoamericanas de Argentina, Brasil, Colombia, Chile, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Perú, Paraguay, Panamá y Uruguay y, sin un régimen dictatorial, también en México. El término de desaparición forzada es nuevo. Antes se clasificaban estos casos como "secuestros" o "asesinatos". El procedimiento de las desapariciones forzadas es cruel, pues tiene efectos psicológicos muy dramáticos y permanentes en los familiares y seres queridos de las víctimas.

De acuerdo con la definición prevista en el artículo 2 de la Convención Internacional, las desapariciones forzadas significan "el arresto, la detención, el secuestro o cualquier otra forma de privación de libertad que sean obra de agentes del Estado o por personas o grupos de personas que actúan

con la autorización, el apoyo o la aquiescencia del Estado, seguida de la negativa a reconocer dicha privación de libertad o del ocultamiento de la suerte o el paradero de la persona desaparecida, sustrayéndola a la protección de la ley."

Esta definición hace referencia al hecho de que agentes del Estado y/o su maquinaria han detenido a una persona y se rehusan a dar información sobre el paradero de ésta, lo que significa que las desapariciones forzadas operan con consentimiento o tolerancia del Estado. Asimismo, de acuerdo con el artículo 3 de la Convención Internacional, "los Estados Partes tomarán las medidas apropiadas para investigar sobre las conductas definidas en el artículo 2 que sean obra de personas o de grupos de personas que actúen sin la autorización, el apoyo o la aquiescencia del Estado, y para procesar a los responsables."

La dificultad de los casos de desaparición de personas reside en que no siempre se pueden definir las responsabilidades, ya que el creciente número de secuestros realizados por el crimen organizado o actores privados, hacen muy difícil diferenciar y reconocer el origen del delito.

Los derechos de las víctimas están ampliamente garantizados en la Convención. En primer lugar el término "víctima" está entendido de manera amplia. Éste incluye todos aquellos que se ven afectados por la desaparición forzada de una persona, no sólo familiares, sino también amigos, socios de trabajo y todas aquellas personas cercanas a la persona desaparecida. Ellas tienen derecho a exigir información de sus desaparecidos y a otros derechos claramente reconocidos en la Convención.

3. Desapariciones forzadas en México - Casos característicos. Ayotzinapa ¿sin solución?

Después de que la conferencia inicial tocara el tema de desapariciones forzadas como un fenómeno global y se hablara de los mecanismos e instrumentos de Naciones Unidas, el presente panel dirigió su atención a lo cotidiano. Así, se plantearon cuestiones tales como: *¿Qué significa para los familiares una desaparición forzada?, ¿Cómo afecta a la vida cotidiana de las familias de los desaparecidos? ¿Qué repercusiones tienen estos crímenes en la sociedad y qué enfoques o acciones de la sociedad civil existen para su resolución?*

Con el fin de entender mejor la situación de los familiares de los desaparecidos y poder comprender cómo se sienten, Nadine Jurrat dio la palabra a Jorge Verástegui, cuyo hermano y sobrino fueron desaparecidos de manera forzada en enero de 2009.

Jorge Verástegui: Yo tengo dos familiares que fueron desaparecidos en 2009, en medio de la violencia desatada por la llamada "guerra contra las drogas". Sin embargo, es muy difícil explicar cómo uno se siente y cómo uno lo vive, puesto que no sólo se trata de una afectación emocional, sino también de incertidumbre. Uno se pregunta ¿dónde están nuestros seres queridos?, ¿qué les ha pasado?, ¿cómo se sienten? Tener un desaparecido en tu familia es la destrucción de tu vida y la transformación de tu papel en la sociedad.

En el momento de la desaparición de mis familiares yo tenía 18 años, había estudiado para ser enfermero y quería ser médico. Pero finalmente me convertí en abogado. Uno se transforma poco a poco en otra persona. Todo, la vida y el pensamiento giran alrededor del desaparecido y de su búsqueda. Con ello también desaparece un poco de nuestras vidas, nuestras ideas, proyectos y objetivos en la vida. La búsqueda de nuestro familiar ocupa un valor central, con lo cual cambia también el entorno social, los amigos, llegando incluso a destruir la familia porque el miedo y la incertidumbre se convierten en las fuerzas impulsoras de nuestras vidas. Y finalmente, uno se convierte en activista porque ya no queda otra cosa más que hacer.

Con el tiempo uno se da cuenta que la desaparición forzada de nuestro ser querido no es un caso único, sino más bien que le ha sucedido también a otros. Así he constatado que la búsqueda del desaparecido también tiene repercusiones en la salud mental y destruye la estructura de la familia. Los otros hijos y familiares se sienten abandonados. A esto se agregan las dudas y sospechas sobre las razones de la desaparición: si la persona se habría escapado con el novio o la novia, a lo mejor se habría ido para Estados Unidos o, quizás, ya estaba involucrado en asuntos ilegales y tal vez, de algún modo, fue culpable él mismo de lo que le pasó.

La sociedad no es totalmente indiferente a estos casos, pero al mismo tiempo se enfrenta diariamente a muchos otros problemas como la pobreza. Por eso es complicado y uno se pregunta ¿quién se debe solidarizar con quién? Tampoco el Estado nos proporciona instrumentos jurídicos y pacíficos para encontrar a nuestros desaparecidos. Por eso aún cuando la desaparición forzada es un crimen contra la vida humana, es muy difícil demostrarlo y presentar pruebas. Asimismo, aún cuando los derechos humanos están claramente determinados en nuestra Constitución y el Estado quiere hacer creer que tiene una gran importancia su protección, es casi imposible defenderse de los agresores estatales. Es el Estado mismo el que pone a nuestra disposición los instrumentos y mecanismos para exigir nuestros derechos.

México cuenta con un excelente servicio diplomático, el cual se encarga de convencer a la sociedad internacional de que los Derechos Humanos son protegidos y respetados en nuestro país. Sin embargo, en los últimos años ha cambiado la situación, pues el gobierno mexicano actúa, por un lado, de manera cada vez más agresiva, incluso contra las organizaciones de Derechos Humanos y al mismo tiempo, se logran más y mejores instrumentos e instituciones internacionales para la defensa de los Derechos Humanos.

Las organizaciones no gubernamentales (ONGs) se conectan cada vez más y han alcanzado un gran nivel de coordinación en su trabajo que les permite también mostrar las desapariciones forzadas como una práctica que ha sido llevada a cabo amplia y sistemáticamente desde los años sesenta. En 2009 empezamos a documentar casos de desapariciones forzadas. Con ello pudimos mostrar que muchos jóvenes del sexo masculino de distintas profesiones han sido víctimas de las desapariciones.

Asimismo, hemos encontrado que existen dos grupos de personas que son objeto de las desapariciones forzadas. Por un lado, aquellas que son desaparecidas por la policía, y por otro, por los grupos armados del crimen organizado e in-

cluso por ambos grupos cuando operan conjuntamente. De esta manera, está claro que algunas instituciones que son las que de hecho deberían investigar estos crímenes, en realidad no lo hacen y tienen un nulo interés por la aclaración de los hechos. En lugar de eso, se dedican a investigar la vida de las personas desaparecidas con el objeto de desacreditarlas. Existe una deficiencia estructural y una debilidad institucional. Por un lado, las instituciones desconocen cómo debe hacerse una investigación de este tipo de crímenes, y por otro, las instituciones que tienen la capacidad para hacerlo no quieren reconocer que parte de sus miembros están involucrados en el mismo. Es complicado, ¿debemos dirigirnos a la policía para reportar una desaparición cuando ellos mismos son parte del problema? Es muy difícil realizar la búsqueda por nuestra cuenta, puesto que uno mismo llega a arriesgar su propia vida. Si a nosotros nos desaparecen, ¿quién continúa con la búsqueda? Entonces, el Estado lograría su objetivo de desapariciones. Por ello, no dejamos de señalar que el Estado es el responsable de las desapariciones; nos encargamos de que los desaparecidos estén siempre presentes y no sean olvidados. Nosotros tenemos la esperanza de encontrarlos. Es muy difícil alimentar la esperanza con el dolor y a veces parece absurdo seguir teniendo la ilusión de encontrarlos. Sin embargo, debemos continuar y cooperar con la comunidad internacional para seguir exigiendo la responsabilidad del Estado mexicano en las desapariciones forzadas. De esta manera, se permite que los afectados sean empoderados para hacerse escuchar y reclamar sus derechos. Los centros de Derechos Humanos se han profesionalizado e integrado de modo que esto hace más fuerte a la sociedad civil, a pesar de que la situación en México es altamente compleja y en gran medida, reina la impunidad.

Nadine Jurrat: Alejandra, Jorge ya ha mencionado que se han comenzado a documentar los casos de desapariciones forzadas. ¿Estos casos tienen un proceso típico? Y, ¿por qué desaparecen estas personas? ¿Se trata solamente de enemigos políticos, que alguien quiere quitarlos de su camino, o son simplemente gente normal que estuvo en el lugar equivocado y a la hora equivocada?

Alejandra Nuño: Antes de responder a la pregunta me gustaría brevemente presentar al CEDEHM. ¿Qué tiene que ver un Centro de Derechos Humanos de las Mujeres con los desaparecidos? Como sabemos, el estado de Chihuahua es tristemente famoso por la masiva violencia de género, en especial los feminicidios y las mujeres desaparecidas. Con el tiempo, han venido al Centro personas defensoras de derechos humanos que han sido amenazadas. Sólo en los últimos seis meses fueron asesinados 19 en Chihuahua, y ni hablamos de las amenazas masivas hacia periodistas. Al final del 2009 se acercaron al CEDEHM también familiares de personas desaparecidas. Con el tiempo nos llegaron más casos como esos, algo que como organización jamás habíamos imaginado. Actualmente tenemos 112 casos de desaparecidos y acompañamos a más de 320 familiares en su búsqueda por la verdad, la justicia y la reparación.

Regresando a la pregunta, creo que el centro del problema está en la impunidad, ya que hasta hoy no sabemos por qué desaparecen las personas. Gran parte de los desaparecidos son hombres jóvenes, pero no sabemos por qué. Lo que he-

mos logrado reconstruir hasta el momento, con ayuda de los familiares, es que o hubo una confusión de personas, o se trata de un hecho intencionado, o incluso simplemente se desaparecen las personas porque es posible cometer un crimen así en el país, ya que sencillamente no es castigado. El Estado no lleva a cabo investigación alguna. Una denuncia nunca es investigada ni los responsables son sancionados. En caso de que los familiares del desaparecido denuncien, a pesar de todas las dificultades y contra la voluntad de la policía, serán objeto de amenazas telefónicas y se les exigirá que retiren los cargos. Sólo en el CEDEHM tenemos tres casos de madres desaparecidas por el hecho de exigir justicia o de buscar a sus hijos desaparecidos. Las amenazas y los atentados no son sólo contra los familiares, sino que también están dirigidos a los abogados y defensores de derechos humanos.

Cuando hablamos de justicia transicional tocamos el punto más importante: La verdad para saber qué y por qué pasó realmente. Para los familiares sería lógico que el Ministerio Público llevara a cabo investigaciones cuando fuera necesario, pero no que el Estado fuera activo en las desapariciones. Quedan las dudas, la incertidumbre, no hay un lugar donde se pueda ir a llorar por la pérdida. Las secuelas emocionales de las desapariciones son muy diversas, por lo que me gustaría mencionar sólo algunas de ellas: El proceso de luto, por ejemplo, no puede ser terminado porque no hay restos de la persona. No hay una tumba donde ir a llorar y donde uno se pueda despedir de su ser querido. Pero también hay coraje, indignación y un gran sentimiento de culpa que permanece por largo tiempo.

Las secuelas emocionales son diversas entre personas adultas, jóvenes y niños, por lo que acompañamos a muchos niños y niñas en esos procesos. Ellos saben qué pasó, a pesar de que los adultos tratan de ocultarles la verdad. Por ello, nosotros trabajamos sobre la base de que también los niños tienen derecho a saber la verdad y participar en los procesos de exigencia de justicia. Muchos niños y jóvenes dejan de ir a la escuela o interrumpen sus estudios para comenzar a trabajar. En las escuelas, los niños sufren hostigamiento y tienen que enfrentar las especulaciones y sospechas constantes por la desaparición del familiar. Como consecuencia, muchas jóvenes sufren de desórdenes alimenticios y la tasa de suicidio es alta. No hay que olvidar las consecuencias económicas: Los ingresos disminuyen, pero la renta, las deudas, los costos de nivel de vida, etcétera, deben de pagarse lo cual hace más complicado el proceso porque muchas veces la persona desaparecida es la principal fuente de ingresos del hogar. También hay desintegración de la familia y la desintegración de la sociedad, pues es frecuente que la madre no renuncie a la incansable búsqueda de su desaparecido.

Nadine Jurrat: Un periodista en Argentina me dijo una vez que las mujeres son quienes han sacado adelante a su país porque ellas han buscado incansablemente a los desaparecidos.

Ustedes han tocado el tema de la impunidad y del Estado como cómplice y el involucramiento del crimen organizado. Esto, especialmente en el caso de Ayotzinapa, se aprecia claramente. Sin embargo, en este caso es interesante la extraordinaria y duradera atención internacional que tuvo. In-

cluso en Alemania varios medios reportaron el caso frecuentemente y de manera diversa. ¿Qué hay de especial en Ayotzinapa? ¿Por qué hubo también en la sociedad civil en México de repente una gran indignación? ¿Estas protestas han cambiado en algo la situación?

Vidulfo Rosales: Nosotros mismos tampoco podemos comprender por qué precisamente el caso de Ayotzinapa ha desatado una gran atención internacional, pero yo creo que es esperanzador. Hemos insistido en que Ayotzinapa es el punto de quiebre en la crisis de derechos humanos que vive México, exactamente porque no es un caso aislado y ha logrado poner en el centro de la discusión diversas causas estructurales de esta crisis. Trataré de hacer hincapié en algunos puntos que expliquen por qué este caso se diferencia y es más visible que otros. Primero, se trata de un sujeto social con una historia, puesto que las Escuelas Normales Rurales son proyectos sociales de educación pública que fueron fundadas después de la Revolución Mexicana.

Las Escuelas Superiores de Maestros tradicionalmente cuestionan hechos sociales, tienden a subrayar las desigualdades sociales y a promover un pensamiento crítico independiente. Por eso los jóvenes representan también la esperanza del país, de los indígenas y de la población rural. Pero, por otra parte, Ayotzinapa representa todos los problemas y desigualdades de la sociedad mexicana. Ayotzinapa hace visible el abandono en que se encuentran la educación pública y las áreas rurales.

De igual modo, los hechos del 26 y 27 de septiembre, muestran la corrupción, la colusión y las estrechas relaciones del crimen organizado con la clase política y las instituciones gubernamentales en los distintos niveles. Esto se ve, por ejemplo, cuando el empleado del Ministerio Público rechaza realizar las investigaciones, por miedo a represalias. Y precisamente el caso de Ayotzinapa visibilizó toda esta situación.

Los 43 estudiantes desaparecidos y sus compañeros en ese 26 de septiembre estaban siendo observados por los elementos de seguridad estatal (policías y militares) cuando salieron de las instalaciones de la Escuela Superior. Y aún cuando hoy el ejército niega tener conocimiento de ello, hay grandes y claras contradicciones, además de una intervención de la inteligencia secreta.

Un punto adicional para responder a la pregunta ¿por qué este caso ha suscitado indignación a nivel nacional e internacional?, diré que se trata de un acontecimiento horrible y masivo, que sólo en una noche se cometieron un gran número de diferentes violaciones a los Derechos Humanos. Hubo ejecuciones extrajudiciales, ataques a la libertad de expresión, desapariciones forzadas. Y todo contra los estudiantes, y por eso mismo, los estudiantes de la UNAM, del Politécnico, de otras universidades del país y de todo el mundo se solidarizan y se preguntan si no les podría pasar algo similar a ellos.

Finalmente, a nosotros nos preocupan todos los desaparecidos en México. La humanidad está preocupada y en todo el mundo se piensa sobre eso. Todavía tenemos heridas abiertas del pasado y de ahí que queremos reconsiderar la justicia transicional desde otra perspectiva. Todas estas reflexiones concluyen que estos episodios oscuros del pasado no deberían repetirse. Y por ello debemos levantar nuestra voz para que estos crímenes no sucedan otra vez y

podamos alcanzar la verdad y la justicia.

Como conclusión el podio planteó las siguientes peticiones:

1. México debe de aplicar las convenciones ya firmadas en materia de Derechos Humanos, o bien, deben de examinarse si estos acuerdos se están poniendo en marcha.

2. Las organizaciones no gubernamentales y los representantes de las familias de las víctimas deben de recibir la protección necesaria para que puedan continuar con su trabajo.

4. Proyectos alemanes sobre el Estado de Derecho en México y recomendaciones de las Naciones Unidas – Enfoques concretos desde una visión externa

Christiane Schulz: Marcela Turati ha acompañado con su labor periodística las desapariciones durante años como tema general, y también específicamente en el caso Ayotzinapa. Para ella fue una sorpresa que la gente reaccionara sólo hasta el caso de los 43 estudiantes desaparecidos, debido a que la desaparición forzada ya era antes un fenómeno generalizado en México. Y no sólo eso, sino que ya antes hubo también casos de desapariciones masivas. Marcela, ¿qué recomiendas como periodista al Estado mexicano con relación a las desapariciones forzadas? ¿Apoyas las recomendaciones del GIEI para el caso de Ayotzinapa? ¿Por qué hasta este caso hubo una reacción más visible?

Marcela Turati: Fueron varios factores: Eran 43 personas, eran estudiantes de una normal rural, venían de zonas pobres y marginadas, fue un caso donde la policía y el crimen organizado actuaron en conjunto y sin ningún reparo frente a los medios de comunicación. Una mezcla de factores combinados que generaron un despertar nacional e internacional. Respecto a la desaparición forzada, una subsecretaría de la Secretaría de Gobernación, con o sin intención, mencionó que tenía una lista con 26,000 desaparecidos al inicio del sexenio de Enrique Peña Nieto. Esta información se filtró a los medios y generó mucha indignación.

Sin embargo, fue el caso de los 43 estudiantes el que sacó a la gente a la calle multitudinariamente. La presión nacional e internacional logró que el gobierno aceptara la participación del equipo argentino forense en la investigación, a lo que el gobierno se había rehusado durante años. Además se formó el Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes (GIEI) que realizó investigaciones con el fin de encontrar la verdad respecto a lo sucedido con los normalistas. El GIEI refutó la llamada "verdad histórica" ofrecida por el gobierno a través de la PGR, postulando otras hipótesis de lo ocurrido la noche del 26 de septiembre de 2014 en Iguala.

La Unidad Especializada de búsqueda de personas y la Ley de Víctimas no funcionan a pesar de lo que arguye la diplomacia mexicana. Cabe decir que la diplomacia mexicana hace un trabajo muy eficaz en ocultar la realidad y limpiar la imagen del Estado y su papel en las violaciones a los derechos humanos frente a gobiernos extranjeros e instancias internacionales.

El trabajo de los servicios periciales y forenses, dependientes de la PGR, sólo se enfoca en confirmar las hipótesis del gobierno. El caso de Ayotzinapa destapó la poca voluntad del gobierno en materia de las desapariciones forzadas y los errores estructurales en la búsqueda de las mismas. El gobierno tiene mecanismos de impunidad para que no se sepa

la verdad y no haya justicia.

Christiane Schulz: Alejandra, ¿Cuál es tu experiencia con las instituciones nacionales?, ¿Qué piensas de las recomendaciones de organizaciones internacionales o grupos como el GIEI?

Alejandra Nuño: Cinco de los siete miembros de la Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) visitaron México este año, siendo 1996 la última vez que esto ocurrió. Estos grupos concluyeron que la impunidad en México es un problema crónico y que se perpetúa por décadas. El combate a la impunidad es fundamental para que pueda avanzarse en un verdadero respeto y garantía de los derechos humanos.

Por mencionar un ejemplo, en su reciente visita al país, el Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos criticó el alto nivel de impunidad, ya que 98% de los casos denunciados permanecen impunes de acuerdo con información oficial. La impunidad es una garantía de repetición de crímenes y violaciones a los derechos humanos. La sociedad civil y las organizaciones no gubernamentales acuden a instancias internacionales debido a la impunidad reinante en el país y la falta de confianza en las instituciones judiciales nacionales. Desde 2012 México es el país con más peticiones presentadas anualmente ante la CIDH. No sólo el Comité contra la Desaparición Forzada, sino también el Comité para la Protección de los Derechos de Todos los Trabajadores Migratorios y sus Familiares identifican la impunidad como uno de los mayores obstáculos para que exista un Estado de Derecho respetuoso con los derechos humanos en México.

Casos como los 72 inmigrantes asesinados en San Fernando o el secuestro de los 40 de Oaxaca, son una muestra más de la impunidad en el país. El caso "Campo algodonero", en el que la Corte Interamericana de Derechos Humanos emitió una sentencia contra el Estado mexicano, ordenó que los autores de los crímenes y los funcionarios que obstaculizaron la investigación fueran sancionados. También se ordenó la elaboración de protocolos de investigación, la capacitación de funcionarios públicos y la creación de bases de datos, entre otros.

Por otra parte, un tema de especial actualidad en México es el de la legislación en la materia. Tanto el Comité contra la Desaparición Forzada como el Comité de los Derechos del Niño han recomendado recientemente la adopción de una legislación adecuada para erradicar este problema, además de combatir la impunidad. El Comité contra la Desaparición Forzada identifica, además, importantes obstáculos estructurales: Falta de coordinación y competencia entre las distintas instancias gubernamentales encargadas de los mecanismos de búsqueda y de procuración de justicia, la falta de estadísticas certeras y la ausencia de un registro único nacional, entre otros. Si bien es cierto que hubo una reforma hace pocos años, el fuero militar sigue siendo un grave problema desde la militarización del país, ya que los soldados que hayan cometido violaciones de derechos humanos son investigados inicialmente por instancias militares que, luego de su pesquisa inicial, podrán referir el caso a autoridades civiles.

Más allá de eso, es evidente que los militares siguen teniendo un fuerte respaldo del Estado para no ser investigados, procesados ni sancionados por cometer delitos o violaciones

de derechos humanos.

De acuerdo a cifras oficiales, sólo el 3% de los casos de desaparición forzada están siendo investigados por el fuero federal, lo cual significa que la enorme mayoría de los casos son investigados por las autoridades del fuero común que, en muchas ocasiones, están directamente involucradas en las desapariciones. Se requiere mayor protección de los sujetos procesales (familiares, testigos, peritos, jueces/zas, ministerios públicos, etc.) ya que, en muchos casos, son amenazados e incluso asesinados. Una resolución clara proveniente del caso "Campo algodonero" fue que los funcionarios que obstruyan la investigación de un caso tienen que ser retirados de ésta. Sin embargo, las recomendaciones o resoluciones no se siguen: A más de 10 años de los hechos de obstrucción de justicia, una funcionaria denunciada por diversos grupos de expertos independientes sigue trabajando para la Fiscalía, lo cual pone en entredicho la objetividad, independencia y debida diligencia que se tienen que garantizar en todos los casos.

La CIDH y la ONU han insistido en la participación de las familias en la búsqueda e investigación de las personas desaparecidas. Sin embargo, existen obstáculos para que los familiares participen. Por ejemplo, las familias no tienen acceso a los expedientes de los casos, o son amenazados, o simplemente no se inició una investigación por la desaparición y solo se levantó un acta circunstanciada o "reporte de desaparición". Por ello, las familias emprenden sus propias búsquedas con excursiones al desierto, han adquirido incluso drones o perros como apoyo para su trabajo de búsqueda. Es decir, son los familiares los que buscan e investigan, supliendo una responsabilidad elemental que le corresponde a las instituciones del Estado.

El tema de la impunidad es el que todas las instancias internacionales han identificado como apremiante y han recomendado su combate inmediato.

Christiane Schulz a Wolfgang Sauren: ¿Por qué Alemania trabaja con el tema del Estado de Derecho en México? ¿Qué puede hacer la GIZ (Cooperación Internacional Alemana) al respecto?

Wolfgang Sauren: El gobierno alemán y el gobierno mexicano acordaron un proyecto de apoyo en sistemas de investigación forense y apoyo a las víctimas. La importancia de dicho acuerdo fue subrayada cuando el Ministro de Relaciones Exteriores, Frank-Walter Steinmeier, lo anunció en junio del 2015.

La contraparte del proyecto es la PGR, Procuraduría General de la República, la cual solicitó apoyo en tres líneas de acción: pesquisas penales o investigación criminal, apoyo técnico forense, así como apoyo a las víctimas y sus familias en el procedimiento de búsqueda. Dichos temas salen un poco de espectro típico de la GIZ, que normalmente trabaja con México en proyectos relacionados con la biodiversidad, el clima o la energía. Además la GIZ a partir del 2015 trabaja también en proyectos de fortalecimiento de la sociedad civil por encargo del BMZ.

Los objetivos del proyecto consisten en (i) identificación de áreas de mejora dentro de la PGR, (ii) cambio en el procedimiento de las 72 horas de espera, para acelerar la búsqueda de personas desaparecidas, (iii) asesoría y capacitación para interrogar inculpados, (iv) capacitación para la conserva-

ción de la escena del crimen, (v) implementación del Plan Nacional para la Búsqueda de Personas Desaparecidas, (vi) mejora de las técnicas de identificación, (vii) asesoría en la coordinación de los diferentes laboratorios, así como bases de datos y su manejo, (viii) desarrollo de una participación legítima de los familiares en el proceso de búsqueda, (ix) capacitación de las fiscalías para trabajar con las familias, (x) fortalecimiento del diálogo entre la PGR y la sociedad civil, (xi) consideración especial de las víctimas con perspectiva de género, (xii) apoyo a los defensores de las víctimas.

El apoyo a las organizaciones de la sociedad civil puede realizarse a través de un fondo conjunto entre el gobierno alemán y el gobierno mexicano. Alemania aporta 2 millones de euros y México 1 millón de dólares para la realización conjunta de proyectos.

Christiane Schulz: ¿Cómo puede alcanzarse el Estado de Derecho?

Marcela Turati: El informe del GIEI, junto con el asesinato de Rubén Espinosa y Nadia Vera, logró iniciar una discusión sobre la desastrosa situación del país. Desmontar y combatir la impunidad es la base de cualquier cambio positivo. Diferentes organizaciones sociales están analizando si se podría conformar una Comisión contra la impunidad como la de Guatemala. Si expertos independientes podrían ayudar, como en el caso de Ayotzinapa, o como el esquema que han planteado las organizaciones dedicadas a defender inmigrantes de traer un equipo de expertos que revisen las actuaciones judiciales. Esto es lo que me ha tocado a mí reportear.

Las recomendaciones como la capacitación, nuevas leyes, nuevas unidades de búsqueda son pertinentes, pero no han reducido la impunidad. Otro problema del país es la corrupción, ya que el crimen organizado está infiltrado en muchas instituciones gubernamentales. Ha quedado demostrado que funcionarios y políticos están en la nómina de los carteles de la droga. A pesar de ello, el gobierno mexicano usa la diplomacia para lavar su imagen en la arena internacional, invierte más dinero en conservar su buena imagen que en mejorar la situación interna de derechos humanos, y las organizaciones mantienen su queja de que no hay voluntad política.

En los debates de esta semana surgieron varias preguntas por parte de los representantes de las organizaciones mexicanas presentes: Alemania invierte cerca de 25,000 millones de euros en México por lo que la relación comercial tiene una prioridad en el intercambio entre ambos países. ¿De qué forma el proyecto alemán de la GIZ realmente contribuirá a fortalecer el Estado de Derecho en México? Y ¿cómo se identifica a los funcionarios honestos y cómo se garantiza que el dinero no caerá en manos de corruptos?

Eso sería interesante que se respondiera.

Wolfgang Sauren: Supongo que Ayotzinapa contribuyó a que el gobierno alemán y el mexicano decidieran hacer algo en conjunto respecto a la situación de las desapariciones en México.

La capacitación forense y apoyo a las víctimas no es una simulación sino el inicio de un cambio. Es una muestra que los actores tienen que cambiar algo. El proyecto alemán capacitará probablemente a los buenos y malos funcionarios, es difícil diferenciarlos, pero se trata de abrir una puerta. La idea es ofrecer herramientas a funcionarios competentes pa-

ra que puedan mejorar su trabajo y ofrecer mejores resultados.

Alejandra Nuño: En momentos como estos pienso en Guatemala. Hace 8 años hubiera sido impensable un proceso legal contra los responsables del genocidio cometido contra el pueblo maya en los años ochenta. ¿Y qué pasó? Tuvimos una fiscal general, un presidente de la Cámara Penal de la Suprema Corte de Justicia de Guatemala, una sociedad civil organizada y centenares de víctimas dispuestas a declarar y a participar en el proceso judicial contra Efraín Ríos Montt y José Mauricio Rodríguez Sánchez. Para que algo así ocurra en México tiene que existir voluntad al más alto nivel político. En este año Enrique Peña Nieto y su gabinete han cuestionado en diversas ocasiones a los organismos internacionales así como sus recomendaciones, dando una muestra de su poco compromiso respecto a esta crisis en el país. Si no existe compromiso al más alto nivel, a pesar de que algunos funcionarios quieran cambiar las cosas, no se puede lograr algo sustancialmente importante.

Para que la situación mejore es necesario: (i) un ejercicio de rendición de cuentas adecuado y (ii) un diagnóstico situacional previo para que de ahí se adopten las medidas adecuadas correspondientes. Actualmente, las instancias internacionales tienen más credibilidad que los organismos nacionales. Los proyectos de capacitación de funcionarios y funcionarias también tienen que alcanzar al fuero estatal. La sociedad alemana debería fiscalizar los recursos gastados por su gobierno en México. Por ejemplo, fue una bala alemana la que mató a la activista Marisela Escobedo a las afueras del Palacio de Gobierno de Chihuahua mientras se encontraba en huelga de hambre para exigir justicia por el feminicidio de su hija Rubí. ¿Cuántas instituciones públicas alemanas financian instituciones mexicanas? Se debe exigir mayor transparencia. Finalmente, otros casos latinoamericanos, como el proceso contra Alberto Fujimori en Perú o la renuncia adelantada de Otto Pérez Molina a la presidencia en Guatemala, despiertan la esperanza de que la sociedad civil y las organizaciones puedan tener incidencia y contribuyan a un cambio sustancial de la situación en la que actualmente nos encontramos.

Marcela Turati: Como ejemplo: fondos del Plan Mérida que financia Estados Unidos de América (E.U.A) a México se usaron también para capacitar durante tres años a policías corruptos con claros vínculos con el narcotráfico. Eso se supo gracias a un cable del gobierno estadounidense desclasificado que mostraba una actitud cínica respecto a este caso por parte de las autoridades. Esa nota me tocó a mi redactarla. Las organizaciones aquí presentes dicen que deberían existir mecanismos para reducir y condicionar los recursos que fluyen hacia México cuando se cometan violaciones a los derechos humanos, como ocurrió en caso de Tlatlaya.

El destino del financiamiento internacional debe de transparentarse. También las organizaciones dijeron que deberían llegar estos recursos financieros a los estados para mejorar sus capacidades, porque ahí se concentran los problemas, pero vigilando el tema de la corrupción. La solidaridad internacional es necesaria. Una cobertura mediática de periodistas de otros países sobre la situación en México es necesaria.



23.10.2015 Bad Boll. Patricia Galarza, Centro Derechos Humanos Paso del Norte, Ciudad Juárez; Alejandra Nuño, CEDEHM, Chihuahua; Marcela Turati, Periodista; Vidulfo Rosales, Centro de Derechos Humanos Tlachinollan, Guerrero; Janahuy Paredes, COFFADEM, Michoacán; Jorge Verástegui, Centro Fray Juan de Larios, Coahuila; Juan José Villagómez Hernández, Casa de Migrantes Saltillo; Alberto Solís Castro, Serapaz, Ciudad de México.
Foto: Joachim E. Röttgers

5. Foro I: Experiencias con desapariciones. Oportunidades y limitaciones del apoyo psicosocial a los familiares

El foro dio la oportunidad de saber qué es el acompañamiento psicosocial, cómo se trabaja con los familiares, así como del intercambio en general del tema, creación de redes con Alemania, ver en dónde se pueden generar apoyos y saber la perspectiva que tienen los mexicanos.

Alberto Solís Castro, Servicios y Asesoría para la Paz, A.C., SERAPAZ

El foro comenzó con la intervención de Alberto Solís Castro de Serapaz quien dio una amplia explicación sobre las experiencias psicosociales y sus retos. Explicó que México no estaba preparado para afrontar el nivel de violencia por el que ahora está pasando. Continuó diciendo que los problemas a los que se estaba acostumbrado eran la violencia de Estado dirigida a ciertos movimientos sociales, por mega-proyectos cuyo fundamento eran los intereses económicos y en donde los contextos estaban focalizados en ciertas zonas del país, lo que facilitaba el entendimiento de la problemática.

Solís aclaró que las desapariciones forzadas en México no son un fenómeno nuevo, sino que desde los años setenta se originaron durante la guerra sucia. Durante los años noventa se dirigió esta práctica a grupos políticos, por ejemplo al PRD, y después a la guerra de baja intensidad que había en el estado de Chiapas. Solís explica que en aquellos años era una violencia grave, pero actualmente está fuera de control y la vulnerabilidad es general, pues le puede pasar a cualquiera, en cualquier momento, en cualquier parte del país y sin ninguna razón aparente.

Solís comenta que el tema del acompañamiento psicosocial ha sido complicado, pues en realidad no existía como tal, ya que al principio no se tenían las herramientas, no había personal capacitado y el tema lo trataban únicamente dos o tres personas en todo el país. En general no había una formación para el acompañamiento psicosocial. Mientras que el tema de seguridad lo trabajaban Brigadas Internacionales de

Paz y El Comité Cerezo.

En el 2011 hay un punto de inflexión con el movimiento llamado Movimiento por la paz con justicia y dignidad encabezado por el poeta Javier Sicilia, creado tras el asesinato de su hijo. Con las caravanas realizadas por este movimiento por todo el país, Sicilia hizo una gran aportación al ayudar a visualizar el problema de las desapariciones en todo el territorio mexicano, ya que las desapariciones se conocían a nivel local pero no a nivel nacional. Este movimiento también puso al descubierto que en la guerra del narcotráfico no sólo mueren los narcotraficantes, ahora se hablaba de miles de víctimas no visibilizadas, denominadas por el gobierno en turno de Felipe Calderón como "daños colaterales", las cuales tienen historias trágicas.

Otra aportación del Movimiento fue hacer que el presidente se sentara en una mesa de diálogo y que escuchara los testimonios. Pero el Movimiento por la paz con justicia y dignidad no daba para más en ese momento, mientras surgía la necesidad de las víctimas de dar un paso más allá de dar un testimonio sensibilizador, para convertirse en un verdadero sujeto social. Es decir, que ellos se organizaran, tomaran las decisiones y generaran estrategias para afrontar lo que les estaba sucediendo. El Movimiento por la paz con justicia y dignidad en ese sentido quedó rezagado y se dio cabida a otras organizaciones como FUNDEC y FUNDEM, el Centro Derechos Humanos Paso del Norte o Cedehm en el escenario.

El Movimiento por la paz se resistía a dar ese paso de organización, pues dentro de él sólo un pequeño grupo definía el rumbo de todos. Pero, en un momento, se decidió dar espacio para que las propias víctimas generaran su dinámica de organización. Fue entonces que Serapaz comenzó a trabajar la organización de un actor diferente a lo que estaban acostumbrados, como movimiento de campesinos, sindicatos, movimientos sociales, quienes ya tienen una línea ideológica y una formación que los fortalece.

Es muy complejo trabajar con un actor en donde lo único que une a sus miembros es la tragedia y cuando no se tiene preparación psicosocial para ello. Además había conflictos internos, no había una aceptación y reconocimiento de las mismas víctimas como defensor o defensora social o de derechos humanos, pues lo único que querían era encontrar a su familiar. Poco a poco se logró, después de un proceso largo y difícil, que en Serapaz se especializara en el tema un pequeño grupo y comenzara a convocar encuentros nacionales de desaparición forzada, evitando hablar en ese momento de articulación, ya que había muchas organizaciones y no se quería caer en disputas por el liderazgo y la toma de decisiones.

La clave de estos encuentros fue dar un espacio para intercambiar información y fortalecer capacidades. Fue en ese momento en el que se integraron personas especializadas en el acompañamiento psicosocial como Clemencia Correa, Carlos Martín Beristain y Roberto Garretón. Fue un proceso importante ya que se generó una sinergia entre organizaciones.

Para Alberto Solís, la mayor complejidad para la organización de este sujeto social reside en las propias víctimas. Esto debido a que hay un nivel de tensión y carga emocional derivado de las experiencias personales, el cual hacía que en los espacios de interlocución frente al Estado se dieran

testimonios muy puntuales e individuales, dejando de lado el interés común y la identificación de pertenencia a un grupo. El reto era conseguir un proceso de organización en el que el liderazgo no se disputara, que no hubiera conflictos internos entre los actores que comenzaban a organizarse y de ese modo se fortaleciera el trabajo colectivo. Ahora las víctimas ya tienen una voz, otro tipo de relación frente al Estado pero no es suficiente, ya que lo que buscan es encontrar a su familiar desaparecido y, en eso, aún no se logran resultados.

Otro aprendizaje para Alberto Solís, fue que el facilitador y apoyo para el acompañamiento psicosocial no deben recaer en una sola persona ni deben tener procesos prolongados, pues la relación puede desgastarse y existe el riesgo de que se generen conflictos internos con él.

Retos para el acompañamiento psicosocial

Capacitación a organizaciones. El tema de acompañamiento psicosocial es aún un tema poco conocido en México. Se piensa que es un término individual, en donde hay que ir víctima por víctima para tranquilizarles, en lugar de verlo como un proceso dinámico que tiene una categoría transversal. Aún es complejo para algunos definir hasta dónde se debe acompañar a las víctimas.

Manejo de la verdad con las víctimas. La información de las investigaciones primero pasan por las organizaciones de acompañamiento y después ellas tienen que transmitirla a las víctimas. Las organizaciones tienen el reto de encontrar la forma de decirles la verdad y de ayudar a las víctimas a entender y enfrentar la información. Incluso se acompaña el proceso de superación de la negación.

Trato horizontal y trato de igualdad con las víctimas. Es necesario no conducir o dirigir las reflexiones de las víctimas, para poder entablar relaciones entre iguales.

Promoción del empoderamiento de sujetos colectivos y no de liderazgos personales.

Para Alberto Solís lo que se puede hacer desde Alemania es impulsar espacios de reflexión psicosocial, ya que ayudan a legitimar el tema, e incluir el tema psicosocial en las organizaciones internacionales.

Discusión

Dentro de la primera presentación se generaron dos preguntas, ¿Cuándo se reconoce la víctima como defensora y cuál es la definición del acompañamiento psicosocial?

Janahuy Paredes Lachino: Un familiar se reconoce como defensor o defensora cuando el familiar es consciente y tiene claro lo que está pasando. Es importante saber que el impacto psicosocial no es únicamente en lo individual, ni en lo familiar, sino que afecta a la sociedad en su conjunto. En el momento en que el familiar se da cuenta que el Estado genera las condiciones de impunidad para que se violen los derechos humanos y éste no está cumpliendo con su responsabilidad y obligación, es cuando se genera esta conciencia y se asume un papel de defensor. A los familiares les queda claro que están asumiendo tareas que le corresponden al Estado. Por eso debe haber un trabajo de politización de la víctima para que los familiares se den cuenta que son capaces de transformar la realidad.

En cuanto a la definición de acompañamiento psicosocial, tiene que ver con un enfoque general de lo que está pasando, en relación al contexto político en la región. El acompañamiento brinda las herramientas a las víctimas para que puedan afrontar la desaparición del familiar. Acompañar a la persona para que pueda empezar a generar mecanismos de defensa. Romper la barrera del miedo y acompañarlo a las estancias jurídicas; hacer que esté preparado individualmente pero acompañado de forma colectiva. Darle las herramientas para confrontarse con las autoridades y acompañarlo en toda la búsqueda sin imponer aquello que tiene que hacer, sino promover que la acción surja de él mismo.

Patricia Galarza: el acompañamiento psicosocial es acompañar a la persona que vive un continuo dolor y que genera una psicosomatización. Es ir junto a la persona y no delante de ella, es ayudarle dándole herramientas a la persona para que se empodere y sea la voz de su propio caso.

Patricia Galarza, Centro Derechos Humanos Paso del Norte, Ciudad Juárez

El Centro de Derechos Humanos Paso del Norte se centra en el acompañamiento psicosocial que se requiere para reintegrar e incluir a los familiares en la sociedad. Una de las metas principales de su trabajo es el encuentro entre los familiares a nivel nacional, y actuar dentro de un colectivo en el contexto sociopolítico.

“Si quieres llegar rápido, camina solo, si quieres llegar lejos, camina en grupo” es un dicho que recita Patricia Galarza en su ponencia y encuadra perfectamente a la idea del acompañamiento psicosocial.

Integración de los familiares

El desarrollo de la conciencia y acción de los familiares acerca del significado de la desaparición de sus hijos tiene varios obstáculos: la impunidad, la corrupción y la violación de los Derechos Humanos por parte del gobierno mexicano. En el Centro de Derechos Humanos Paso del Norte se atienden a 250 familias y en total 300 parientes de desaparecidos. Patricia refuerza la idea de que la desaparición forzada no solamente lastima a una persona, sino a toda la familia. Socialmente hablando, los familiares están separados y desintegrados de la sociedad que les rodea. El acompañamiento psicosocial ayuda a la familia a tomar conciencia de su situación y de sus posibilidades de acción.

En los encuentros del acompañamiento psicosocial siempre son los parientes quienes determinan el tiempo de trabajo. Nunca puede funcionar de manera lineal y constante sino dependiendo del estado de ánimo de los parientes. El trabajo está determinado también por fechas simbólicas de cada caso, por ejemplo: la fecha de la desaparición, el cumpleaños y los aniversarios del desaparecido. El dolor que los parientes sienten, es un dolor continuo que en ciertos momentos se agudiza. La ausencia de la persona desaparecida se hace más presente en esas ocasiones especiales.

Por eso es importante el acompañamiento psicosocial: para que este dolor sirva como empoderamiento a los familiares, para darles voz a parientes que no están acostumbrados a comunicarse con las autoridades y para dirigir el sentido de su dolor hacia acciones concretas. El acompañamiento psicosocial empodera sobretodo a las madres de desapareci-

dos, ayudándolas a alzar su propia voz. Son ellas mismas quienes hablan. Las organizaciones sólo acompañan y ayudan a las mujeres, cuando sea necesario.

En el contexto del acompañamiento psicosocial siempre se encuentran, por un lado, esperanza, solidaridad y unión. Por el otro lado también está el dolor, la desesperanza, la impotencia y la rabia. En el acompañamiento psicosocial se desarrollan herramientas para que el afectado se libere del estigma y se prepare para la expresión pública. Por ejemplo, se les enseña a los familiares a enfrentarse a las autoridades.

Impactos personales e impactos sociales

El Centro de Derechos Humanos Paso del Norte trabaja especialmente con las madres de los desaparecidos. Por ejemplo, hay un grupo de madres de hombres desaparecidos donde muchas de ellas tienen que luchar también contra enfermedades físicas, causadas por el dolor y la búsqueda continua de sus seres queridos.

Los trabajadores sociales siempre preguntan qué necesita la persona, porque todas son muy diferentes y provienen de contextos diferentes. Incluso existen parientes que trabajaron para la policía federal y la corrupción e impunidad les es familiar desde esta perspectiva.

Las madres se reúnen para encontrar apoyo entre sí y para impedir más desapariciones. Aprenden que aunque puedan ir o estar solas en su dolor y terror, también pueden caminar y trabajar en grupo para fortalecerse ellas mismas. Aunque no puedan hallar a sus desaparecidos, encuentran una motivación en la lucha por la verdad y la justicia para sus hijos. Si no localizan a sus propios familiares, por lo menos quieren que no sigan desapareciendo a otros.

Un punto muy importante para el trabajo con los familiares es dejar en claro hasta dónde quieren llegar. Es decir, ellas mismas definen la duración y el alcance de su proceso de búsqueda y acompañamiento. Se acompaña siempre desde el respeto a la otra persona.

Impactos psicosociales en toda la familia

Entre las familias de desaparecidos existen diferentes estrategias de protección que distorsionan la información sobre lo que pasó. Algunos hijos no se atrevían a preguntar por su papá aunque supieran que le había pasado algo.

En un caso que nos plantea Galarza, la madre solo a partir de entrar en la organización entendió que tenía que decirles la verdad a sus hijos. Porque ellos muchas veces son los primeros en entender qué pasó. En algunos casos las abuelas han mentido a los nietos inventando historias, como que los padres están en EUA, para no provocar sufrimiento. Pero tarde o temprano empiezan a entender lo que realmente le pasó al familiar.

En el trabajo con los hijos de los desaparecidos se utilizan diferentes juegos. En la mayoría de los casos ellos desarrollan una percepción muy adulta y entienden que la familia no se va a volver a reconstruir.

La ayuda más grande para los familiares de desaparecidos es la que refuerza su fe y esperanza, las cuales necesitan para seguir. Cada uno de los familiares va formando su propio símbolo de esperanza, como por ejemplo la cruz cristiana. Las familias siguen esperando y construyendo la esperanza de un cambio en la sociedad mexicana y luchan

por un México diferente.

Estar unidos fortalece a cada persona, por ejemplo: en uno de los casos de desaparecidos, se localizó una fosa común donde se creía que habían encontrado a uno de los hijos desaparecidos. Y aunque la madre siempre quiso encontrar a su hijo perdido para cerrar la búsqueda y poder entrar en el luto, en el momento de saber que no era su hijo se sentía aliviada. Al final la madre dijo: "¡Sí quería que lo fuera, pero qué bueno que no lo fue!". La madre continúa en el grupo de madres, donde encuentra acompañamiento, fuerza, amistad y esperanza.

Janahuy Paredes Lachino, Comité de Familiares de Personas Detenidas Desaparecidas en México, COFADDEM "Alzando Voces", Michoacán

Janahuy Paredes Lachino empieza su ponencia con una explicación del contexto mexicano en la última década, desde la lucha contra el narcotráfico que anunció el presidente Felipe Calderón a partir del año 2006, y cómo ésta, cambió la seguridad en Michoacán. Esta lucha contra el narcotráfico, fue un mecanismo nacional para combatir la delincuencia.

Para el Estado de Michoacán esta estrategia significó la militarización de Morelia desde diciembre del 2006 y tuvo implicaciones tales como que los militares revisaban a jóvenes en todas partes. En otros estados de República, como en Oaxaca, se formaron movimientos armados a consecuencia de la militarización del país.

Desaparición forzada

El primer desaparecido en Michoacán fue un periodista. Un año después, en diciembre de 2007, desapareció el padre de Janahuy, Francisco Paredes, quien se había comprometido en la lucha contra el gobierno.

Paredes se unió a la guerrilla en los años setenta cuando fue testigo de desapariciones forzadas y fue torturado como preso político. Cuando salió de prisión siguió trabajando con los campesinos, sobre todo en Escuelas Normales, en donde se educa a los hijos de los campesinos para ser maestros y donde también se les da una preparación política.

Fundación de la organización de Derechos Humanos

A finales de los años noventa se planteó la idea de formar una organización de Derechos Humanos por los desaparecidos, pero como consecuencia de esta iniciativa desaparecieron más personas.

En todas estas reuniones Francisco Paredes llevó a sus hijas, así que ellas crecieron con la conciencia política y ésto les promovió la curiosidad y el interés por saber por qué todo eso pasaba en su país. Para el padre era importante que sus hijas vieran que su lucha tenía el objetivo de impedir que les tocara a ellas lo que él mismo vivió.

El día que Francisco Paredes desapareció, estaba regresando de una actividad pública. Él sabía que lo vigilaban en el camino y que la policía le estaba siguiendo. Por teléfono le comentó a un tío que sus hijas se iban a quedar solas. A los dos días encontraron su camioneta. Los vecinos les avisaron que habían visto a federales en el área.

Janahuy Paredes menciona que en la Ley mexicana, cuando se denuncia la desaparición de una persona se esperan 72 horas antes de empezar a buscarla. En cuanto a la denuncia de la desaparición del padre de Janahuy les dijeron que no

había personal capacitado para levantar un acta de denuncia. La familia, con la ayuda del movimiento de Michoacán, buscó la atención de las autoridades en Michoacán, en el Distrito Federal y en la PGR.

Inclusive, hubo una conferencia de prensa sobre el caso, pero Janahuy Paredes sintió que los periodistas se burlaron de ella y de su familia. Dijeron que "aquí no desaparecían personas". Medio año después de la desaparición, organizaron una marcha y repartieron volantes. Se reunieron alrededor de 50 personas que también tenían familiares desaparecidos. Decidieron juntarse y de ese modo nació un movimiento para ayudar a los familiares en la superación de sus miedos e impotencia contra las mentiras, la negación y el intento de manipulación por parte de las autoridades oficiales.

Acompañamiento psicosocial de las familias

Se formó un colectivo de familias de desaparecidos que se unieron para no ir solas ni con miedo y así desarrollar una fuerza más contundente contra las autoridades para elaborar exigencias como:

- El derecho a no entrar solos a la corte y hablar con la policía acompañados.
- El derecho a devolver la dignidad a los parientes, no revictimizándolos, ni criminalizándolos.
- La vinculación entre familiares debe de extenderse a nivel nacional.

De la urgente necesidad de juntarse y organizarse crecieron encuentros nacionales. Los tres ponentes coinciden en que la lucha contra la desaparición forzada se basa en organizaciones pequeñas. Con la desaparición de los normalistas de Ayotzinapa el tema llegó a la atención mundial y puede cambiar la situación de las organizaciones pequeñas y la percepción de la sociedad.

Janahuy Paredes que la solidaridad internacional muestra que los familiares que denuncian al Estado la desaparición de personas no están locos. Que la lucha tiene sentido. La presión internacional puede cambiar la situación en México. Las organizaciones pequeñas se enfrentan a un Estado criminal en el que se educa a sus ciudadanos a acostumbrarse a la impunidad, lo que crea una impotencia personal en contra del Estado mismo.⁸

Exigencias del Foro I:

1. Apoyo para la visibilidad de la complejidad del delito de desaparición forzada y respaldo para el acompañamiento de los familiares de las víctimas y de las organizaciones que trabajan con este tema.
2. Proveer lugares de intercambio seguros, donde las experiencias internacionales puedan intercambiarse con los colegas de otros países.
3. Transparencia y control de los proyectos de cooperación entre México y Alemania, así como la evaluación del impacto que éstos tienen.
4. Rendición de cuentas.
5. Los proyectos de cooperación deben de estar planeados junto con la participación de las organizaciones de familiares de las víctimas y de las organizaciones que los acompañan.
6. El acompañamiento psicosocial debería establecerse co-

mo una tarea transversal de las organizaciones de Derechos Humanos, debido a la violencia extrema y estructural presente en México.

7. Talleres y capacitaciones en el tema para los actores del acompañamiento psicosocial.

8. Establecer una red internacional con incidencia en estructuras complejas como por ejemplo, megaproyectos, inversiones, participación de empresas económicas transnacionales, exportación de armamentos, así como industria extractiva y automotriz.

9. Cooperación de la sociedad civil dentro de Europa.

10. Construcción de instancias de investigación de la sociedad civil que tengan peso ético y moral, para recomponer la confianza en la sociedad. También pueden incluirse universidades y escuelas técnicas superiores, a través de los apoyos del DAAD (Servicio Alemán de Intercambio Académico).

11. Establecimiento de estructuras de refugio para defensores de Derechos Humanos que han sido amenazados, como por ejemplo: Shelter Cities of Justice and Peace en los Países Bajos.

6. Foro II: Migrantes como víctimas de desaparición forzada. Enfoques para la cooperación transfronteriza

En este foro se tematizó la situación actual que los inmigrantes viven en su tránsito por México. Se expuso la situación de vulnerabilidad que tienen para ser desaparecidos, la falta de voluntad política y capacitación forense para esclarecer sus casos y las dificultades que los familiares de los inmigrantes centroamericanos tienen para acceder a la justicia en México.

Juan José Villagómez Hernández, Frontera con Justicia A.C., Casa del Migrante Saltillo

Juan José Villagómez Hernández aclaró que el tema de inmigrantes desaparecidos es un tema muy complejo. México es el país más representativo de migración en el mundo porque alrededor de 11 o 12 millones inmigrantes mexicanos viven en los Estados Unidos (E.U.A.). Eso corresponde al 4% de la población total del país.

Desde la puesta en marcha del Programa Bracero se aumentó la migración interna en México, principalmente gente del sur que trabaja en el norte durante la temporada de cosecha. Cuando este periodo finaliza, la mayoría de las personas regresan a sus lugares de origen. En estos trayectos migratorios, muchos mexicanos y centroamericanos sufren abusos por parte de las autoridades mexicanas.

La fisonomía de los inmigrantes centroamericanos es muy similar a la de los mexicanos, probablemente debido a que comparten orígenes antropológicos, como la cultura maya. El clima en el sur de México es igualmente similar al de las regiones de origen de los inmigrantes centroamericanos. Sin embargo, en el norte del país se encuentran en otras zonas climáticas, transitando por regiones con mucho frío. Durante el viaje es posible que los inmigrantes pasen días esperando hasta que el tren llega, ya que los trenes solamente circulan cuando están contratados por empresas. En el Distrito Federal las líneas de los trenes se dividen hacia la frontera por Tijuana o por Monterrey. En la ruta por el Golfo, que es una ruta más corta, los inmigrantes pueden elegir tres caminos

con cruces de frontera diferente. Muchos viajan en el tren conocido como "la Bestia" y cruzan por varios estados de la república mexicana.

Casa del Migrante Saltillo

La Casa del Migrante en Saltillo se ocupa de la situación de los inmigrantes centroamericanos. Éstos salen de sus países para mejorar su vida, haciendo que México se convierta en un país de destino y no solo de tránsito. La Casa del Migrante atiende sobre todo a hombres jóvenes hondureños. Sin embargo, en los últimos años también ofrece atención a familias completas. Cuando los migrantes son deportados, tienen que volver a cruzar todo el país para poder llegar a su destino final.

La Casa del Migrante se fundó hace 12 años cuando tres hermanas religiosas defendieron a un inmigrante asesinado. En Saltillo nadie sabía que había inmigrantes, pero en el momento del homicidio de dos de ellos, ese hecho se hizo visible y la necesidad de atender esta problemática fue clara. La Casa del Migrante hace un trabajo de defensa de derechos humanos de personas inmigrantes el cual incluye el trabajo humanitario y atiende hasta 400 personas diarias.

Hace cuatro años se empezó a profesionalizar el trabajo debido a la necesidad de apoyo jurídico, ya que había robos y extorsiones por parte de los policías. Ahora, la Casa del Migrante tiene un equipo de psicólogos y cuenta con el apoyo de personas de la comunidad de Saltillo, en consecuencia, se empieza a ver un cambio en la sociedad. La gente de ahí ha cambiado, pues casi todos los días vienen a preparar y compartir la comida con las personas inmigrantes. Villagómez considera que este hecho es una de las experiencias más agradables entre los inmigrantes y la comunidad de Saltillo, ya que en muchas ocasiones el Estado mexicano así como la población del mismo país no tratan dignamente a éstas personas.

Riesgos de los inmigrantes en su camino a través de México

En México existe el narcotráfico desde hace varias décadas, sin embargo, en los últimos años la violencia se ha incrementado y extendido en muchas partes del país. Los inmigrantes han sido obligados a transitar por zonas peligrosas, que son transitadas por el narcotráfico. Muchos de los inmigrantes son secuestrados y extorsionados en su viaje. Una técnica que el crimen organizado utiliza, es secuestrar a los inmigrantes y obligarlos a pedir dinero a sus familiares vía telefónica para poder ser liberados.

Los inmigrantes pueden llegar a EUA con o sin coyote. Los precios para cruzar la frontera han aumentado, y de acuerdo con la información de los inmigrantes se les cobra entre 7,500 a 8000 dólares. El trabajo de los coyotes es un delito que representa también un negocio bastante lucrativo. Algunos coyotes cobran el servicio de transporte y luego dejan a los inmigrantes en lugares aleatorios, sin llevarlos al lugar final prometido. Algunos entregan a los inmigrantes al crimen organizado. Es difícil identificar qué personas pertenecen al crimen organizado y quiénes son inmigrantes. Tampoco el equipo de la Casa del Migrante tiene puntos de referencia para distinguir a las personas, por eso, para mantener la seguridad en la Casa se tiene constante vigilancia.

El gobierno de Felipe Calderón consideró que eran muy pocas las personas inmigrantes desaparecidas y es por eso que no se tomaron cartas en el asunto. Con la masacre de los 72 inmigrantes en San Fernando Tamaulipas en 2010, se hizo visible que el crimen organizado es parte de la problemática de los inmigrantes desaparecidos. A partir de esta masacre se encontraron en México muchas fosas clandestinas. Nadie sabe cuántas fosas hay o cuántos inmigrantes pasan por México, ni cuántos son los desaparecidos. Desde hace años las madres de los inmigrantes vienen desde Centroamérica en autobuses a buscar a sus hijos desaparecidos. Preguntan a la gente y a las autoridades si saben algo a través de una foto que cuelgan en su cuello. Hubo un caso en que un joven de la Procuraduría General de la República empezó a enseñarles fotos de muertos desconocidos a los familiares, sin contar con la preparación o atención psicológica. El empleado no sabía cómo manejar la información que les estaba dando a los familiares.

La política de México frente a esta problemática

No existe una estimación objetiva sobre los inmigrantes que pasan por México. Los datos que se tienen están basados en registros de detenciones. Hace unos años Saltillo recibía 600 personas inmigrantes al mes. A partir del Plan Frontera Sur de México,⁹ anunciado el 7 de julio del 2014, la cantidad de migrantes en su tránsito por México disminuyó, por el gran número de indocumentados que fueron deportados a sus países de origen. El Programa Frontera Sur (PFS) se constituyó para fortalecer y asegurar la frontera sur de México. Sin embargo, el Plan también sirve de excusa para militarizar y controlar la región. En el sur del país hay industria extractiva y minerías que causan descontento en la población que vive en esas zonas. Por esta razón el PFS sirve también para contener posibles conflictos sociales. Por otro lado, el dinero para el PFS salió del plan Mérida, financiado por el gobierno de E.U.A. No obstante, el Estado mexicano niega que este financiamiento venga del exterior.

Las economías de Guatemala y México están muy relacionadas y en el sur de México la frontera es porosa. Por ejemplo, todavía los inmigrantes pueden rodear las garitas o cruzar el río Suchiate en balsa. Se sabe que han cruzado entre 7000 y 8000 personas al año, solo contando a los que pasan por la Casa del Migrante Saltillo.

Juan José comenta que el tejido social en Centroamérica está descompuesto y por otro lado, la política de asilo en México es insensible a la problemática de los inmigrantes centroamericanos, quienes en realidad tendrían en muchos casos condición de refugiados. Puede ser que a un niño deportado le espere la muerte al ser regresado a su país de origen. Por su parte, la práctica de pedir asilo en México en ocasiones se realiza a través de una llamada telefónica con 10 o 15 preguntas. Un oficial en el otro lado del teléfono decide si alguien puede obtener refugio o no.

Todavía existen prácticas en las que los oficiales del Instituto Nacional de Migración (INM) separan familias en vez de ofrecer protección y la opción de pedir refugio en el país. En opinión de Juan José, los niños siempre viajan con alguien. Sin embargo, en algunas ocasiones son separados de sus padres o tutores en la frontera. Si los menores son capturados por fuerzas estatales en Estados Unidos, tienen condiciones legales diferentes a la de los adultos. Los niños son

registrados y llevados a otros lugares.

Representantes del gobierno mexicano usan argumentos ilógicos como: "Por la seguridad de los inmigrantes vamos a aumentar la velocidad del tren para que ya no se suban." Como alternativa al tren, los inmigrantes se meten a la selva o se transportan por lanchas para entrar a México por el Pacífico hasta llegar a E.U.A. Tienen que meterse cada vez a lugares más peligrosos y su problemática sigue siendo invisible y se les obliga a pasar por los mismo lugares que el crimen organizado, haciéndolos más vulnerables.

Sobre las estaciones migratorias Juan José comentó que en el discurso del gobierno se le llama "rescatar" en vez de "encarcelarlos". Están hablando de las estaciones migratorias como si fueran hoteles lujosos. Muchas de estas estaciones no tienen ventanas suficientes. En su interior no hay manera de que haya algún mecanismo de control. Para Juan José, las estaciones migratorias son cárceles que están llenas hasta su máxima capacidad, lo que hace que surjan problemas, por ejemplo plagas de chinches. Estos conflictos no son resueltos por las autoridades. Cada estación tiene un encargado, pero éstos no tienen ningún reglamento a seguir y trabajan de manera descoordinada.

Teóricamente los inmigrantes permanecen no más de 15 días en las estaciones migratorias. El personal de la Casa del Migrante va cada semana a visitar la estación. Sin embargo, hay ocasiones en que el acceso es denegado, incluso para el personal de la Comisión Nacional de Derechos Humanos (CNDH).

Marcela Turati, Periodista

Marcela Turati comenzó su ponencia enseñando una cartilla para inmigrantes que parece un cómic con consejos para el viaje de los inmigrantes, publicada por ProDH.¹⁰ La cartilla muestra que hay secuestradores, quienes muchas veces cometen violaciones, maquinistas del tren que bajan la velocidad para que se suban los asaltantes, entre otros riesgos a los que los inmigrantes están expuestos. También muestra que hay inmigrantes que se mueren en el desierto por sed o insolación, por las prácticas de la policía fronteriza de E.U.A, las posibles rutas de los trenes por México, y la existencia de policías que trabajan en conjunto con criminales. En resumen, es una guía impresionante que hace hincapié en las violaciones de derechos humanos que suceden en el trayecto de los inmigrantes en México.

Turati comenzó a reportar sobre el tema de inmigrantes desaparecidos cuando ocurrió el caso de la masacre de los 72 inmigrantes en San Fernando, Tamaulipas en 2010.¹¹ A partir de este momento, Turati notó que hay muchos casos de inmigrantes desaparecidos de los cuales no se hablaba y en consecuencia se hicieron visibles miles de familias afectadas. El día en que abrieron una de las tres fosas encontradas en San Fernando, llegaron cientos de familias para ver si podían identificar a sus desaparecidos. Un hecho que visibilizó la magnitud del problema de las desapariciones y de los migrantes en México.

Anterior a la masacre de San Fernando ya existían datos oficiales de desapariciones que la CNDH había comunicado. Se informó de la desaparición de 9000 personas en seis meses, que equivaldrían a 20 mil por año. Nadie hizo caso de estas cifras hasta la masacre ocurrida en San Fernando, Tamaulipas. Los periodistas hicieron varias búsquedas y en el

2011 encontraron varias fosas con 200 cadáveres en San Fernando. Entre ellos se encontraron desaparecidos mexicanos que no estaban en E.U.A. Los buscaron con un equipo forense de Argentina y se juntaron con los forenses que trabajan este tema desde Centroamérica, quienes fueron a diferentes regiones donde habían familiares y organizaciones. Hicieron muestras de ADN de 200 familiares y después los compararon con el ADN de los cadáveres. Seis meses después los cadáveres fueron trasladados a la Ciudad de México y enterrados en una fosa común. Este fue un hecho en contra de la lucha de familias centroamericanas que querían identificar los cuerpos. La posibilidad de que los familiares investiguen el paradero de sus desaparecidos es muy difícil, pues no se tienen bases de datos genéticos de los familiares ni de los cadáveres encontrados. Aunado a esto, existe diferentes registros de los asesinados.

Marcela Turati dijo que el gobierno guarda la ropa de los cadáveres, ya que no hay una base de datos en donde esta evidencia pueda ser registrada. Muchas veces los cadáveres son descritos y registrados de otra forma. Por ejemplo, en muchas ocasiones los tatuajes no son descritos de manera precisa. Incluso los cadáveres son trasladados a otros lados, lo que dificulta que los familiares encuentren a sus desaparecidos. Hay ocasiones en que periodistas que como parte de su investigación buscaron y encontraron casos y cuerpos de desaparecidos, mostrando que no hay voluntad política por parte de los funcionarios para esclarecer los casos de los desaparecidos. A veces la información que comparten varían en cifras y descripción de lo ocurrido, dependiendo del medio de comunicación en el que son declarados. En otras ocasiones la PGR ha depositado cadáveres de personas identificadas en fosas comunes.

Hay muchos testigos a quienes hay que contactar para investigar los casos de desapariciones de inmigrantes, ya que en algunos casos existen sobrevivientes de los secuestros. Por ejemplo, hubo un caso en que bajaron gente de autobuses que iban hacia Texas. Los Zetas pararon el autobús y bajaron a todos los hombres. Las mujeres que siguieron hacia E.U.A. son testigos de este hecho y hay que buscarlas para conseguir información. También había campamentos de gente encerrada en la región norte del país y otros sucesos extraños que son peligrosas de investigar. Es incomprensible cómo los políticos han permitido tal desconocimiento de la problemática.

Turati relata que fue a Honduras cuando comenzó el PFS. Diariamente salían camiones de México y deportaban inmigrantes a Honduras, alguno de ellos enfermos por haber comido alimentos en malas condiciones en las estaciones migratorias. Turati fue testigo de la deportación de un niño a Honduras. La madre de este joven dijo que los maras habían amenazado a su hijo de muerte. Así que el regreso del niño a Honduras era algo que la familia no quería porque su vida peligraba.

La CNDH sólo se enfoca en casos muy puntuales, pero no hace recomendaciones generales sobre ese fenómeno y tampoco actualiza los informes o recomendaciones que ha emitido, con nuevos datos. Eso ha visto Turati como reportera. Tanto Marcela Turati como Juan José Villagómez no consideran a la CNDH como una organización que protege a los derechos humanos. La capacidad de la CNDH depende mu-

cho del presidente en turno. Se supone que es una Comisión independiente, sin embargo, los directores son políticos que quieren sacar su carrera adelante y por eso lanzan solamente recomendaciones que les convienen.

Un ejemplo de la inacción de la CNDH es el caso de los 72 migrantes asesinados. La CNDH negó la existencia de fotografías y de cajas con la ropa de los muertos. Además no se entrevistó a los marinos, quienes fueron los primeros en encontrar los cadáveres. Entre éstos había 14 mujeres, de las cuales no fueron investigados a fondo. Nunca avisaron a los familiares cuando habían identificado a un muerto. En consecuencia, los familiares metieron un amparo en contra de la CNDH, la cual mandó gente a los países de origen de los inmigrantes para convencer a los familiares de no seguir con los casos. Esto muestra la incompetencia y el cinismo del Estado mexicano, pues ha habido casos de desapariciones, donde se enviaron huesos de pollo a los familiares, simulando ser restos de los desaparecidos.

La situación de las familias de los inmigrantes desaparecidos es más vulnerable porque no se tiene acceso a la justicia tan fácilmente. Marcela Turati relata el caso de una madre hondureña, quien hizo una denuncia a la cancillería de Honduras para después ser enviada a México. Sin embargo, esta queja no pudo llegar a la Procuraduría mexicana. Esto muestra las limitaciones que las denuncias tienen. Si una persona que denuncia no será atendida en la Procuraduría, entonces hay que insistir en medios accesibles que sí sean efectivos. Por ejemplo, en las embajadas se deberían poder registrar casos de otros países.

Otra problemática es la obstaculización por parte del gobierno mexicano para que los familiares y los antropólogos forenses vean la mayoría de los cementerios y fosas. En un caso reportaron las madres de inmigrantes desaparecidos, que tardaron más de 2 años para lograr recuperar y llevarse los muertos a su país de origen.

Para la identificación de los cuerpos y el proceso de investigación forense es necesario un equipo de expertos de antropólogos forenses. Las autopsias frecuentemente están mal hechas, no hay un registro ni bitácoras sobre la inspección de los cadáveres. A veces se cambian papeles o se estiman mal las edades de los cuerpos. La PGR ha mencionado a familias con desaparecidos que en algunos Estados de la República seguramente no se van a encontrar a sus familiares porque disolvieron los cuerpos en ácido. Eso es difícil de verificar, pero es notorio que muchas veces con ese argumento no los buscan y mantienen los casos en la impunidad. En todos los casos se nota la necesidad de profesionalizar la búsqueda. La PGR está avanzando en capacitaciones; sin embargo cada Estado de la República tiene su propia Procuraduría y la firma y aplicación de protocolos depende mucho de cada gobernador estatal. Esto dificulta el trabajo conjunto entre los estados mexicanos.

Exigencias del Foro II:

1. Que el gobierno garantice la aplicación del: "Mecanismo transnacional para acceso a la justicia"¹², para garantizar el acceso al sistema jurídico de familiares desde el extranjero.
2. Que se haga un banco de datos genéticos, mejorando el acceso a identificación de cuerpos de fosas clandestinas de México.

3. Formación de un equipo forense, con antropólogos forenses independientes para búsquedas especializadas de inmigrantes desaparecidos.
4. Dar seguimiento desde Alemania para que estas recomendaciones sean concretizadas.
5. Incluir el tema de los DDHH en los diálogos con el gobierno alemán.

7. Foro III: La lucha contra el crimen de las desapariciones forzadas desde la perspectiva nacional e internacional. Enfoque desde las organizaciones y Centros de Derechos Humanos

El siguiente foro describió el trabajo que realizan los Centros de Derechos Humanos a los que pertenecen los ponentes mexicanos, así como las aportaciones de la instancia internacional de la ONU sobre desapariciones forzadas.

Jorge Verástegui González, Centro Diocesano para los Derechos Humanos Fray Juan de Larios, Coahuila

De acuerdo con Jorge Verástegui, el Centro Diocesano para los Derechos Humanos Fray Juan de Larios¹³ en Coahuila, fue fundado en 2001 con el apoyo del obispo Raúl Vera López. Al comienzo, su trabajo se orientaba principalmente al aspecto cristiano, incluyendo trabajo con inmigrantes aunque también temas como la homosexualidad y la prostitución, por lo que fue criticado por el Vaticano. Desde 2009, el centro comenzó a documentar casos de desaparición forzada en el estado de Coahuila. Familiares de desaparecidos organizaron en 2009 FUUNDEC (Fuerzas Unidas por Nuestros Desaparecidos en Coahuila). Inicialmente organizaron pequeñas manifestaciones con cerca de 20 personas, pero debido al creciente número de desaparecidos también incrementó el número de manifestantes. Actualmente, el centro ha registrado 524 casos de desapariciones y representa 64 casos para un total de 120 desaparecidos.

Debido a que el centro es pequeño, con 4 empleados, Jorge, abogado de profesión, no sólo tiene que ocuparse de los asuntos jurídicos sino también del acompañamiento de las familias, contacto con las autoridades, relaciones públicas y viajes a conferencias. El trabajo con el Ministerio Público y la PGR es muy difícil ya que presentan, como también lo hacen los medios de comunicación, los casos de desaparecidos como ajustes de cuentas entre distintos grupos criminales y, peor aún, modifican las declaraciones de testigos y manipulan evidencias.

Alejandra Nuño, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres CEDEHM, Chihuahua

El CEDEHM, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, comenzó su trabajo en 2006, para proteger a mujeres y niñas de las distintas formas de violencias de género (sexual, feminicidio, trata, violencia doméstica, etc.). El Centro tiene tres áreas de trabajo:

1. Violencias de género.
2. Riesgo de los defensores de los derechos humanos.
3. Desaparición forzada.

Los temas incluyen 5 áreas de trabajo:

1. Acompañamiento jurídico, social y humanitario
2. Cabildeo local e internacional
3. Educación psicojurídica y apoyo para la organización de las víctimas, con el fin de que se empoderen y exijan sus derechos
4. Comunicación social
5. Acompañamiento psicosocial

Alejandra Nuño informa que en la actualidad el Centro acompaña 112 casos de personas desaparecidas incluyendo 320 familiares. El Centro apoya incluso a una organización de mexicanos que han pedido asilo político en los Estados Unidos por la situación de violencia y que ahora se han unido en una causa conocida como Mexicanos y Mexicanas en el Exilio (MexenEx). Distintos testimonios pueden ser encontrados en internet.¹⁴ En el acompañamiento psicosocial los familiares expresan su estado emocional a través de pinturas y dibujos sobre las desapariciones.¹⁵

Rainer Huhle, Centro de Derechos Humanos de Nuremberg (NMRZ) y miembro del Comité de la Convención contra la Desaparición Forzada de Naciones Unidas.

El Centro de Derechos Humanos de Núremberg¹⁶ (NMRZ, por sus siglas en alemán) fue fundado hace más de 25 años como centro de información sobre los derechos humanos. Actualmente el trabajo del Centro se centra en la lucha contra la impunidad, en la línea histórica de los Juicios de Núremberg (1945-46) contra los crímenes de guerra y lesa humanidad cometidos por el nazismo.

El Centro se ocupa por los derechos humanos a nivel mundial, por lo tanto no está especializado en México. Además otorga un premio internacional de los derechos humanos, siendo el segundo concedido al obispo Samuel Ruiz García. Asimismo, el NMRZ realiza tareas de diversa índole, por ejemplo, recientemente abogó por un periodista de Bangladesh.

Después de las tres presentaciones se reunieron preguntas relacionadas con el trabajo de los centros de Derechos Humanos. Las preguntas fueron ordenadas en cinco temas principales:

1. Instrumentos y estrategias

Las organizaciones de derechos humanos son a menudo pequeñas. Jorge Verástegui dio el ejemplo del Centro Fray Juan de Larios con sólo 4 personas trabajando a tiempo completo, de forma que él, como abogado, tiene que asumir diversos roles. Esto deja poco tiempo para las relaciones públicas, que es un trabajo importante, por lo que la información se envía a la capital (v.gr. Centro Prodh) y es difundida desde allí, incluyendo acciones urgentes. No se utilizan nuevos medios de comunicación, ya que parece que no llegan a muchas personas. Las noticias provenientes del extranjero tienen más peso en la opinión pública que las nacionales, de manera que algunas noticias, para que el impacto sea mayor, tienen que ser difundidas primero en el extranjero para después regresar a México. Por ejemplo, Chihuahua está "cerca" mediáticamente, se desinforma deliberadamente, se borran páginas de internet, etc. Otra dificultad de centros de derechos humanos es que cada organización cuida celosamente su fuente de información por la delicadeza de los

casos. En la televisión abierta existen muy pocas voces críticas. "Los representantes del crimen organizado observan exactamente dónde estamos y qué decimos – por lo que debemos ser muy cuidadosos al respecto".

2. Evaluación de los logros

Verástegui hace una valoración institucional y personal. Cada dos meses hay una reunión con las autoridades del Estado de Coahuila. El gobierno reconoce que existen problemas de Derechos Humanos, especialmente el de la desaparición forzada. Culpan al gobierno anterior, dirigido por el hermano del actual gobernador, de haber trabajado con el crimen organizado. Pero a pesar de que la respuesta y el discurso institucionales son positivos, el gobierno no hace lo que predica. Si por ejemplo dice que iniciará una investigación, no sucede nada.

Existen dos extremos: el gobierno en Coahuila es cooperativo, mientras que en Chihuahua se muestra hostil y niega abiertamente la existencia de la problemática de las personas desaparecidas, pero en ambos casos se han logrado pocos avances en materia de derechos humanos.

3. Los familiares

Los familiares tienen el derecho de participar en la investigación y la búsqueda, enfatiza Alejandra Nuño. Pero detrás de las investigaciones se esconden intereses poderosos, la complicidad del Estado y la criminalidad es evidente por lo que la presión acumulada es enorme. Los familiares enfrentan prejuicios típicos por parte de los funcionarios: "se debe haber escapado con el novio", "se fue al 'otro lado' (refiriéndose a Estados Unidos)" o "andaba en malos pasos".

Además de ello, los familiares tienen a menudo información precisa sobre las desapariciones pero son sistemáticamente ignorados, por ejemplo, pueden describir con precisión los vehículos involucrados y encontrarlos en un recinto policial o saben qué personas participaron en la desaparición sin que esto tenga consecuencias. De esta forma los detectives (policías) encargados de la investigación y comprados por el crimen organizado pueden transformarse en un peligro para los familiares.

Los familiares exigen todavía que las autoridades hagan su trabajo correctamente, pero es evidente la falta de voluntad, incapacidad o imposibilidad de las instituciones de actuar con debida diligencia. Por ejemplo, en un caso dejaron tres años un cuerpo en la morgue antes de entregarlo a sus familiares, a pesar de que contaban con muestras de ADN que identificaban plenamente a la persona. Todavía no existe una base de datos genéticos de los desaparecidos y la información no se comparte entre las diferentes agencias gubernamentales, lo cual hace más difícil la búsqueda de personas. Finalmente se alimentan falsas expectativas. Una ONG fomenta exhumaciones no profesionales por parte de los familiares a través de las cuales las evidencias pueden destruirse.

4. Sociedad civil

Según Nuño, las organizaciones tuvieron que cambiar sus estrategias y su forma de trabajar en varias cosas. Primero, el tema de las desapariciones forzadas era un tema nuevo para las organizaciones, no lo tenían en sus agendas. Empezaron a abrir algunos campos de acompañamiento.

Un tema importante es la seguridad, porque existe un riesgo para las organizaciones y las personas que trabajan con el tema de desaparición forzada, especialmente para las familias. De manera histórica, las organizaciones habían recibido ataques y amenazas. Todos los ataques venían de algunas instituciones del Estado, la Policía, la Marina, el Ejército, etc... Pero ahora hay un mayor espectro de posibles agresores. Además ha aumentado el nivel de violencia. Son actores que tienen una fuerza importante y que muchas veces actúan fuera de la ley o bajo el amparo de funcionarios coludidos. Por lo tanto, es necesario ubicar y analizar el riesgo y actuar.

Se habló de tres puntos importantes para manejar esta problemática:

1. Generar conciencia y atención a la problemática,
2. La articulación, es decir, que es importante compartir y articular experiencias e informaciones y reunirse con otras organizaciones,
3. El autocuidado y la autoprotección tanto de los familiares como de las personas defensoras de derechos humanos y de cada persona que está involucrada con ese tema.

Según Jorge Verástegui es necesario tener en cuenta la complejidad de la sociedad mexicana en un contexto de muchos problemas estructurales y una situación de violaciones de Derechos Humanos generalizadas, por ejemplo, hay diferencias socioeconómicas muy graves. Las diferencias provocan que las familias pobres se encuentren en una situación de vulnerabilidad por cuestiones económicas.

Por las diferencias socioeconómicas existen diferentes visiones del mundo y de la situación del país en la sociedad mexicana. Hay personas que tienen recursos financieros y piensan que la desaparición forzada es un problema de familias pobres y gente revoltosa. Además es un mecanismo de defensa de otras familias en situaciones económicas difíciles que no pueden involucrarse, porque no es por falta de sensibilidad sino porque tienen que sobrevivir. Además hay personas que no pueden manejar ese tema porque es muy doloroso y fuerte. Cada persona maneja ese tema de forma diferente.

Para las familias de personas desaparecidas es importante cualquier expresión de solidaridad, no tienes que ser el gran revolucionario. Algunas veces es necesario acercarte a la persona y decirle "estoy contigo", abrazarla y compartir esa humanidad y darle fuerza para seguir en su lucha.

Lo que se ha visto es un cambio pequeño por parte de la sociedad mexicana. Antes del 2009 en Coahuila no se hablaba de desapariciones forzadas, sino de "levantones". Un "levantón" es un término que se utilizaba para el ajuste de cuentas entre grupos de delincuencia organizada. Y el Centro Fray Juan de Larios empezó a hablar de desapariciones y no de "levantones", así la gente empezó a comprender y a cambiar el discurso.

Hay gente que se suma a la marcha y a manifestaciones en contra de las desapariciones forzadas. Es un cambio pequeño pero va transformando la sociedad. Es el trabajo de muchas familias y organizaciones que han logrado sembrar una conciencia en la sociedad, pero es una transformación de pequeños pasos.

Verastegui agregó que la sociedad mexicana sabe atender muy bien desastres naturales, pero algo falta para detonar

una solidaridad más estructural. La pregunta fue, si el caso de Ayotzinapa podría lograr reunir diferentes organizaciones de la sociedad civil.

Jorge Verástegui explicó que ese crimen también puede llevar a una polarización de la sociedad. El caso de los 43 estudiantes desaparecidos se mediatisó. El gran apoyo de los medios de comunicación y de la sociedad se redujo a este caso. Esto provocó también celos y rechazos de otros familiares, porque Ayotzinapa recibió mucha atención de la sociedad aunque las desapariciones forzadas ya existían desde hace muchos años en todo el país. Además el apoyo mediático se termina, se mantiene por un tiempo pero tiende a perder importancia y las familias se quedan solas con sus casos sin resolver. En resumen, lo que podría ayudar es la colectividad de las organizaciones.

Alejandra Nuño explicó que hay muchos que se benefician con las desapariciones forzadas. Por ejemplo, grandes empresas privadas nacionales e internacionales que utilizan esta práctica para realizar sus megaproyectos a pesar del descontento social, por ejemplo en áreas como la minería. Sin embargo, el mayor beneficiado de las desapariciones sigue siendo el Estado. Otro actor importante por estructuras internacionales es el narcotráfico y el negocio de armas. Pero, de igual manera, la desaparición forzada ha demostrado los niveles de violencia e indolencia que se tienen en el país y hoy en día es más fácil desaparecer a cualquier adversario social, político o económico para no dejar pruebas de delitos, como el homicidio o la tortura.

5. Nivel internacional

Reflejando las posibilidades de colaboración las personas representantes presentes en este foro llegan a la conclusión que hasta la fecha falta una agenda común de todas las organizaciones civiles en México.

Exigencias expuestas del Foro III:

Al gobierno alemán:

1. Alemania y la UE deberían negar que México es un Estado de derechos humanos o un Estado democrático presidencial.
2. El gobierno alemán debe de tomar el respeto a los derechos humanos como eje central en sus relaciones económicas con México.
3. Se deben establecer reglamentos vinculantes para empresas alemanas y europeas, sobre el respeto a los derechos humanos en toda la cadena de producción (Plan Nacional de Acción Económica y Derechos Humanos).
4. Debe de pararse la exportación de armas alemanas a México.
5. Deberían cambiar el enfoque de la cooperación binacional, es decir deberían dar apoyo a la sociedad civil y mejorar la educación. Ello, en virtud de que la situación en que se encuentran las instituciones mexicanas (corrupción, colusión o descoordinación) no dará resultados positivos en el contexto actual.
6. Se debe de interrumpir el "Acuerdo de Seguridad" planeado entre México y Alemania.
7. Se debería de condicionar o recortar el apoyo financiero de México si los derechos humanos no están respetados co-

mo ya lo hicieron con Uganda hace unos años.

8. Dejar en claro que las empresas alemanas que hacen su negocio en México también tienen una responsabilidad y tienen que respetar los derechos humanos. Deberían entender que en el largo y mediano plazo perderán con una política empresarial que no respeta los derechos humanos porque crean una mala imagen pública.

A la sociedad civil alemana:

1. Otorgar apoyo a través de "Amicus Curiae".
2. Crear espacios de intercambios estratégicos entre la sociedad alemana y la mexicana.
3. La sociedad alemana puede apoyar con acciones concretas como: traducción de textos, páginas web, comunicados, así como explicar y difundir información y noticias de México.

A los organismos internacionales:

1. Continuar con el cabildeo internacional, especialmente ante instancias de protección de derechos humanos como el Comité, la CIDH (en audiencias, presentación de casos y solicitud de medidas cautelares) o la Corte Interamericana con algunos casos que llegarán pronto y que tienen que ver con la problemática de desaparición de personas.

8. Foro IV: La responsabilidad de la política alemana - Efectos positivos o negativos para México

Wolfgang Sauren, Sociedad Alemana para la Cooperación Internacional (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ)

Wolfgang Sauren se dedicó a comentar tres de las preguntas y temas propuestos: 1. ¿Cómo es que funciona la cooperación alemana-mexicana?, 2. ¿Qué es la GIZ? 3. Información sobre los proyectos para promover el Estado de Derecho y/o para mejorar la gobernabilidad en México.

Se trata de tres proyectos: 1. Se creará un Fondo Común (AMEXCID), en el que Alemania (BMZ) pagará 2 millones de euros, y México un millón de dólares. Con este fondo se planea identificar proyectos prometedores, que podrían fomentar la participación de la sociedad civil. Otro proyecto, financiado por la BMZ (Ministerio Federal para la Cooperación) con 1 millón de euros, está diseñado para apoyar directamente a organizaciones de la sociedad civil.

El tercer proyecto titulado "Promoción para un Estado de Derecho en México" es un proyecto del Ministerio de Relaciones Exteriores (AA-Auswärtigen Amt). Este proyecto nació tras el intercambio entre la Embajada de Alemania y la Procuraduría General de Justicia de México (PGR). En el 2014 la PGR pidió apoyo del Estado alemán para este proyecto. El proyecto se compone de tres partes:

1. Métodos de investigación.
2. Análisis forense.
3. Trabajo conjunto con las víctimas y sus familiares.

Este proyecto estará financiando con casi un millón de euros por un plazo de un año y medio, y está prevista la participación de la sociedad civil. El objetivo del proyecto será capacitar a la Procuraduría General de Justicia y las diversas

instituciones del Estado mexicano para la aplicación de métodos de investigación que cumplan con los estándares internacionales. Con base en un análisis sobre las deficiencias en el ámbito de la investigación criminal, la Procuraduría General de Justicia y otras instituciones recibirán talleres para su capacitación. A modo de ejemplo, se dará una formación en cuanto a la identificación correcta de la escena del crimen, el levantamiento de pruebas o cómo encontrar lugares o fosas con personas desaparecidas, así como el desarrollo de las investigaciones y los interrogatorios. En el campo de la investigación forense se trata de apoyar el Plan Nacional de búsqueda de personas desaparecidas, así como de los métodos para la identificación de personas, como las pruebas de ADN. Otra parte del proyecto pone énfasis en el mejoramiento del diálogo entre la Procuraduría General de Justicia y la sociedad civil, con las organizaciones afectadas, con las víctimas y sus familiares. La policía y la Procuraduría General de Justicia deben de continuar su formación en cuanto a su comportamiento frente a las víctimas y sus familiares. Un enfoque especial deberá estar dirigido a las mujeres y a los menores de edad. Con el Proyecto de Estado de Derecho se intenta lograr abrir un espacio de diálogo con la parte mexicana y de sensibilización de la situación por la que atraviesa.

La principal crítica de los participantes de la conferencia hacia el proyecto se refirió al porqué se había elegido a la PGR como interlocutor principal para llevarlo a cabo. Se expresaron dudas acerca de si tal proyecto tendrá la capacidad de lograr una mejora de la situación actual de los derechos humanos a falta de voluntad política real para un cambio.

Heike Hänsel, Miembro del Congreso Alemán

La diputada del partido La Izquierda (en alemán "Die Linke"), Heike Hänsel presentó las posibilidades de cómo se pueden colocar en la agenda del Parlamento alemán temas sobre México, los derechos humanos, la promoción de proyectos de comercio y desarrollo en el extranjero. Mencionó como ejemplo a la Comisión para la Cooperación Económica (viajes, sesiones de preguntas y respuestas, así como pequeñas encuestas).

Hänsel considera que las fuentes más importantes de información son los defensores de los derechos humanos y activistas en México, así como los grupos que allí trabajan. Ya que existe la dificultad para acceder a información confiable, Heike Hänsel ha ido directamente a las diversas instituciones que trabajan para el gobierno alemán como la GIZ (Agencia Alemana de Cooperación Técnica), la KfW (Banco Alemán de Desarrollo) y a la DEG (Banco de Desarrollo Extrarrregional) que ofrecen apoyo económico, principalmente en forma de créditos (a precios del mercado o incluso a precios más bajos). A menudo las empresas alemanas que participan y utilizan estos créditos no se mencionan, o sólo lo hacen de forma no específica. Los contratos económicos que se realizan en estas instituciones son confidenciales y no pueden ser consultados por el público general.

Hänsel cuestionó con respecto al nuevo Proyecto de Estado de Derecho, cómo se planea involucrar a la sociedad civil, cuáles serán las organizaciones de la sociedad civil en México que participarán en las decisiones para el proyecto y quién selecciona estas organizaciones. Por otra parte, también abordó la pregunta de si este proyecto está vinculado a

la promoción de proyectos de comercio exterior; por ejemplo, del DEG. De acuerdo a su opinión tiene sentido entrelazar el Proyecto de Estado de Derecho con las propuestas de cooperación alemana para el desarrollo de México.

Heike Hänsel se refirió a las decisiones en las que se basa la cooperación alemana para el desarrollo. El BMZ concentra en los países emergentes en ciertos temas como lo son el cambio climático, la biodiversidad y la protección del medio ambiente. Mencionó como ejemplo proyectos en México, en los cuales el objetivo es aumentar la eficiencia energética. Este tipo de proyectos están influenciados principalmente por intereses económicos alemanes. Así, el BMZ busca promover las pequeñas y medianas empresas, y eventualmente crear nuevas plazas de trabajo. Un tema muy importante también es el de la tecnología de seguridad. Con el apoyo de la Embajada alemana ha habido ferias y exposiciones en México en las que diferentes empresas alemanas han presentado sus productos referidos a la seguridad. Además, están otros actores importantes, como la industria aeronáutica y aeroespacial, así como la industria automotriz y las empresas proveedoras de ésta.

Heike Hänsel señaló que el Proyecto de Estado de Derecho podría ser ampliado en el futuro para satisfacer los intereses de los proyectos apoyados por el BMZ. Hänsel ha sido confrontada en muchas de sus conversaciones en México con la impunidad existente y con la incapacidad o falta de voluntad política para abordar estos problemas. También describió prácticas de desplazamiento y de ocultamiento de casos por parte de las autoridades mexicanas. Procesos como del caso de Bety Cariño y Jyri Jaakkola, han sido constantemente discutidos a nivel estatal y federal deslindando la responsabilidad de las dos instancias, haciendo que hasta la fecha no se logre esclarecer nada en estos casos. Hänsel ve esto como una estrategia, y no sólo como una falta de formación.

Alemania apoya ya desde hace varios años en el mejoramiento de los equipos y la capacitación policiaca. Los planes de trabajo abarcan talleres multinacionales sobre la investigación en la escena del crimen, así como tácticas y métodos de investigación criminal. Para muchos módulos se disponen de becas. Para Hänsel, el apoyo y la influencia de Alemania no está mejorando el Estado de Derecho en la forma de actuar de la policía en México. En diversas entrevistas ella preguntó: "¿El gobierno federal alemán ha hecho algún cambio en las formas de cooperación entre el oficina de criminalística alemana y la policía mexicana, después de la supuesta masacre de los 43 estudiantes de la Escuela Normal Rural en Guerrero?", La respuesta fue: "El gobierno federal no ha realizado ningún cambio en la cooperación con las autoridades mexicanas. El apoyo bilateral que ofrece capacitación y equipo para la policía mexicana por parte del gobierno federal alemán tiene como objetivo profesionalizar el trabajo de la policía en México, ateniéndose a la ley y a la justicia, así como a la protección de los Derechos Humanos".

Dada la situación actual en México, en la que predomina la impunidad de los delitos que se cometen, Hänsel se pregunta si estas condiciones son una buena base para un nuevo Proyecto de Estado de Derecho. Formuló la siguiente pregunta: "¿Cuál es el objetivo (para Alemania)? ¿Es acaso que se quiere dar a entender en los debates públicos sobre México que Alemania está haciendo algo, a pesar de que sa-

be que no va a tener un alcance profundo para la solución del problema del Estado de Derecho?" Hizo hincapié, en que esta es una pregunta abierta y no sólo una pregunta retórica. Ella se suma a la preocupación por la situación en México y promueve que exista una colaboración permanente con los grupos de Derechos Humanos, activistas y defensores en México. Ya que un contacto frecuente, así como un monitoreo detallado de un proyecto como éste significará una protección para las personas, que están en contacto constante con la embajada alemana.

Hänsel considera que una estrecha relación con la embajada alemana es una oportunidad para generar una mayor protección a las organizaciones mexicanas. Como ejemplo mencionó su visita a Ayotzinapa. En esos momentos no se le permitió al personal de la embajada ir a Guerrero, debido al alto riesgo de inseguridad. Justo cuando habría sido de mayor importancia mostrar presencia en ese estado, no había posibilidad de viajar allí por las restricciones de parte de la Oficina de Relaciones Exteriores alemana.

Heike Hänsel planteó las siguientes preguntas, respecto a los planes de expandir las áreas naturales protegidas en México, sobre los proyectos de interés del Banco Alemán de Desarrollo (KfW): ¿Qué regiones están incluidas en este proyecto? ¿Se trata de regiones con población indígena? ¿Cómo se planea la expansión de las áreas naturales protegidas en un lugar? ¿Y qué estándares se aplican para proteger los derechos humanos? Hänsel describió las experiencias en las audiencias para llevar a cabo proyectos de parques eólicos del DEG, en Oaxaca, y una planta de cemento en Guatemala. En el caso de la cementera no se discutió abiertamente en las mesas redondas si la planta de cemento se construiría o no. En su lugar se intentó hacer una mediación para que los municipios aceptaran el proyecto. Heike Hänsel preguntó sobre el papel de la GIZ en este tipo de proyectos, y si su papel corresponde a un intermediero serio o si más bien cumple intereses específicos.

Al final Hänsel mencionó la iniciativa de exportación de "tecnología de seguridad" y señaló que en los apoyos al comercio exterior debe de ponerse atención y asumir responsabilidades en la situación del lugar donde se quiere llevar a cabo el proyecto. Cuando la seguridad no está garantizada automáticamente se vende mejor a tecnología de seguridad.

Discusión y Comentarios

La primera parte del Foro IV se cerró con una discusión y comentarios finales. Principalmente hubo preguntas y críticas al Proyecto de Estado de Derecho. Se preguntó si para el proyecto ha habido un análisis previo de la situación y una definición concreta de objetivos y actividades. En el proyecto no se cuestionan la falta de voluntad política del Estado mexicano ni de la corrupción generalizada en el país. Por eso resulta discutible que en las negociaciones del proyecto no se consideren los problemas que se tienen en México. Aparte de esto, se cuestionó si el papel de la UE y de Alemania, como socios privilegiados de México, estará vinculado al éxito que llegue a tener el Proyecto de Estado de Derecho y si existen puntos de referencia para los derechos humanos en las relaciones comerciales entre Alemania y México. Otra cuestión que surgió en repetidas ocasiones, fue la inclusión y participación de la sociedad civil en este proyecto.

Sauren respondió que existe un diálogo político entre el Ministerio de Asuntos Exteriores y el gobierno de México. Con este proyecto se ha dado un primer paso, con el cual se ha encontrado un consenso a nivel político que debe considerarse como un paso exitoso. El proyecto no estará vinculado con otros proyectos. La extensión del proyecto a las relaciones comerciales y la instauración de puntos de referencia para los derechos humanos irían más allá del alcance de este pequeño proyecto. Sin embargo, Sauren considera posible abordar los temas de derechos humanos en el 2016, por ser el año de las relaciones entre México y Alemania. No obstante, como se trata de un diálogo político, estos temas corresponden al AA o al BMZ.

Sauren señaló que la sociedad civil va a ser integrada en el proyecto. Aclaró que el proyecto subvencionado no apoyará directamente a los afectados y sus familiares. Más bien se trata de asesorar al Estado mexicano en la manera de abordar los problemas de estas personas.

Sauren tomó también posición en cuanto al papel de la GIZ, la cual es reconocida por los países socios como un "jugador justo". En la agenda de la GIZ siempre destaca un enfoque participativo, en el que se toman en cuenta los derechos de los pueblos indígenas, las cuestiones de género y los derechos humanos. En cuanto a la expansión de las áreas protegidas en México, él supone que estos procesos se estarán llevando a cabo siempre en consulta con las poblaciones locales.

Hänsel subrayó que para ella no es aceptable que en Alemania, por parte del Banco Alemán de Desarrollo (KfW), se siga diciendo que: "México es una democracia con un sistema multipartidista. Que los derechos democráticos, la libertad de reunión, la libertad de prensa y la libertad de expresión están garantizados y que la justicia es independiente."

En los discursos oficiales del gobierno federal alemán se refleja que esta descripción de México es correcta. Sin embargo, la libertad de prensa y de expresión son cuestionables, tomando en cuenta el número tan alto de periodistas asesinados en México. No obstante, a pesar de que el gobierno alemán rectifica y asegura que sólo algunos estados de la República Mexicana y algunas autoridades locales y federales han sido corrompidos por el crimen organizado, como en los estados de Chihuahua y Guerrero, la política hacia México sigue siendo la misma sin exigir ninguna responsabilidad federal. Esta es la opinión del gobierno alemán y del BMZ, y por lo tanto, el marco político para el Proyecto de Estado de Derecho fue el resultado de la presión política del gobierno alemán, de acuerdo con la opinión de Hänsel. Es por esto que ella considera necesario aumentar la presión política.

Vidulfo Rosales, Centro de Derechos Humanos de la Montaña "Tlachinollan", Guerrero

Vidulfo Rosales recalcó la importancia de una reforma política en México. Para él, el origen de las desapariciones forzadas tiene que ver con el fracaso de la política en México y no tanto, por el fallo de la policía o de la justicia mexicana. Tanto las fuerzas policiales como el sistema de justicia son utilizados para deshacer los movimientos de oposición. Así, el método de desaparición forzada busca el aniquilamiento de la resistencia crítica. La inestabilidad política en México debería de utilizarse para la transformación y hacer

valer las reformas pendientes. Por eso sería muy significativo, que los grupos de oposición no sean callados represivamente por la violencia. La certificación de las fuerzas policiales incumple su objetivo, al permitir el trabajo conjunto entre el crimen organizado y la corrupción de las autoridades, pues está demostrada la participación de estos policías certificados en prácticas violentas y corruptas.

Vidulfo Rosales describió la vinculación entre la política y el crimen organizado. Las estructuras de poder mexicanas están coludidas. Un ejemplo de esto es cuando se descubrió que el gobernador de San Miguel Totolapan pactó con los carteles para poder ejecutar y mantener su posición política. En relación a la cooperación binacional entre México y Alemania, Vidulfo Rosales expresó sus dudas. Los fondos económicos para proyectos de asistencia son malversados en la mayoría de los casos por las autoridades mexicanas. Por esta razón, es importante que los países que cooperan, especialmente económicamente, se informen de las estructuras y el transfondo del país que se quiere apoyar. Además, se debe de definir y acotar el concepto de sociedad civil y verse como el principal destinatario de los proyectos. Vidulfo Rosales expresó la necesidad de incluir proyectos internacionales en el proceso de planeación de las cooperaciones, para evitar las violaciones de los derechos humanos. También exigió el derecho de intervención para las organizaciones de derechos humanos mexicanas y recalcó la importancia de definir condiciones previas para una cooperación.

Maja Liebing, Amnistía Internacional

Maja Liebing de Amnistía Internacional habló sobre la política alemana en materia de derechos humanos. Desde su perspectiva, la política alemana se ha modificado un poco a partir de la desaparición de los 43 estudiantes de Ayotzinapa en septiembre del 2014. Este caso ha presionado enormemente tanto al gobierno mexicano como al alemán, provocando que éste último reconociera las graves violaciones de derechos humanos en México. Sin embargo, todavía se notan fallas en la política alemana. Por ejemplo, la descripción que hizo Heike Hänsel sobre el capítulo México, en el reporte de derechos humanos del gobierno alemán, no incluyó la aplicación generalizada de tortura realizada por las fuerzas de seguridad que existe en México. Para Maja Liebing esta incongruencia de la política alemana en tema de derechos humanos recae en intereses políticos y económicos. Los cambios dependen de personas concretas, como por ejemplo, la voluntad de los embajadores alemanes que realmente quieren un cambio.

Para Maja Liebing, el proyecto alemán del Estado de Derecho representa una primera aproximación para el mejoramiento de la situación en México. Además, recalcó que estos proyectos deberían de estar incluidos en una política consecuente y genuina del gobierno federal en el tema de derechos humanos. Actualmente participa Amnistía Internacional junto con otras organizaciones miembros de la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México en la elaboración de un Plan de Acción Nacional del gobierno federal para que se apliquen las directrices de la ONU en materia de economía y derechos humanos. Esto representa uno de los primeros e importantes pasos. Para que el tema de responsabilidad de las empresas sea tomado en

cuenta seriamente en Alemania, éste debería también reflejarse en la cooperación política con México. Además, Liebing criticó que Alemania se oculta detrás de otros Estados miembros de la Unión Europea. El gobierno federal alemán debería de posicionarse más fuerte dentro de la Unión Europea y así instituir la inclusión de los Derechos Humanos como parte central en todas las relaciones bilaterales.

Wolf-Dieter Vogel, periodista

Wolf-Dieter Vogel considera que no tiene sentido haber elegido a la PGR como interlocutor de cooperación para el proyecto del Estado de Derecho de la GIZ. Él interpeló sobre los posibles resultados que este proyecto tendrá, ya que la PGR es una institución que protege a los asesinos y que es uno de los responsables de la alta impunidad en México. Si el gobierno federal quiere implementar un proyecto de Estado de Derecho, tiene que efectuarlo con la inclusión y el derecho de intervención de las organizaciones de Derechos Humanos tanto mexicanas como internacionales. Además recalcó la necesidad de que el gobierno federal presione aún más al presidente Enrique Peña Nieto, así como a su sucesor. Asegurar este tipo de apoyo hacia México para la lucha contra el crimen organizado, no parece ser el enfoque correcto, pues no se tiene la certeza de que el apoyo pueda llegar incluso directamente al mismo crimen organizado. Deben de realizarse pequeñas acciones en la dirección correcta, como el cumplimiento de la prohibición de suministro de armas pequeñas hacia México. Este tipo de acciones a nivel internacional, así como el reconocimiento de la complejidad de las estructuras en México, son indispensables para el mejoramiento de la situación en el país. Los problemas estructurales de México son tan generalizados que no se puede discutir al mismo nivel con un presidente, el cual resulta ser uno de los principales responsables de la impunidad que se vive en el país. Desde el punto de vista de Wolf-Dieter Vogel no puede basarse una cooperación con México, pensando que el país va a reaccionar a las violaciones de Derechos Humanos solamente por la presión internacional. El gobierno federal trata de mantener una imagen de México como socio confiable. Una imagen que debe de modificarse con el constante trabajo de reconocimiento de la situación del país.

Discusión de los participantes del foro:

A continuación de las presentaciones de los ponentes, los participantes del foro cuestionaron la importancia del papel de la confianza en las instituciones mexicanas, para encontrar la estrategia a seguir entre las organizaciones o para que se posicione políticamente. También preguntaron sobre como se posiciona la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México y las otras organizaciones y qué significa esto para su trabajo.

Relacionado con esto surgió la pregunta de cuándo sería el momento de confrontación y cuándo el momento para alcanzar de una manera más amplia la opinión pública. Los participantes querían saber cuáles podrían ser las alianzas para una colaboración exitosa.

Respuestas:

Una tarea principal de la Coordinación Alemana por los De-

rechos Humanos en México es el cabildeo por el tema de los derechos humanos en México. De momento se está dialogando sobre los proyectos con los dos ministerios. Si se mantiene este diálogo depende también de como se incluye la sociedad civil en el proyecto.

Se preguntó si se deben de dar pequeños pasos o más bien se debería de cortar todo tipo de contacto con las instituciones mexicanas. ¿Cuál es el camino que deben de seguir la sociedad civil alemana y las organizaciones internacionales de DDHH?

Wolf-Dieter Vogel demanda una inclusión más fuerte de la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México y de las otras organizaciones para la cooperación entre Alemania y México. Se debe de reflexionar cómo determinadas problemáticas en México y en Alemania pueden conjuntarse, por ejemplo la exportación de armas, que también ha sido muy criticada en Alemania. Los escándalos sobre la exportación de armas, relacionados estrechamente con Alemania, tienen un efecto muy fuerte en la opinión pública. La imagen internacional que el gobierno alemán muestra sobre su éxito en los derechos humanos, debe de ser analizada y cuestionada.

Vidulfo Rosales opina que el trabajo de la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México es fundamental para el intercambio entre el gobierno alemán y la sociedad civil mexicana. Los políticos alemanes deberían de tomar una posición más clara y expresar públicamente la preocupación sobre las violaciones a los derechos humanos en México.

El gobierno mexicano no está preparado para colocarse al lado de las víctimas y de los familiares de los desaparecidos. Las fuerzas de seguridad no protegen a la sociedad civil, sino a las estructuras políticas. Un cambio sólo sería posible, si la comunidad internacional expresa de manera pública su preocupación. Esto podría influir en la actuación del gobierno mexicano. La población civil y las organizaciones de derechos humanos en México, así como sus contrapartes internacionales, deben de seguir trabajando para que se den los primeros pasos en ésta dirección.

En México los derechos humanos no van a perder vigor. Si el gobierno mexicano no reacciona a las severas violaciones a los derechos humanos, se enfrentará a una crisis mayor en los próximos años.

Wolfgang Sauren indica que organizaciones como la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México y otras organizaciones están invitadas a hacer propuestas sobre organizaciones mexicanas que puedan ser incluidas en este proceso. Las personas que formen parte del proyecto, van a ser elegidas en México a través de un proceso de selección.

Maja Liebing diserta que se debe de controlar de una manera más fuerte, por parte de la sociedad civil. Considera que lo que se promete debe de ponerse en práctica y también controlar cuáles serán los interlocutores adecuados en México. ¿Qué espacio es necesario crear, para el proceso de monitoreo? Si existe un interés político serio por parte del gobierno alemán sobre el cómo se van a poner en práctica

dichos proyectos, pues entonces es incuestionable la inclusión de la sociedad civil y de las organizaciones de derechos humanos. De otra manera serían los proyectos un desperdicio de tiempo y de dinero. Además, es necesario reflexionar sobre cuáles serán los límites que definen cuándo ya no es posible un trabajo en conjunto.

Una idea preventiva no se ha discutido hasta ahora. En los proyectos de trabajo bilateral deben de estar incluidos enfoques preventivos, especialmente considerando la extendida desigualdad y la pobreza en el país.

Las apreciaciones y valoraciones sobre México son muy diferentes dentro de la misma sociedad mexicana. La distorsión de la realidad no debe imponerse ni en México ni en Alemania. Por ello se debe evitar una presentación parcial de la misma.

Exigencias y conclusiones del Foro IV:

1. Lograr la transparencia en el Proyecto de Estado de Derecho de la GIZ.
2. Se criticó el papel de la PGR en el proyecto de Seguridad y se exigió el apoyo para la sociedad civil crítica.
3. Prohibición del comercio de armas y del Acuerdo de Seguridad.
4. Mostrar la gran desconfianza que existe de las instituciones mexicanas, y apoyar la desmantelación de la imagen "limpia" del gobierno mexicano en el exterior.



Mensaje de solidaridad a los familiares de Ayotzinapa: Conferencia de los delegados de Pax Christi Alemania, en la Bonifatiushaus Fulda. Presidente de Pax Christi Deutschland, el obispo Algermissen de Fulda.

9. Visita del Dr. Frank Otfried July, Obispo de la Iglesia Evangélica Luterana de Baden-Württemberg

El Obispo representante de la Iglesia Evangélica Luterana de Baden-Württemberg y vicepresidente de la Federación Luterana Mundial con sede en Ginebra expresa su solidaridad con las víctimas.

El segundo día de la conferencia se dedicó a analizar la situación de las víctimas de la violencia y desapariciones forzadas. Junto con representantes de organizaciones de Derechos Humanos, así como de organizaciones de familia-

res de las víctimas e instituciones benéficas alemanas, los participantes revisaron estrategias de apoyo a las víctimas. Durante las discusiones efectuadas en pleno y en grupos de trabajo surgió la pregunta, si efectivamente existen todavía en México estructuras de Estado de Derecho que permitan realizar proyectos a través de una colaboración efectiva. Pues es evidente que el Estado Mexicano está vinculado estrechamente con el crimen organizado en muchos niveles. Además, se cuestionó en principio el tipo de proyectos de cooperación que se dan dentro del Estado de Derecho ante la rampante corrupción y la ausencia de voluntad política por parte de las autoridades para prevenir y esclarecer las crecientes violaciones a los derechos humanos.

Los participantes a la conferencia externaron su preocupación por la ausencia de una clara posición del gobierno alemán ante la situación que prevalece en México en materia de derechos humanos. Cuestionaron constantemente las acciones del gobierno alemán que parecen indicar que más que defenderlos, antepone sus intereses económicos a los derechos humanos claramente ultrajados en México.

El Dr. Frank Otfried July, Obispo de la Iglesia Evangélica Luterana de Baden-Württemberg, y vicepresidente de la Federación Luterana Mundial estuvo también presente. Expresó palabras de aliento y solidaridad a los asistentes. Con gran empatía habló sobre la situación de los refugiados en Europa y la de los familiares de los desaparecidos. En sus palabras, cada uno y una de los desaparecidos en Latinoamérica y cada uno y una de los refugiados tienen un nombre y una cara. Por ello, nuestra tarea es la defensa de su dignidad.

En la sesión vespertina se hizo uso de las nuevas tecnologías para contactar vía Skype al Prof. Carlos Martín Beristain, miembro del Grupo Interdisciplinario de Expertos Independiente (GIEI) de derechos humanos. Dicho grupo publicó el pasado 6 de septiembre de 2015 un informe sobre sus investigaciones realizadas entorno a la desaparición forzada de los 43 estudiantes normalistas de Ayotzinapa. Los expertos independientes concluyeron que las investigaciones llevadas a cabo por las autoridades mexicanas en el caso de los 43 jóvenes desaparecidos sucumben a su examen científico e independiente y presentan pocos resultados sobre el transcurso del crimen. Dicho informe está disponible en la página Web de DMRKM en español, inglés y alemán.

Todavía quedó abierta la pregunta, qué demandas concretas se desprenden de estas conferencias hacia los gobiernos alemán y mexicano, y cuáles a la sociedad civil.

10. Pleno final de la conferencia

En este espacio se discutió sobre el tema de desaparición forzada como un problema internacional, y sus repercusiones para la familia y la víctima. En México el delito de desaparición forzada es un método sistemático y estructural, que no se trata de “un caso aislado”, mostrando que México tiene grandes problemas a nivel institucional.

Rainer Huhle aclaró la tarea del Comité de las Naciones Unidas para la protección de la personas de Desaparición Forzada. Este Comité es un mecanismo de observación de los Estados evaluando los aciertos y deficiencias de sus acciones en tema de derechos humanos. Para Huhle es muy importante promover un diálogo constructivo con el gobierno mexicano, para contribuir a los cambios necesarios en el país.

Wolfgang Seiss, Pan para el Mundo

Wolfgang Seiss dijo que la dimensión de la crisis en México es mayor a la que supuso en años anteriores. La crisis de confianza hacia los actores estatales es bastante grave. La confianza solo podrá reconstruirse con acciones y hechos concretos. El trabajo del GIEI proporciona un buen modelo para esta reconstrucción de confianza.

El discurso que considera a la realidad en casos aislados, se está desmoronando. Para esto es central la coordinación de las visitas de las delegaciones y parlamentarios europeos a México, así como una buena preparación y evaluación de estos viajes junto con las organizaciones mexicanas. La representación de la complejidad de la crisis en México que muestra los hechos como casos aislados, es y permanece como un reto. Justamente frente a la dimensión y a la complejidad son importantes muchos y también nuevo actores, que trabajan de manera especializada. La Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México necesita de otros actores que procedan, por ejemplo de la iglesia, la cultura y el arte, a pesar de que no todos defenderán y representarán la misma opinión.

Las percepciones sobre Alemania no siempre serán buenas, sobretodo por cooperaciones binacionales como en el Acuerdo de Seguridad entre Alemania y México y la exportación de armas alemanas a México. Estos casos críticos proporcionan una oportunidad para aprovechar diferentes foros y formas de diálogo, trabajo de relaciones públicas, protestas y prensa, así como permanecer en el tema.

A pesar de la diversidad, urge una cooperación basándose en elementos comunes. Sería ideal la existencia de una o más redes como contraparte en México, equiparable con la agencia en Bruselas como OIDACO sobre Colombia y/o con la Coordinación de Derechos Humanos.¹⁷

Wolfgang Seiss indicó que un cambio en la política alemana llevará un largo tiempo. Comparando la situación de hace 30 años y las personas desaparecidas en la dictadura militar en Argentina, se ha modificado la percepción y el diálogo sobre este tema con los agentes estatales. El camino hacia la transformación solo puede ser lento y arduo.

Alejandra Nuño hizo hincapié en considerar la problemática de derechos humanos a nivel regional. Como ejemplo mencionó la migración de El Salvador y Guatemala, donde los

problemas y las respuestas de los Estados son muy parecidos.

El crimen organizado se extiende por toda Centroamérica y México. Hay lugares con índices de violencia muy altos, como por ejemplo San Pedro Sula y Tegucigalpa en Honduras, San Salvador en El Salvador, Ciudad de Guatemala, o algunas ciudades en México. Además, los jóvenes de estas regiones tienden a identificarse con los narcotraficantes. Asimismo, la militarización se extiende en la región mesoamericana, especialmente en México y el “triángulo norte” de Centroamérica, donde ejercer el periodismo y la defensa de derechos humanos es cada vez más peligroso.

La respuesta del gobierno de Honduras es similar a la del gobierno mexicano. En ambos países existe el gran problema de la violencia de género y tienen un alto índice de feminicidios. Además la industria extractiva despoja de sus territorios a comunidades rurales y a los pueblos indígenas.

En México se habla de una “colombianización” del país, sin embargo es más prudente tomar en cuenta los países centroamericanos. Frente a los problemas regionales pareciera que los Estados están en continua comunicación. Honduras ha tomado medidas de seguridad, muy parecidas a las del gobierno de México o de El Salvador.

En los países centroamericanos también está creciendo la presencia de organismos internacionales como la ONU, la cual tiene oficinas en México y Guatemala y, en Honduras se tiene planeado instalar también una oficina. En este aspecto, habría que pensar, qué se puede hacer para lograr, en conjunto con estos organismos, el cumplimiento de los acuerdos internacionales que México ha firmado y ratificado en relación con la protección de los derechos humanos.

Por el otro lado, se observa que los gobiernos centroamericanos rechazan todo tipo de críticas, desacreditando las opiniones de los organismos internacionales y al mismo tiempo reduciendo los presupuestos a estos organismos internacionales hasta en un 50%.

Otro punto que Nuño señaló, fue la necesidad de rescatar la memoria en los casos de desapariciones forzadas. Por ejemplo, en El Salvador tienen un monumento a las víctimas con más 33 mil nombres. Se deben hacer acciones como ésta en México para que los nombres de las víctimas no se queden en el olvido.

Marcela Turati informó sobre el papel de los medios en los reportajes sobre desapariciones forzadas y también sobre las condiciones en las cuales tienen que trabajar los periodistas en México.

Turati habló de la situación que ella vivió cuando recién iniciaba su labor periodística en materia de desapariciones. Muchas de las familias llegaban primero a las redacciones de los periódicos antes de acudir a las organizaciones no gubernamentales (ONG's). Cuando la violencia aumentó había hasta 40 familiares de personas desaparecidas esperando que los periodistas tomaran su testimonio. Frente a esta situación Turati se preguntaba cómo podía reportar y sistematizar estas narraciones.

Cuando las desapariciones aumentaron, los directivos de algunos medios pedían a sus periodistas que cubrieran esas noticias sobre las desapariciones como si fueran algo inédito, pero ella y sus colegas se sorprendían de que los propios directivos y editores no se hubieran dado cuenta de que lle-

vaban más de tres años informando sobre desapariciones. En el caso de los 43 estudiantes pasó lo mismo. El reto para la prensa era cómo informar de este caso de desaparición forzada para que la gente lo entendiera, si antes ya se informó mucho de muchas otras desapariciones: ¿Cómo se puede volver a contar sobre esto? Si las historias son tan horrorizantes, tan tristes, ¿cómo contar que el padre de una mujer joven desaparecida recorrió los prostíbulos, las galeras de los narcos, las fosas clandestinas en busca de su familiar? ¿Cómo describir éste mapa del horror?

La violencia y las desapariciones forzadas aumentaron desde que el PRI regresó al poder. Actualmente México es uno de los países más peligrosos para los periodistas. Se están cerrando muchos espacios críticos. Cuando se realizan reportajes como el de la "Casa Blanca", la respuesta del gobierno es correr a los periodistas que realizan estas investigaciones.

Otro ejemplo son las duras críticas y descalificaciones que los medios privados expresaron con respecto al informe del Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes (GIEI) de la Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) en el caso de Ayotzinapa, que demuestra que fue imposible que los 43 estudiantes desaparecidos fueran calcinados en el basurero de Cocula. En vez de cuestionar a las autoridades y los mecanismos de la impunidad, centraron las críticas en los expertos.

Asimismo se observa una polarización en la manera de informar. Hay más ataques a los periodistas, a pesar de que existe ya una Ley de protección a periodistas y defensores de derechos humanos, que en realidad no funciona.

Hay muchos casos en los cuales los periodistas amenazados han salido del país o de la región donde trabajan y algunos han incluso pedido asilo político en otros países. El problema de que los fondos estén destinados a sacar periodistas en peligro es que las investigaciones quedan inconclusas, y ganan quienes deseaban silenciarlos. Debería de haber dinero para ayudar a que esos periodistas terminen sus investigaciones y estén a salvo.

En el caso de Ayotzinapa resalta el papel del trabajo de los periodistas que siguieron informando sobre la inconsistencia de las versiones oficiales del caso y, de esta manera contribuyeron a que el caso no se cerrara. Lo mismo sucedió en las investigaciones sobre las masacres de Tlataya y Apatzingán y en el caso de la venta de armas alemanas a México.

Para Marcela Turati son necesarios más incentivos para poder continuar con el trabajo periodístico; por ejemplo, la provisión de lugares de refugio, en donde los periodistas puedan recuperarse de experiencias traumáticas o donde se puedan refugiar. También es necesaria la ayuda psicológica, así como asesoría para documentar mejor. La comunicación entre los periodistas en México y fuera del país debe de mejorarse y es necesario reforzar la solidaridad nacional e internacional hacia los periodistas de México.

Alberto Solís hizo referencia en su intervención a la crisis institucional en México. En este sentido dijo que es necesario hacer un diagnóstico serio para poder elaborar elementos de transformación y propuestas que no tiendan a la ingenuidad.

Es importante abordar y atender la situación que enfrenta

México a partir de la crisis institucional que surgió con la guerra contra el crimen organizado, la cual ha llevado a una crisis de derechos humanos caracterizada por múltiples violaciones, entre ellas la desaparición forzada de personas. Esta crisis tiene que ver con la disputa por el control del territorio en México y las rutas de contrabando de mercancías para llegar al enorme mercado que existe en los E.U.A. Es una disputa que tiene su raíz en el sistema económico y su necesidad de crecimiento, en el que ahora combina la acción de la economía formal con la ilegal para una obtención máxima de ganancias donde el Estado se pone al servicio de estos intereses económicos por encima de sus responsabilidades frente a la población.

A ello se unen aspectos especiales de la población de México con una enorme desigualdad, el incremento de la pobreza y una población joven excluida de la economía formal, que opta por la economía ilegal y ofrece una mano de obra barata.

El Estado mexicano tiene una clase política y económica consolidada con amplios vínculos entre ellas, establecidas desde hace más de 85 años, lo que la distingue de otros países latinoamericanos en los que hasta hace 35 regían dictaduras militares. Al mismo tiempo México tiene una economía abierta, pues es uno de los países que más tratados de comercio internacionales ha firmado. A esto se le agrega un sistema de justicia débil y un Estado con una capacidad represiva al servicio de intereses legales e ilegales.

Alberto Solís resumió que México tiene una economía abierta con una institucionalidad sumamente frágil, incapaz de procurar justicia y con una desigualdad social enorme.

El Estado mexicano es un campo en disputa por parte de diversos grupos de control. Se trata de una debilidad institucional provocada históricamente por la clase política en el Estado mexicano para dejar un margen de arbitrariedad amplio, que protege grupos ilegales y grupos políticos aliados. El sistema político es corrupto y se encuentra en una descomposición profunda donde los grados de vinculación entre el crimen organizado y los grupos políticos son muy fuertes. Por esta razón es erróneo pensar que hay una infiltración del crimen organizado en el Estado mexicano, lo que hay es una compenetración en la que confluyen sus intereses.

En México hay un problema de seguridad que no se va a resolver con la militarización. El problema de seguridad tiene que ver con el problema de descomposición del Estado mexicano con un 98% de impunidad y un alto índice de desconfianza.

Para Solís se debe de actuar pensando a largo plazo y se necesita fortalecer la capacidad de acción de la sociedad civil y de la participación ciudadana. Alberto Solís tomó como ejemplo la Ley General de desaparición forzada y desaparición por particulares impulsada por la sociedad civil y el Grupo de Trabajo Contra las Desapariciones Forzadas de la ONU. La Ley será un avance normativo importante. A pesar de que muchas de las leyes en México no se aplican, esta Ley representa una esperanza.

Notas al pie:

¹ Véase: "Declaración del Alto Comisionado de la ONU para los Derechos Humanos, Zeid Ra'ad Al Hussein, con motivo de su visita a México". Disponible en:
http://www.hchr.org.mx/index.php?option=com_k2&view=item&id=767:declaracion-del-alto-comisionado-de-la-onu-para-los-derechos-humanos-zeid-ra-ad-al-hussein-con-motivo-de-su-visita-a-mexico&Itemid=265

² Véase: "Declaración de la Conferencia sobre Desaparición Forzada en México realizada en Bad Boll, Alemania, del 23 al 25 de Octubre 2015 ", Disponible en: <http://esp.mexiko-koordination.de/descargar-archivo/documentos-de-la-coordinacion/119-declaracion-bad-boll-esp-1-de-diciembre-2015/file.html>

³ Véase: "Grupo de Trabajo sobre Desapariciones Forzadas o Involuntarias". Disponible en:
<http://www.ohchr.org/SP/Issues/Disappearances/Pages/DisappearancesIndex.aspx>

⁴ Véase: "Declaración sobre la Porteción de todas las personas contra las desapariciones forzadas". Disponible en:
<http://www.ordenjuridico.gob.mx/TratInt/Derechos%20Humanos/INT%202022.pdf>

⁵ Véase: " Convención Internacional para la protección de todas las personas contra las desapariciones forzadas". Disponible en:
<http://www.ohchr.org/SP/ProfessionalInterest/Pages/ConventionCED.aspx>

⁶ Véase: „Committee on Enforced Disappearances (CED)“. Disponible en:
<http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CED/Pages/CEDIndex.aspx>

⁷ Véase: Rainer Huhle. Nacht und Nebel – Mythos und Bedeutung. Disponible en: http://gewaltsames-verschwindenlassen.de/wp-content/uploads/2015/10/Nacht-und-Nebel-Aufsatz_end.pdf.

⁸ Véase más: <http://michoacantrespuntocero.com>

⁹ Véase "Deutsche Welle, 13 Octubre 2015: El Plan Frontera Sur dispersa la migración sin detenerla". Disponible en:
<http://www.dw.com/es/el-plan-frontera-sur-dispersa-la-migraci%C3%B3n-sin-detenerla/a-18779878>; y WOLA, 19 Marzo 2015, Actualización sobre el Programa Frontera Sur de México, Disponible en:
http://www.wola.org/es/comentario/actualizacion_sobre_el_programa_frontera_sur_de_mexico_nuevas_rutas_mas_deportaciones_y_l

¹⁰ Véase: "Cartilla para Migrantes". Disponible en:
http://centroprodh.org.mx/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=224&Itemid=187&lang=es

¹¹ Véase <http://www.masde72.periodistasdeapi.org.mx/>

¹² Véase: [www.fundacionparalajusticia.org](http://fundacionparalajusticia.org)

¹³ Véase: <http://fuundec.org/tag/fray-juan-de-larios/>

¹⁴ Véanse: "Las voces de los y las desaparecidos en México", disponible en: <https://www.youtube.com/watch?v=I0TJhdDiZVI>; "Propuestas de ley de desaparecidos en México", disponible en: <https://www.youtube.com/watch?v=EIGNqRrocls>; y "la CIDH y las personas defensoras de derechos humanos", disponible en: <https://www.youtube.com/watch?v=kzAnNmo4-CE>

¹⁵ Ello puede verse en el mural que se encuentra en la página de Facebook del CEDEHM. Ver: <https://www.facebook.com/Centro-de-Derechos-Humanos-de-las-Mujeres-1511190289099488/?fref=ts>

¹⁶ Disponible en: <http://www.menschenrechte.org/lang/es/>

¹⁷ Oficina Internacional de los Derechos Humanos Acción Colombia (OIDHACO), <http://www.oidhaco.org>

Declaración de la Conferencia sobre Desaparición Forzada en México realizada en Bad Boll, Alemania, del 23 al 25 de Octubre 2015

México se encuentra actualmente en una profunda crisis política y jurídica. Todos los niveles institucionales están vinculados con el crimen organizado. Por lo menos 26 mil personas están desaparecidas desde los últimos años, sin que se sepa hasta la fecha sobre su paradero. La impunidad en el país es de 98.3%. Tomando en cuenta estos hechos, no pueden sostenerse las apreciaciones oficiales de la política y economía alemana, que declaran que México es un Estado de Derecho, que dispone de una democracia presidencial funcional y que respeta los derechos humanos.

A estas conclusiones llegaron los miembros de la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México después de asistir a la conferencia: "Desaparición forzada – delito sistematizado. La crisis política en México", que se llevó a cabo del 23 al 25 de octubre del 2015 en la Academia Luterana en Bad Boll.

Expertos alemanes y mexicanos describieron el complejo panorama de la situación actual del país, el cual es desde hace décadas un importante y estratégico aliado y socio comercial de la comunidad internacional.

A partir de la desaparición forzada de los 43 estudiantes indígenas de la Escuela Normal Rural de Ayotzinapa en el estado de Guerrero, el 26 de septiembre del 2014, se visibilizó la profunda vinculación de la clase política con el crimen organizado, en todos los distintos niveles institucionales. Problemas estructurales como: pobreza y polarización social, conflictos de tierra y situaciones de emergencia de la población rural, falta de oportunidades de trabajo y de educación, siguen sin resolverse. La criminalización de los movimientos sociales va en aumento; los líderes sociales son culpados por delitos sin contar con evidencias serias, son detenidos y enviados a prisiones de máxima seguridad; periodistas y defensores de derechos humanos son amenazados, perseguidos, secuestrados y asesinados. Las desapariciones forzadas de personas en México se extienden en medidas inimaginables.

Estos inconvenientes ya son conocidos desde hace tiempo por observadores críticos. El acontecimiento de Ayotzinapa terminó con la imagen de un Estado de Derecho democrático, que el gobierno mexicano había construido.

Teniendo en cuenta estos hechos, los miembros de la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos expresaron sus dudas sobre el nuevo proyecto de Estado de Derecho, que Alemania, a mediados del 2015, efectuó con México. Especialmente se cuestionó la elección de la Procuraduría General de la República (PGR) como interlocutor. El Informe del Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes (GIEI) para el caso Ayotzinapa, evidencia que esta instancia central de investigación (PGR) ha retrasado y ocultado información, en vez de facilitar la aclaración de la desaparición forzada de los estudiantes.

De acuerdo con la opinión de la Coordinación y de las organizaciones mexicanas participantes, el gobierno alemán ha elegido el camino erróneo al mantener la política de "continuar así", y así estabilizar las condiciones existentes en México. Para promover cambios en México es necesario el fortalecimiento de la sociedad civil. Teniendo en cuenta las graves violaciones de derechos humanos, son necesarias señales políticas por parte del gobierno alemán hacia el gobierno mexicano. Éstas tendrían que consistir en la puesta en marcha de puntos de referencia en el tema de derechos humanos. En relación a la colaboración en el ámbito del Estado de Derecho, debe de hacerse un diagnóstico previo de la institución contraparte mexicana, que incluya la participación de organizaciones civiles y mecanismos de evaluación del proyecto.

Organizaciones firmantes de la Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México:

Amnistía Internacional (Sección Alemana, A.C.), Carea A.C.,
Centro Franciscano de Desarrollo y Misión, Companer@s de México del Sur A.C.,
Iniciativa para México de Colonia y Bonn, Initiative Mexiko (INI-MEX), México vía Berlín A.C.,
Obra Episcopal Misereor, Oficina Ecuménica para la Paz y Justicia A.C., Pacta Servanda A.C.,
Pan para el Mundo – Servicio Protestante para el Desarrollo, pax christi / Comisión Solidaridad
Un Mundo, Procura Misionera de los Jesuitas Alemanes y Promovio, A.C.

Organizaciones firmantes de México:

Frontera con Justicia A.C. (Casa del Migrante Saltillo)
Centro de Derechos Humanos Paso del Norte A. C.
Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan
Centro de Derechos Humanos de las Mujeres
Centro "Fray Juan de Larios", Coahuila A. C.
Comité de Familiares de Personas Detenidas Desaparecidas en Mexico "Alzando Voces"
SERAPAZ, Servicios y Asesoría para la Paz, A. C.

Programa de la Conferencia

Viernes 23 de Octubre 2015

16:00 Bienvenida y Presentación

Mauricio Salazar, Academia Protestante de Bad Boll, Carola Hausotter, Coordinación alemana por los derechos humanos en México

16:15 Desaparición forzada - Un crimen a escala mundial.
Rainer Huhle, Comité de la Convención internacional de las Naciones Unidas para la protección de todas las personas en contra de las desapariciones forzadas (CED) / Centro de derechos humanos de Nuremberg
Moderación: Annette Fingscheidt, pbi (Brigadas de paz internacionales)

17:15 Podio: **Desapariciones forzadas en México – Casos característicos. Ayotzinapa ¿sin solución?**

Vidulfo Rosales, Centro de derechos humanos Tlachinollan, Guerrero
Alejandra Nuño, CEDEHM, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, Chihuahua
Jorge Verástegui, Centro Diocesano para Derechos Humanos Fray Juan de Larios, Coahuila
Moderación: Nadine Jurrat, Pacta Servanda

19:00 Cena

20:30 Película "Desaparecidos"

Exposición y charla sobre casos concretos de desapariciones.

Presentación de la página de internet:
www.gewaltsames-verschwindenlassen.de
Clausura en el Café Heuss

Sábado 24 de octubre de 2015

9:00 – 10:30

Proyectos alemanes sobre el Estado de Derecho en México y recomendaciones de las Naciones Unidas – Enfoques concretos desde una visión externa

Wolfgang Sauren, GIZ
Alejandra Nuno, CEDHEM, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, Chihuahua
Rainer Huhle Comité de la Convención internacional de las Naciones Unidas para la protección de todas las personas en contra de las desapariciones forzadas (CED) / Centro de derechos humanos de Nuremberg
Marcela Turati, Periodista
Moderación: Christiane Schulz, Partner SüdMexikos

11:00 Foros

Foro I: Experiencias con desapariciones.

Oportunidades y limitaciones del apoyo psicosocial a los familiares

Janahuy Paredes Lachino, familiar, COFFADEM miembro del comité de las familias de desaparecidos, Michoacán
Patricia Galarza, Centro Derechos Humanos Paso del Norte, Ciudad Juárez
Alberto Solís Castro, Serapaz, Servicios y Asesoría para la paz, Ciudad de México
Moderación: Mauricio Salazar, Academia de Bad Boll y Catharina Köhler, Misereor

Foro II: Migrantes como víctimas de desapariciones forzadas – Enfoques para la cooperación transfronteriza

Juan José Villagómez Hernández, Casa de Migrantes Saltillo.
Marcela Turati, Periodista.
Moderación: Ana Lämmle, Pan para el Mundo y Gabriele Winkler, Engagement Global

Foro III: La lucha del crimen de las desapariciones forzadas desde las perspectivas nacional e internacional. Enfoque desde las organizaciones y los centros de los derechos humanos

Jorge Verástegui, Centro Diocesano para Derechos Humanos Fray Juan de Larios, Coahuila
Alejandra Nuño, CEDHEM, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, Chihuahua
Rainer Huhle, Comité de la Convención internacional de las Naciones Unidas para la protección de todas las personas en contra de las desapariciones forzadas (CED)
Moderación: Susanne Breuer, Misereor.

Foro IV: La responsabilidad de la política alemana - efectos positivos o negativos para México?

Heike Hänsel, Parlamentaria y miembro de la comisión del Parlamento Alemán para la Cooperación Económica y el Desarrollo
Wolf-Dieter Vogel, Periodista
Maja Liebing, Amnesty International, Berlin
Vidulfo Rosales, Centro de derechos humanos Tlachinollan, Guerrero
Moderación: Rosa Lehmann, Carea y Carola Hausotter, Coordinación alemana por los derechos humanos en México

13:00 Comida

16:30 Coffee-Break

17:00 Fish-Bowl – Ideas e impresiones de los cuatro Foros

18:30 Cena

20:00 Noche Cultural: Lectura y música
Lectura del libro „Terrorzones“ de Wolf-Dieter Vogel, periodista
Exposición fotográfica sobre Ayotzinapa.
Cantantes Margarita Barajas y Marco Cruz al piano

21:30 Música y baile

Domingo 25 de octubre del 2015

9:30 Pleno final: México y las desapariciones forzadas:

La lucha contra el crimen de desaparición forzada ante la crisis institucional de México

Rainer Huhle, Comité de la Convención internacional de las Naciones Unidas para la protección de todas las personas en contra de las desapariciones forzadas (CED)

Alberto Solís Castro, Serapaz, Servicios y Asesoría para la paz, Ciudad de México

Marcela Turati, Periodista

Wolfgang Seiss, Pan para el Mundo

Alejandra Nuño, CEDEHM

Moderación: Ingrid Spiller, Fundación Heinrich-Böll

11:00 Despedida

Mauricio Salazar, Academia Protestante de Bad Boll y Carola Hausotter, Coordinación alemana por los derechos humanos en México

zu bestellen unter: www.mexiko-koordination.de